

	Zollfuß	
	des neuen allgem. Tarifs pro 100 kg	nach den alten Beträgen pro 100 kg
Leber und Lederwaren.		
Ganze Häute	30,—	30,—
Leder für Treibriemen	30,—	22,—
Kalbsleder	40,—	25—40
Lederstücke:		
das Paar im Gew. bis 1200 Gr.	85,—	60,—
von mehr als 600—1200 Gramm	120,—	80,—
weniger als 600 Gramm	120,—	50,—
Sattler und Tischlerwaren	65—120	50—120
Handschuhleder, zugeschnitten	150,—	100,—
Lederhandschuhe	200,—	125,—
Holzwaren.		
Möbel u. Möbelteile, grobe, unfurniert, aus weichem Holz bearbeitet	8,—	4,50
aus hartem, auch massiv gebogenem Holz, roh oder bearbeitet	12—15	10,—
furniert, roh	15,—	10,—
furniert, bearbeitet	20,—	15,—
Große Tischlerarbeiten:		
Fensterrahmen, Türen und Treppen, roh	8,—	6,—
desgl., bearbeitet	12,—	11,—
Holzleisten, profiliert, roh	8,—	5,—
Andere Holzwaren	8,—	5,—
Ton- und Glaswaren.		
Töpfergeschir, glasiert	1,50	1,—
Waren aus Steingut, einfarbig	10,—	8,—
mehrfarbig	25,—	16,—
Porzellan, weiß	14,—	10,—
farbig	30,—	20,—
in Verbindung mit anderen Stoffen	30,—	24,—
Stiegel- und Tafelglas.		
Spiegelglas, weder geschliffen noch poliert, ungefärbt	4,—	3,—
Spiegelglas, gegossen und geblasen, Hohlglas	4,—	3,—
Tafelglas	8—12	6—10
Glas, anderweitig nicht genannt, gepreßt, geschliffen und poliert, ungefärbt	18,—	12,—
gefärbt	24,—	15,—
bemalt	30,—	20,—
Glas- und Schmelzwaren in Verbindung mit anderen Stoffen	60,—	30,—
Eisenwaren.		
Röhren aus nicht schmiedbarem Guß von mehr als 7 Millimeter Wandstärke, roh	8,—	2,50
Draht, gewalzt oder gezogen, in der Stärke von mehr als 22 Millimeter bis 50 Millimeter	4,50	3,75
von weniger als 22 Millimeter	4,50	3,—
Röhren, gewalzt oder gezogen, mit einer Wandstärke von 22 Millimeter oder darüber, roh	6,—	5,—
Waren aus schmiedbarem Guß, roh nach Gewichtsklassen	4,50—8	3,50—6
do. bearbeitet	7—13	5,50—13
Eisenbauteile	6,—	4,50
Ambosse, Anker, Brecheisen, Hammer, Schraubstöcke	5,—	3,—
Binden	7,—	3,—
Senfen, Sichel u. s. w.	12,—	10,—
Feilen, Raspeln u. s. w.	10—40	20—28
Böhren, Schneidzeuge, Maschinenmesser	20,—	18,—
Strahlenbeschläge u. s. w.	40,—	30,—
Webstühle, Spulen u. s. w.	15,—	12,—
Ketten, roh, zur Ketten-Schleppschiffahrt	3,—	1,50
Ketten, andere	6,—	5,—
Maschinen.		
Spinnereimaschinen	6,—	4,—
Werkzeugmaschinen, nach Gewichtsklassen	4—10	4—12
Müllereimaschinen, Pumpen, Gebläsemaschinen, Ventilationsmaschinen, Fördermaschinen x.	8—12	3—7
Elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge.		
Dynamomaschinen, Elektromotoren x.	6—9	4—9
Telegraphenwerke, Fernsprecher, elektrische Vorrichtungen für Beleuchtungen, elektrische Näh- und Nähapparate	60,—	8—40
Fahrräder	150,—	100,—
Fahrradteile aus Eisen	40,—	25,—
roh	150,—	100,—
bearbeitet	150,—	100,—

Potemkinsche Arbeiter.

Der Zar ist nach dem blutigen Frühstück vom 22. Januar gut aufgelegt und zu allerhöchsten Spähen gelangt. Man hat ihm eine Anzahl von Statisten, als Arbeiter verkleidet, vorgeführt, nachdem sie sauber gewaschen, nach Bomben, Schußwaffen und Dolchen sorgsam abgesehen und im höchsten Jeremionell abgerichtet.

Dann hat der Zar geredet. Aber vielleicht war es auch nicht Väterchen selbst, sondern irgend eine Puppe, der man die Krone aufs Haupt gesetzt, wie man Puppen als Arbeiter nach Potemkins etwig russischem Rezept kostümiert hat.

Die „Arbeiter“ aber trugen nicht etwa Beschwerden vor. Man hatte ihnen nur den einen Papageien-Satz eingetrichtert: „Wir wünschen Euer Majestät gute Gesundheit.“

Der Zar aber, der der Rede nicht mächtig ist, soll sich ziemlich ausführlich geäußert haben. Im Stile des Friedensmanifest: Seid friedlich, damit ich allein die Welt verwalten kann. Laßt Euch nicht von Verführern einfangen, damit ich Euer Blut trinken darf. Mißt Euch nicht, damit ich allein Kanonen auffahren lasse. Seid wechelos, auf daß ich die Massen bequem zu mekeln vermag.

Zum Schluß verzieh der Zar gnädig den „Arbeitern“ den Frevler, daß sie so froh waren, sich zu Tausenden himmeln zu lassen. Darauf gingen sie zur Kirche, küßten die Heiligenbilder, die oben erst durchschossen waren, wurden mit Speise und Trank bewirtet, und fuhren zurück. Die widerwärtige Farce war zu Ende.

dieser zarische Narrenstreich, der mit dem Furchtbaren, was geschehen, seinen Ainderpott treibt.

Dieses für jedes Kulturbewußtsein unerträgliche Schelmenstück wird vor der Öffentlichkeit der Welt aufgeführt, und so sehr verachten die Machthaber des Absolutismus das eigene Volk, daß sie ihm ansinnen, das vergossene Blut werde geküht durch ein paar leere, verlogene Worte.

Aber diese schändliche Fosse ist die Politik Trepows, die augenscheinlich darauf hinausläuft, das erwachende Proletariat wieder in sein dumpfes Sklavensleben zurückzudrängen, indem man es einmal von der Sozialdemokratie zu trennen sucht, sodann es aber auch gegen die liberalen Vorkämpfer der Revolution, die Intellektuellen, aufhebt. Deshalb vermahnt man jetzt, die Arbeiter durch wirtschaftliche Verheißungen zu lockern, während man andererseits mit äußerster Grausamkeit gegen jede politische Betätigung vorgeht und insbesondere die Träger der Intelligenz auszurottet trachtet.

Väterchens Ansprache ist ein Mittel dieser Politik, die Massen von dem Kampf gegen den Absolutismus abzulenken, indem man ihnen wirtschaftliche Vorteile zwar nicht gewährt, aber — ganz wie die preussische Regierung — in Aussicht stellt. Es ist die Politik mit Blut, Eisen und — Gummirei!

Väterchens „Friedensmanifest“.

Der Zar verzieht die Frevler der — Arbeiter!

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Kaiser Nikolaus empfing Mittwoch nachmittag eine aus 34 Mitgliedern bestehende Abordnung der Arbeiter der Fabriken von Petersburg. Sie waren begleitet vom Finanzminister Kolozow und dem Generalgouverneur Trepow. Die Arbeiter kamen auf der kaiserlichen Bahn in Jarosloje-Selo an; an dem kaiserlichen Pavillon wurden sie von Wagen erwartet, die sie nach dem Alexandra-Palais brachten, wo die Arbeiter in einen der Säle des Palais eingelassen wurden. Um 3 Uhr nachmittags erschien der Kaiser, begleitet vom Großfürsten Georg Michailowitsch, dem Hofminister Baron Frederiks und dem Palastkommandanten Hesse. Die Arbeiter verneigten sich vor dem Kaiser, der sie ansprach: „Guten Tag, meine Kinder“. Die Arbeiter riefen: „Wir wünschen Euer Majestät gute Gesundheit“. Darauf richtete der Kaiser folgende Ansprache an die Arbeiter:

Ich habe Euch berufen, damit Ihr meine Worte von mir selbst vernehmet und sie Euren Genossen mitteilen könnt. Die beklagenswerten Ereignisse mit den traurigen aber unvermeidlichen Folgen der Unruhen sind eingetreten, weil Ihr Euch von Verrätern und Feinden unseres Vaterlandes habt verführen und täuschen lassen. Als sie Euch aufforderten, eine Bittschrift über Eure Bedürfnisse an mich zu richten, haben sie Euch zur Revolte gegen mich und meine Regierung aufgewiegelt, indem sie Euch zwangen, Eure ehrliche Arbeit in einem Zeiträume zu verlassen, in dem alle wahren Russen unaufhörlich arbeiten müssen, um unseren harnüchigen Feind zu besiegen. Ausstände und aufrührerische Kundgebungen fähren die Menge stets zu Unbehörden, die die Behörden immer gezwungen haben und auch in der Zukunft zwingen werden, das Militär zu verwenden, was unakademische Opfer zum Ergebnis hat. Ich weiß, daß das Leben der Arbeiter nicht leicht ist. Es müssen viele Dinge organisiert und verbessert werden. Aber habet Geduld. Ihr begreift selbst, daß es nötig ist, gerecht gegen die Arbeitgeber zu sein und die Verhältnisse unserer Industrie zu berücksichtigen. Aber mir Eure Bedürfnisse in Gestalt einer aufwiegender Menge auseinanderzusetzen, ist ein Verbrechen. In meiner Sorge für die Arbeiter werde ich Maßregeln ergreifen, um alles mögliche zu tun, um deren Lage zu verbessern und ihnen gesetzliche Wege zur Prüfung ihrer Forderungen zu sichern. Ich glaube an die ehrliche Bestimmung der Arbeiter, an ihre Ergebenheit für mich und

ich verziehe ihre Freveltat.

kehrt an Eure Arbeit zurück und erfüllt Eure Aufgabe mit Euren Genossen. Gott helfe Euch.

Sie küßten die Heiligenbilder.

Nachdem der Kaiser seine Ansprache an die Arbeiter beendet hatte, bemerkte er, sie müßten diese ihren Kameraden mitteilen, und versprach, daß ihnen später seine Worte gedruckt überreicht werden würden.

Als die Arbeiter das Palais verlassen hatten, begaben sie sich in die Kirche, wo sie Gebete verrichteten, die Heiligenbilder küßten und geweihte Kerzen niederlegten. Hierauf wurden sie in ein Haus geführt, das früher das Lyceum war, wo ihnen ein Frühstück gereicht wurde.

Ein Arbeiter trank unter den Hurras seiner Kameraden auf das Wohl des Kaisers.

Um 4 1/2 Uhr wurden die Arbeiter in Wagen nach dem kaiserlichen Pavillon geführt und begaben sich dann nach Petersburg zurück.

Der zerrüttete Reformminister.

Der durch die Plehwe-Bombe zum Minister des Innern beförderte Fürst Swiatopolk Mirski ist nunmehr tatsächlich seines Amtes entlassen worden — wegen „zerrütteter Gesundheit“.

Damit hat die Schwindel-Aera der Reformen auch äußerlich und formell ihren Abschluß gefunden. Trepow genügt. Minister sind überflüssig.

Die Obliegenheiten des Ministers des Innern hat der Gehülfe des Ministers Durnow übernommen.

Die Alleinherrschaft Trepows

wird auch durch eine von Berlin aus an den Minister Witte gerichtete Anfrage wegen des Schicksals Gorkis bestätigt. Witte antwortete, man solle das Gesuch an den Polizeiminister senden: „Meine Befugnisse erlauben mir keine Einmischung; auch kann mein eigener Einfluß nur von geringer Bedeutung sein.“

Die Schreckenstage in Warschau.

Warschau, 30. Januar. (Fig. Ber.) Es ist eine schwere Aufgabe, die Schrecken einigermaßen zu beschreiben, die wir hier in den letzten zwei Tagen, namentlich gestern erlebt haben. Es ist nirgends zu einer Generalschlacht gekommen, aber die Schergen machen auf uns, ja einfach auf das Publikum, förmliche Jagd in allen Straßen, bei hellem Tage, indem sie von Zeit zu Zeit einige Schüsse auf die Passanten abfeuern. Ich will gleich beschreiben, was ich selbst gesehen habe, doch vorher noch über den Generalstreik, nach der Ordnung.

Der Generalstreik.

Die Ausbreitung des Streiks vollzog sich entgegen allen Lügen unserer Gegner ohne jedes „Terrorisieren“ und ohne „Einschüchterungen mit Messern und Revolvern“, denn fast überall wurden die Streikenden von den noch arbeitenden Kollegen mit Freuden begrüßt und mit Bereitwilligkeit folgte man ihnen. Nur ein interessantes Beispiel: In der Alzei Jerolimski erschien in einer unserer großen Fabriken, in der Maschinenfabrik von Kohn u. Zielinski, eine Deputation der streikenden Genossen, an ihrer Spitze eine Frau. Diese wendete sich an den Direktor mit der Aufforde-

rung, die Fabrik zu schließen und die Arbeiter freizulassen. Der Direktor antwortete, daß die Arbeiter, wenn sie von der Mittagspause zurückkommen, selbst entscheiden sollen, was sie tun wollen. Als die Arbeiter versammelt war, hielt die Frau eine feurige Ansprache über die politische Lage, und darauf beschloßen sämtliche Arbeiter, sofort zu feiern. Dann begab sich dieselbe Genossin in das Bureau und forderte die Ingenieure auf, den Arbeitern sich anzuschließen, was die auch befolgten. Ebenso friedlich und leicht ging es fast überall.

Die Polizei verfuhr am Sonnabend eine Judenhege zu veranlassen, aber es ging nicht, die Arbeiter waren auf der Hut. Die jüdischen Arbeiter streifen zusammen mit uns ganz solidarisch.

Demonstrationen.

Da die ganze Stadt von Soldaten und Gendarmen förmlich überschwemmt ist, so war an eine allgemeine große Demonstration nicht zu denken, wollten wir nicht die Arbeiterschaft direkt einem Blutbad aussetzen. Es wurden also gestern, Sonntag, einige kleinere Demonstrationen veranstaltet. So Ede der Duga und Pretschajka formierte sich ein Zug aus etwa 1000 Arbeitern mit der Parteifahne der Sozialdemokratie und ging die Moskowskajastraße herunter bis Inbasi, zugleich wurden die Flugblätter verteilt. Als die Polizei zu feuern begann, gingen die Arbeiter auseinander. Bereits am Sonnabend gab es kleinere Demonstrationen in der Gnojnastraße, in der Towarowa. Die größte Demonstration fand statt am Sonnabend zwischen 8 und 9 Uhr abends auf dem Witkowskijplatz. Etwa 5000 Arbeiter marschierten hier mit revolutionärem Gesang. Die Soldaten gaben mehrere Salven, es wurden etwa hundert Schüsse abgegeben. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten ist unbekannt, doch muß sie sehr groß sein, da die Leichen auf zwei großen Wagen vom Witkowskijplatz weggeschafft wurden.

Die Menschenjagd der Zarenshergen.

Seitdem begann die Jagd. Seit Sonnabend abend und den ganzen gestrigen Sonntag hindurch schossen die Soldaten unaufrichtig, bald hier, bald dort, ohne jeden Anlaß, ohne die geringste Warnung! Sie schossen einfach auf die Passanten auf der Straße, auf Straßenjungen, die mit Schneebällen auf die Soldaten warfen. Es gibt keine Straße, in der nicht einige Menschen getötet wurden und viele verwundet.

Nur einige Beispiele. So wurde am Sonntag um 2 Uhr bei hellem Tage in der Marschalkowskajastraße direkt auf einen Menschenhaufen geschossen und zwar nur deshalb, weil Hassenjungen aus Spaß einen Draht quer durch die Straße gezogen hatten und so den Soldaten den Weg abschnitten. Die Wut der bewaffneten Bestien entlud sich in einigen Salven auf die ruhige Straßenszene: es fielen drei Tote und mehrere Verwundete. In der Heiligenkreuzstraße wurden einige Passanten mit Säbeln totgehauen. In der Arslenskastraße schossen die Bestien wiederum auf ruhige Menschen bloß aus Wut über den in dieser Straße zerstörten „Monopolladen“ (Branntweinladen). In der Bradastraße, in der Bielskastraße, in der Schmelnastraße wurden zwischen 10 und 12 Uhr mehrere Menschen „erlegt“, einfach im Vorbeigehen erschossen, ohne die geringste Ursache. Die Zahl solcher Kanonaden in den Arbeitervierteln ist nicht zu übersehen. In der Kljarskajastraße wurden zwei Frauen erschossen. In der Towarowastraße wurden um 12 Uhr vier Männer und ein dreizehnjähriges Mädchen niedergemalt. In der Karmelitskastraße stand vor dem evangelischen Krankenhaus ruhig eine Gruppe Arbeiter und unterhielt sich; ein gegenüberstehender Kosakenposten gab plötzlich ohne jeden Anlaß Feuer und erschoss sechs Mann. In der Broniastraße sah man auf dem Pflaster die Leiche eines weißhaarigen Greises liegen, der von einem vorbeigehenden Polizisten ohne jeden Grund niedergemalt war.

Gestern haben wir auch noch etwas ganz Neues erlebt: um 6—7 Uhr abends wurden bereits die Haustore geschlossen und die Passanten wurden auf der Straße angehalten, einer Leibesvisitation unterzogen und, falls man bei ihnen Flugblätter oder Revolver fand, auf der Stelle halbtot geprügelt. So ist in der Marschalkowskajastraße, Ede Hozastrasse, um 11 Uhr abends ein Arbeiter, bei dem Flugblätter gefunden waren, so von Kosaken zugerichtet worden, daß er einen Blutsturz bekam, der drei Stunden lang nicht zu stillen war. Heute sind die Ausschreitungen der Soldateska noch empörender geworden. In der Mlotaitraße ist eine Dame mit ihrer Tochter auf der Straße erschossen worden. In derselben Straße ist ein Arbeiter, der auf Anordnung des Ladeninhabers die Firmenschilder abnahm, von zwei Polizeiwachtmännern ergriffen, mit scharfer Klinge halbtot geschlagen und dann einer Abteilung Husaren übergeben worden, die ihn an den Sattel gebunden durch die Stadt schleifte. Ich würde nie zu Ende kommen, wollte ich alle Greuel beschreiben, die sich jetzt alle Augenblicke, auf jedem Schritt vor unseren Augen abspielen. Und trotz alledem lassen sich unsere Arbeiter nicht probozieren, um die erwünschte Massenabschlachtung den Bestien zu erleichtern. Heute sind auf allen Straßen die Anzeigen über den „Zustand der verstärkten Schutzmaßregeln“ angeschlagen. Kerger wie schon kann es doch nicht werden.

Die akademische Jugend.

Die Petersburger Ereignisse haben auch die Intelligenz, wenigstens die Jugend, aufgerüttelt. Am Sonnabend haben Versammlungen im Polytechnikum und in der Unwersität stattgefunden. Von heute ab sind alle Schulen durch Beschluß des Kuratoriums geschlossen.

Am Montag.

Der Streik ist allgemein und dauert fort. Das „Warschawski Dnennik“ läßt, wenn es schreibt, daß die Arbeit aufgenommen wurde. Nur einige kleinere Bäckereien sind tätig und seit 11 Uhr kursieren heute einige wenige Straßenbahnen und Droschken. Die Telephonleitungen sind nach wie vor außer Betrieb.

Wie nach russischen Begriffen eine Verlesung des Bötterrechts behandelt wird, davon legt folgende offizielle Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur Zeugnis ab:

Warschau, 1. Februar. Die Person, welche durch einen Säbelstich im Gesicht leicht verwundet worden, ist ein russischer Untertan, der als englischer Bizekontal fungiert und unter der Vollmacht ohne ein äußeres Abzeichen seiner Stellung sich befand.

Warschau, 1. Februar. Der Zustand breitet sich auf alle Fabriksbezirke der Stadt aus. Die Güterzüge der Lublinbahn sind eingestellt. Heute versuchten die Ausständigen, die Eisenbahnbeamten in den Ausstand hinzuzuziehen.

Warschau, 1. Februar. Die Stadt ist ruhig; der Ausstand der Arbeiter dauert fort. Die Bäden und Kontors sind nur zum Teil geöffnet. Die Zeitungen sind mit Ausnahme des „Warschawski Dnennik“ und der „Polizeizeitung“ nicht erschienen. Die Stimmung ist noch erregt.

Die Ermordung des Stadthauptmanns von Warschau, Grafen Wolski, behauptet ein Gerücht, das jedoch noch keine Bestätigung gefunden hat.

Eine Demonstration der Stadtverordneten.

Moskau, 1. Februar. In der heutigen Sitzung der Duma haben 42 Stadtverordnete folgende Erklärung ab: Ueber die außerordentliche Duma-Sitzung vom 27. Januar hat keine Moskauer Zeitung berichtet, weil einer Blättermelbung zufolge solche Berichte der Zensur des Gouverneurs oder Stadthauptmanns unterliegen. Es ist aber die weitestehende Verbreitung der von der Duma beschlossenen Maßnahmen zum Schutze der städtischen Anstalten und des Lebens der Bürger erforderlich, um der Duma den Vorwurf der Untätigkeit zu ersparen. Die Unterdrückung solcher Meldungen beraubt die Bevölkerung der Möglichkeit einer Kontrolle über die Tätigkeit der Duma und stört den Zusammenhang zwischen den Wählern und den Vertretern; außerdem berechtigt das Verbot der Zeitungsberichte über die Sitzungen der Duma unzulässig aufgehoben und bei der Abgeordnetenrevision der Pressegesetz vorstehend in Betracht gezogen wird. Diese Erklärung gelangt in der nächsten Dumasitzung zur Beratung.

Rundgebungen der Kulturwelt.

Die deutsche Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat für die Opfer der russischen Revolution 10 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Eine imposante Rundgebung zugunsten der Freiheitkämpfer in Russland hat am Montagabend die Arbeiterchaft in Offenbach veranstaltet. Vor mehr als 2500 Männern und Frauen, so wird uns geschrieben, sprach der Reichstagsabgeordnete Scheidemann über die Revolution in Russland. Die anschaulichen Darstellungen des Redners entzückten häufig die elementarsten Ausdrücke heiler Entrüstung. Gegen eine Stimme, die eine schärfere Fassung gewünscht hätte, wurde von der imposanten Versammlung die nachfolgende Resolution angenommen:

Die heute am 30. Januar 1905 im Saalbau zu Offenbach am Main tagende, von mehr als 2500 Männern und Frauen besuchte Volksversammlung spricht den russischen Freiheitkämpfern ihre Sympathie aus. Die Versammlung erwartet von ihnen, daß sie in ihrem Kampf, den sie für die ganze gesittete Menschheit kämpfen, nicht erlahmen mögen, bis der Zarismus zertrümmert am Boden liegt.

Die Versammlung erblickt im Zarismus den schlimmsten Feind aller Kultur und Menschlichkeit; den Schergen des Jares, die gleich Bluthunden die eigenen Volksgenossen niedergemetzelt haben, spricht sie ihren tiefsten Abscheu aus.

Der Protest Münchens.

Würdiger und kräftiger als die Berliner Aktion der Intellektuellen, die sich am nächsten Sonntag vor einem geladenen Publikum über den Fall Gorki aussprechen wollen, ist der Protest Münchens, in dem sich alles vereinigt, was in der Hauptstadt der deutschen Kunst von Bedeutung ist. Der Münchener Aufruf lautet:

An die Bevölkerung Münchens!

Die jüngsten blutigen Ereignisse in Petersburg, sowie in anderen Städten Russlands haben die teilnehmende Aufmerksamkeit der ganzen zivilisierten Welt auf die Schicksale unseres Nachbarvolkes im Osten gerichtet.

Eine friedliche Kundgebung vieler Tausende von Arbeitern, Studenten, Bürgern jeden Standes wurde in Strömen von Blut erstickt. Ueber zweitausend Leichen waren die Antwort auf den Ruf eines ganzen Volkes, die elementarsten Bedingungen einer zivilisierten Existenz zu verwirklichen.

Massenverhaftungen in den Kreisen der Schriftsteller und Gelehrten, unter denen sich Namen von Weltberühmtheit befinden, folgen den Straßenmordtaten auf dem Fuß. Und schon erhebt sich der Galgen, das Werk der Unterdrückung zu vollenden.

Gegenüber solchen Vorgängen darf kein freiheitsliebendes Volk teilnahmslos bleiben. Und so fordern denn die Unterzeichneten — Vertreter nahezu aller Volksschichten und Parteirichtungen — die Bevölkerung Münchens auf, sich am Freitag, den 3. Februar, abends 8 Uhr im großen Saale des Münchener Kind-Kellers zu versammeln zu einer Kundgebung der Sympathie mit den Bestrebungen der vorerwähnten, selbstlosen Männer aller Stände, welche ihrem Volke die Freiheit erkämpfen wollen, und zu einer Kundgebung des Abscheus gegenüber der beispiellosen Vergehrung, die sie erfahren.

Nach einem Referat des Herrn S. v. Schewitsch über „Die jüngsten Ereignisse in Russland und deren internationale Bedeutung“, werden hervorragende Redner verschiedener Parteien und Richtungen das Wort ergreifen.

Witzbürger, erscheint in Massen!

Prof. Dr. Nijo Brentens, Prof. Dr. M. Haushofer, Kommerzienrat Friedrich Seyboth, Prof. Dr. Luidde, Justizrat Dr. Max Bernstein, Prof. Dr. Theodor Pippis, Magistratsrat Ed. Schmid, Reichs- und Landtags-Abgeordneter v. Bollmar, Landtags-Abgeordneter Adolf Müller, Dr. Ernst Rehm, Schriftsteller Joseph Ruederer, Schriftsteller Max Halbe, Schriftsteller Dr. G. M. Conrad, Prof. Franz Stuf, Landtags-Abgeordneter L. Giesler, Prof. Franz v. Despreger, Prof. W. Humann, Prof. A. Hildebrand, Ita Freudenberg.

Die Schweiz.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Am Donnerstag fand im Belodrom eine große von 2500 Personen besuchte Demonstrationssammlung statt, in der die Genossen Furrer, Pfleger, Dr. Adler jun. und Greulich sowie ein russischer Genosse die schändlichen Mordtaten der herrschenden Gensendichte in Russland brandmarkten und den dortigen Freiheitkämpfern die begeistertesten Sympathien ausgedrückt wurden. Schließlich fand die folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die von der Arbeiter-Union einberufene, von mehr als 2500 Personen besuchte Versammlung bezeugt den heldenhaften und opfermütigen Freiheitkämpfern in Russland ihre vollste Sympathie. Möge das russische Proletariat, auf das sich die zuverlässigste Hoffnung des internationalen Sozialismus gründet, seine Ausdauer und Energie bewahren, bis der grimmigste Feind aller Kultur und Menschheit, der aller Verbrechen fähige, mit Gelatomben unerschütterlichen Blutes besudelte, bis der völkerverleumdende Zar und sein niedertretendes System endgültig zertrümmert sind. Zeit entfernt vom Kampfschlage, kann unsere tatsächliche Mißsache leider nur in der materiellen Unterstützung der im Kampfe stehenden, der gefallenen Opfer bestehen. Diese Hilfe soll aber nach besten Kräften geleistet werden, denn ein Gedanke befeelt uns alle: Sieg der Revolution in Russland!

In Winterthur und St. Gallen fanden in Versammlungen der Arbeiterbildungs-Vereine nach ershättelten Referaten ähnliche Resolutionen Annahme, ebenso in einer großen Protestversammlung in Gené. Hier kam es zu Verhandlungen, weil nach der Versammlung ein Antrag mit der roten Fahne an der Spitze veranlaßt wurde. Die Polizei forderte ganz nach dem Vorbild der in Russland herrschenden Willkür die Zusammenrolung der roten Fahne, und als das Verlangen, zu dem die Polizei nicht das mindeste Recht hatte, zurückgewiesen wurde, raubte sie die Fahne und verhaftete dazu noch neun Manifestanten, wovon sieben wieder entlassen wurden, während zwei, weil sie weder Papiere haben noch in der Schweiz wohnen, ausgewiesen wurden. Die Genfer Polizei kann also noch immer nicht von ihren schmachvollen Gewalttätigkeiten lassen.

In Bern hielten die russischen Revolutionäre eine große Demonstrationssammlung ab, die von 600 Personen besucht war und eine entsprechende Resolution annahm.

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat mit dem Zentralkomitee des Grüdlvereins folgenden Aufruf zugunsten der russischen Freiheitkämpfer erlassen:

„Dem russischen Proletariat, das durch sein heldenmütiges Auftreten gegen den russischen Absolutismus die soziale Revolution in die Wege leitet, als dem einzigen Mittel, um aus eines Kulturvolkes unwürdigen Zuständen herauszukommen, haben wir die Sympathien der schweizerischen Arbeiterchaft übermitteln lassen. Wir grüßen die russischen Helden und rufen ihnen ein begeistertes „Gloria auf!“ zu.“

Wir haben uns mit dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes in Verbindung gesetzt, um Sammlungen zugunsten der russischen Freiheitkämpfer wie auch zur Unterstützung der streikenden Bergleute im Ruhrgebiet zu organisieren. Wir empfehlen dieselben jetzt schon allgemeine Verdrückung.“

In Zürich ist ein Hilfskomitee für die russischen Freiheitkämpfer gebildet worden, das folgenden Aufruf an die Bürger der freien Schweiz erließ:

„Der nun ausgebrochene Freiheitkampf in Petersburg, der bereits Tausende von Opfern gekostet hat, wird, allen Anzeichen nach, in allernächster Zeit sich über ganz Russland verbreiten. Es ist ein Kampf zwischen dem lange unterdrückten und jetzt zum Bewußtsein der Freiheit erwachten Volke und der despotischen barbarischen Regierung, die jede Freiheitsregung mit Füßen tritt. Wir zweifeln nicht daran, daß die heldenmütigen Freiheitkämpfer in Petersburg, die durch ihre Taten ihr großes historisches Gelübde — für die Volkssache zu sterben oder zu siegen — gelöst haben, auf die Sympathie und Bewunderung aller Bürger der freien Schweiz rechnen dürfen. Wir wenden uns an die Bürger des Landes, das den Freiheitkampf schon lange hinter sich hat, mit dem Erläuten, den Bürgern jenes Landes mit Hilfe entgegenzukommen, welches gegenwärtig im Zeichen der Revolution steht, den Bürgern jenes Landes, welches als Part der Reaktion gilt und dessen despotisches Regiment die Freiheitsfrage in der ganzen zivilisierten Welt bedroht. Bürger der freien Schweiz! Helfet den Freiheitkämpfern in Russland! Helfet den Petersburger Arbeitern, die das Banner der Freiheit hoch tragen.“

Die russische Revolution und das italienische Volk.

Rom, den 29. Januar. (Fig. Ver.)

In keinem Lande Europas, England ausgenommen, hat der Kampf des russischen Volkes so allgemeine Sympathien erregt, wie in Italien. Nicht nur die bürgerlichen, sondern selbst mehrere literale Blätter haben sich offen auf Seiten des Volkes gestellt. Lediglich die engere vatikanische und Jesuitenpresse hatte die vorchriftsmäßige Entrüstungssprache gegen die Aufseher. Sogar die offiziöse „Tribuna“ brachte einen mit „Fut“ überschriebenen Beirartikel, der in ein „Schande“, Schande über den Jaren“ ausklang. Als Mirabelli in der Kammer von dem „Senker auf dem Kaiserthron“ sprach, erfolgte Lei in Ordnungsruf des Präsidenten und wenn mein darauf bezüglicher Telegramm von einem Ordnungsrufe sprach, so war dies eine Verhöhnung des lokalen Telegraphendienstes.

Natürlich ist die Initiative der Protestbewegung ganz in Händen der Partei. Die großen Volksversammlungen in Mailand, Genua, Neapel, Bologna u. waren von den Sozialisten einberufen worden, aber alle Klassen, selbst die monarchischen Assoziationen, nahmen daran teil. Die Regierung ließ freie Hand und begünstigte sich, die russischen Konsulate bewachen zu lassen. Nur in Rom wurde die Protestversammlung verboten, „mit Rücksicht auf die schwebenden Handelsverträge mit Russland“. Abgehalten wurde die Versammlung heute trotzdem, und viele Tausende nahmen daran teil. Die Regierung konnte es natürlich nicht unterlassen, durch Aufgebot von Truppen, die mit blanker Waffe unter die Demonstranten gingen, mit dem Feuer zu spielen und sich lächerlich zu machen.

Wie jetzt haben vier Zeitungen Sammlungen eröffnet, das reformistische „Tempo“ und „Lavoro“, sowie die republikanische „Italia del Popolo“ sammeln für die Opfer des Zarismus, der „Abanti“ sammelt „pro Rivoluzione russa“. In drei Tagen hat er 1077 Lire aufgebracht. Die anderen Blätter ungefähr ebensoviel. Unter den Gaben finden sich auch Bürgerliche und Adlige, so z. B. der Fürst Doria aus Genua und der Großindustrielle Celestia. Die sozialistische Stadtverwaltung von San Remo hat 200 Lire bewilligt und direkt nach Gené geschickt.

Italien ist ja ein armes Land und kann keine großen Summen aufbringen. In diesem Falle zeigt es aber doch, daß es in einigen Stücken reicher ist, als andere, kapitalistischer Länder. Möge der spärliche Obolus des Südens, den die heißen Wünsche aller rechtsschaffenden Menschen begleiten, den russischen Dribbern Glück bringen in ihrem Entscheidungslampfe.

Russische Stimmungen.

Aus einem uns zur Verfügung gestellten Brief eines russischen Liberalen:

„Die Aufregung ist ungeheuer. Die Arbeiter sind außer sich und es gibt keine Rettung mehr. . . Jetzt glauben alle. Niemand zweifelt mehr (d. h. an dem Siege des Freiheitkampfes). . . Diese Arbeiter! Sie sind ein großartiges Volk! Es ist schwer, sehr schwer, aber sie leben wir. Und Russland lebt. Ich hätte niemals solches in diesem Jahre erwartet. . . Froh kann man jetzt nicht sein. Was man jetzt fühlt, ist tiefer als Freude.“

Russkultur in Sachsen.

Aus Leipzig wird uns berichtet:

Zwei große Volksversammlungen, von unserer Partei einberufen, wollten sich mit den Vorgängen in Russland beschäftigen; doch konnte nur die im Albertgarten tagende in Ruhe zu Ende geführt werden, die andere, nach dem Zentral-Theater einberufene, wurde schon nach dreiviertelstündiger Dauer vom Polizeirat Müller, der sonst nie Versammlungen in eigener Person überwacht, aufgelöst. Schon um 8 Uhr wurde der Einlaß zur Zentral-Theater-Versammlung wegen Ueberfüllung gesperrt. Unter den Versammlungsbesuchern waren sehr viele Angehörige der bürgerlichen Gesellschaft. Die letzteren hatten nun Gelegenheit, den Russenkurs in Theorie und Praxis kennen zu lernen; einmal durch die Darlegung des Referenten, Genossen Ledebour und dann durch den Beamten mit der Wortentziehung und der gleich darauffolgenden Auflösung der Versammlung. Als der Beamte Ledebour wegen einer Bemerkung über den jetzigen Jaren das Wort entzog, fragte dieser den Beamten, wie er dazu komme? Darauf löste dieser als Antwort einfach die von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung auf.

Die Auflösung wurde von den Besuchern mit Pfuirufen und Pfeisen beantwortet.

So arbeitet die deutsche Polizei in einem Augenblick, da die ganze Welt in weithin hallenden Protesten gegen den Zarismus sich auflehnt!

Wer verschleppt?

Die Verhandlung des Reichstages über den Bergarbeiterstreik trug denselben Charakter, den die Aktion der Regierung bisher geboten hat: Graf Posadowsky stieß über von Zusicherungen, aber — um Gotteswillen stört nicht unsere sorgsam gezogenen Kreise; im Dreiklassen-Parlament werden wir schon alles recht schön — begabten. Wer uns da in den Weg kommt, der — verschleppt nur die Hilfsaktion für die Bergleute. Die preussische Regierung ist entschlossen,

alles zu tun, was geeignet ist, eine wirksame Hilfe für die Bergarbeiter zu verhindern; sie wird mit ihrer ganzen Macht verhindern, daß die Reichsgesetzgebung zugunsten der Bergarbeiter eingreift. Es war ja sehr erfreulich, daß Graf Posadowsky die Schwindelnachrichten der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, des Bergmeisters Engel und die Lorenzereien der „Post“ als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnete. Es ist auch sehr erfreulich, daß Graf Posadowsky die Mangelhaftigkeit der jetzigen Vergesetzgebung ausdrücklich gegen Herrn Sattler hervorhob; aber um so schlimmer für den Herrn Grafen. Es ist ihm so bekannt wie uns, daß im preussischen Abgeordnetenhaus, wenn überhaupt etwas herantsteht, doch höchstens ein Wechselbalg herauskommen wird. Bergarbeiter-Traub, nicht Bergarbeiter-Schutz wird im Junterparlament die konservativ-nationalliberale Mehrheit schaffen. In einigen Wochen, so wurde heint wieder mitgeteilt, soll der Entwurf zur Vergesetzg-Novelle, der schon seit Jahren fast fertig sei, dem preussischen Landtage zugehen. Was heißt einige Wochen? Heißt das drei oder dreißig Wochen? Wenn der Entwurf schon fast fertig ist, warum können dann die Geheimräte nicht mal zwei oder drei Zwölfstundenschichten machen, um den Entwurf in zwei oder drei Tagen zur Vorlage reif zu machen? Warum jagt die preussische Regierung nicht, was sie in dem Entwurfe vorschlagen will? Oder weiß sie das noch nicht? Warum, wenn die preussische Regierung wirklich die Absicht hat, ein ernsthaftes Gesetz zum Schutze der Arbeiter zu schaffen, will sie die Reichsgesetzgebung am Eingreifen verhindern? Der wahre Grund der preussischen Regierung kann eben nur sein, daß sie in Wahrheit nichts Ernsthaftes vorzuschlagen beabsichtigt und daß sie auf die Unternehmerrmehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses hofft, auf daß diese vollends ein Unternehmerrschutzes-Gesetz daraus macht. Aber erst dann, wenn der Hunger die Bergarbeiter wieder in die Grube getrieben hat. Der Reichstag, der Freitag weiter über die Resolutionen verhandelt wird, sollte sich durch die Verschleppungs-Versprechungen der Regierung nicht hindern lassen, die Vorlegung eines Notgesetzes zum Schutze der Bergarbeiter zu fordern.

Faule Ausreden.

Die Herren vom Kohlenhändler begründen die Ablehnung der Verhandlungen mit den Arbeitervertretern damit, daß sie erklären, sie könnten mit kontraktbrüchigen Arbeitern nicht verhandeln. Die Seidenerkommission der Bergarbeiter weist in einem Flugblatt nach, daß das nichts wie faule Ausreden sind. In dem Flugblatt heißt es:

Fortwährend wird wiederholt, mit „kontraktbrüchigen“ Arbeitern würde nicht unterhandelt. In einigen (inspirierten?) Zeitungsartikeln wird gesagt, zuerst müßten die Belegschaften die Arbeit wieder aufnehmen, dann würde wohl in Einigungsverhandlungen mit der Seidener-Kommission eingetreten werden. Demgegenüber sei festgesetzt, daß auch früher, als die Belegschaften nicht streikten, ihre Vertreter nicht anerkannt wurden! Dies bestätigt in dankenswerter Weise das Flugblatt vom Bergbauischen Verein selbst, indem es die ablehnenden Antworten des Vereins auf die in sehr höflichem Tone gehaltenen Eingaben der Bergarbeiter-Organisationen (1897, 1899, 1900, 1903) der Öffentlichkeit preisgibt. Mit diesen Worten wurde den Vorständen der Verbände stets gesagt: „Wir erkennen euch nicht an als legitimierte Vertreter der Belegschaften!“ Damals arbeiteten die Belegschaften ruhig weiter, es kam also kein Kontraktbruch vor, und trotzdem weigerten sich die Besenbesitzer-Führung zu nehmen mit den Organen der Arbeiterchaft. Selbst Deputationen der einzelnen Belegschaften wurden von den betr. Verwaltungen nicht anerkannt, obwohl sie es hier direkt mit den „eigenen Arbeitern“ zu tun hatten!

Der Ruin des Bergbaues.

Unverträglich sind den Unternehmern stets alle sogenannten „Lasten“ zugunsten der Arbeiter. Anständige Löhne, Versicherungseinrichtungen für die Arbeiter und dergleichen, als Lasten zu bezeichnen, die den Unternehmern auferlegt werden, verrät erstens eine unerschämte Anmaßung. Diese Lasten werden doch nur geleistet aus dem, was die Arbeiter schaffen. Lasten sind nicht den Unternehmern auferlegt durch Zahlung der Löhne und der Beiträge zu den sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen, Lasten sind vielmehr den Arbeitern auferlegt, indem sie gezwungen sind, nichtstuhende Aktionäre fett zu füttern.

Es verrät aber dieses Geschrei über die Belastung des Bergbaues, über den Ruin des Bergbaues durch sozialpolitische Maßregeln, durch hohe Löhne und kurze Arbeitszeit auch ein äußerst mangelhaftes volkswirtschaftliches Verständnis. Es steht längst fest, daß hohe Löhne und kurze Arbeitszeit gerade die Industrie fördern, wie England und Amerika beweisen. Daß auch die sozialpolitischen Einrichtungen, die in Deutschland geschaffen wurden, die Industrie und auch den Bergbau nicht ruinieren, sondern im Gegenteil fördern, das beweist der Bergbauverein selber in einem großen Werke, das er jetzt über seine eigene Geschichte herausgibt. Darin teilt er mit, daß die darin nauthaft gemachten Werke einen Reinüberschuß per Tonne Kohlen hatten von 0,33 Mark im Jahre 1885, von 0,38 Mark im Jahre 1895 und von 1,04 Mark im Jahre 1903. So wird der Bergbau ruiniert!

Die jüggelose Fälscherbande, „Die Post“ genannt, begeht in ihrer letzten Nummer die wüsten Ausschreitungen gegen die öffentliche Moral. In der Spitze druckt sie den unterschobenen Drohbrief des Bergmeisters Engel ab, von dem jedermann sofort an der Handfärscht sieht, daß ihn kein Bergarbeiter geschrieben hat. Dazu kommt, daß wir bereits nachgewiesen haben, wie Herr Engel Behauptungen aufstellte, die längst als blanke Erfindungen bekannt sind, wie die angebliche Resolution der Generalversammlung der Münchener Ortszasse. Dann gibt sie die Behauptung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wieder, daß ein Arbeiter erschossen worden sei — natürlich von Streikenden — obwohl die „Rheinisch-Westfälische“ selbst hat zugeben müssen, daß der Mord von einem Arbeitswilligen begangen worden ist.

Darauf stellt sie eine lange Liste von Untaten zusammen, die angeblich von Streikenden begangen worden sind, aber den Stempel der Lüge sämtlich auf der Stirn tragen, und darauf hebt eine so verbrederische Hezerei gegen die Streikenden an, wie es selbst in diesem verkommenen Fälscherblatt noch nicht dagewesen ist. Sie nennt die Streikenden Wegelagerer, Mordbrenner, vergleicht sie mit Räuberbanden, wie sie vor 100 Jahren am Niederrhein die Bevölkerung in Schrecken versetzten. Wir rufen nicht nach dem Staatsanwalt gegen diese Mordbrenner an der Wahrhaftigkeit, aber der öffentlichen Verachtung sollen sie preisgegeben werden, die gewissenlos genug sind, zu Gewaltmaßregeln und zu blutiger Unterdrückung einer Kulturbewegung zu hehen.

Ein Strafr-Urteil.

Ein polnischer Redner soll in einer Versammlung Arbeitswillige beleidigt haben. Er wurde, wie uns unser B-Korrespondent berichtet, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt, der im öffentlichen Interesse Anklage erhoben hatte, beantragte drei Monate und sofortige Verhaftung. Der Verurteilte hat in seiner Rede nur von Arbeitswilligen im allgemeinen, nicht aber von einzelnen Personen gesprochen, deshalb ist das Urteil ganz unverhältniß.

Offen, 1. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die aus drei Mann der Belegschaft der Zeche „Gerkules“ bestehende Kommission ist heute zu den Verhandlungen mit den Regierungsvertretern nicht erschienen, da sie nach den Erfahrungen der beiden ersten Tage die ganzen Verhandlungen als lächerliche Komödie erkannt hat und nicht daran denkt, sich weiter von den Regierungsvertretern brüskieren zu lassen.

Dortmund, 1. Februar. E. Gestern Abend fand in Dortmund eine massenhafte Besuche und lange vor Beginn polizeilich gesperrte Frauenversammlung statt, in der einheitlich beschlossen wurde, die Männer zum Ausscharen im Kampfe aufzufordern. Gleichfalls in Dortmund fand gestern Abend eine Versammlung der bürgerlichen Linkspartei statt, in der es gleichfalls als eine unerhörte Zumutung an die Arbeiter bezogen wurde, schon jetzt wieder die Arbeit aufzunehmen, bevor irgendwelche Garantien geboten seien.

Die evangelischen Geistlichen der Synode Bochum mischen sich in ganz ungebührlicher Weise in den Streit. Sie erlassen einen Aufruf, womit sie bald ja, bald nein sagen, bald den Arbeitern, bald den Unternehmern zureden, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern und schließlich — das ist der Kern der Sache — sie auffordern, nur christlichen Organisationen beizutreten. Bei dem lebhaft zutage tretenden Bestreben, die volle Parität der Organisationen zu wahren, verbietet sich vielleicht die christliche Organisation der Bergleute diese unbedingte Einmischung.

Die Solidarität der englischen Bergleute.

Die Bergarbeitervereinigung von Northumberland hat ihren Mitgliedern von einer Zuschrift des westfälischen Bergarbeiterführers Sachs, welche um Unterstützung der westfälischen Ausständigen ersucht, Kenntnis gegeben. Die Vereinsleitung fordert die Mitglieder nachdrücklich auf, diese Unterstützung zu bieten und schlägt vor, 500 Pfr. sofort und während der Dauer des Ausstandes wöchentlich 100 Pfr. abzusenden.

Sammlungen im württembergischen Landtage.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Eine unter den bürgerlichen Abgeordneten des württembergischen Landtages vorgenommene Sammlung für die streikenden Bergarbeiter ergab den Betrag von 150 M. Im Gegensatz zu dieser Auffassung der gesetzgebenden Versammlung, sieht die Gendarmerie in Heidenheim in Sammlungen von Unterführungen für die Bergarbeiter eine Gefährdung. Wie von dort gemeldet wird, beschlagnahmte die Gendarmerie beim Vorsitzenden des dortigen Gewerkschaftsrates die Sammellisten und sämtliches Sammlungsmaterial. Der abereifige Stationskommandant wird voraussichtlich vom Ministerium befehrt werden, daß Württemberg für solche Grimmschauer Sozialpolitik noch nicht reif ist.

Ueber die Zahl der Streikenden berichtet B. L. B. vom 1. Februar: In den 18 Bergwerksrevieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund führten heute an von einer Gesamtbelegschaft von 245 967 Mann der streikenden Zechen unter und über Tage 62 089; mithin fehlten 183 878 Mann gegen 194 045 in der gestrigen Schicht; es ist demnach eine Abnahme der Ausständigen um 177 zu verzeichnen. Auf Zeche „Abenteurer“ sind nach dem „Reichs-Anzeiger“ von der unterirdischen Belegschaft der Morgenschicht 1490 von 1897 und von der Mittagschicht nur 846 von 1687 Mann angefahren.

Ein großer Tagesbruch, der einen Teil eines öffentlichen Weges mit in die Tiefe gerissen hat, ist auf Zeche „Wallich“ entstanden.

Auf Zeche „Kaiser Friedrich“ in Barop ist das sehr mächtige Flöz Sonnenschein in Brand geraten, wohl durch Selbstentzündung. Die Folgen und der eventuelle Schaden sind vorläufig gar nicht zu übersehen.

Die Zeche „Cron“ im Förder Revier konnte wegen Kohlenmangels die Wasserhaltungsmaschine nicht im Betrieb halten. Infolgedessen ist die schiffe Sohle in Schacht 3 der Zeche „Kaiser Friedrich“ durch und setzten die Sohle unter Wasser.

Derne, 31. Januar. Auch eine Folge des Streiks. Der „Lokalanzeiger“ des Amtes Lünen teilt seinen Lesern mit, daß die durch den Streik geschaffene allgemeine Lage ihn zwingt, die Herausgabe des Blattes zu unterbrechen. Es sei der Wunsch vieler Freunde, während der Dauer des Streiks das Abonnement nicht fortzusetzen; auch hätten viele Gewerbetreibende mitgeteilt, daß sie bei der jetzigen Geschäftslage das Inserieren vorläufig einstellen müßten.

Die Bewegung in anderen Revieren.

Breslau, 1. Februar. Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Die Arbeitsvermittlung auf der staatlichen Königin Luise-Grube in Jäbze hat weiteren Umfang angenommen. Während von der gestrigen Nachtschicht 1416 Arbeiter nicht einsahen, fehlten heute früh zur Tageschicht auf Ost- und Westfeld 2987 von 3000 Arbeitern. Auf Südfeld führen heute 200 Wagenshöfer und Schlepper nicht ein.

Danach ist also der Streik auf dieser Grube bereits allgemein. Eine große Volksversammlung in Breslau unter Vorsitz Somharts forderte die „ungefährte Einbringung einer Gesetzesvorlage durch die Reichsregierung, die die Arbeitsbedingungen regelt, auf welche sich die Forderungen der Bergleute beziehen.“

Beuthen, 1. Februar. (B. L. B.) Nach Mitteilungen von der „Königin Luise-Grube“ waren bei der heutigen Tageschicht 2648 Bergleute auf dem West-, Ost- und Südseite ausständig, während bei der Nachtschicht, die gegen 4 Uhr beginnt und um 12 Uhr nachts wegen des morgigen Feiertages beendet ist, 3559 Bergleute freilassen.

Kattowich (Obererschlesien), 1. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Streik in der „Königin Luise-Grube“ nimmt zu. In der Tageschicht fehlten heute 2900 Mann. Im benachbarten russisch-polnischen Industriebezirk Sielce-Sosnowice sind seit heute früh Arbeiter aller Fabriken im Ausstand. Viele Personen flüchten über die Grenze nach Kattowich. Die Schulen sind geschlossen, die Polizei untätig, die Erregung sehr groß.

Die Forderungen der obererschlesischen Bergarbeiter.

Der „Reichs-Anzeiger“ berichtet: Bezüglich der Arbeiterbewegung auf der staatlichen Königin Luise-Grube bei Jäbze in Oberschlesien ist mitzuteilen, daß am 30. v. Mts. nachmittags eine Versammlung der Vertrauensmänner dieser Grube stattfand, an welcher der Werksdirektor teilnahm. Die Vertrauensmänner stellten folgende Forderungen auf: 1. Verlängerung der Schichtzeit auf acht Stunden, 2. Erhöhung der Löhne, 3. Erhöhung der Deputatlohnentz, 4. humane Behandlung, 5. Wahl neuer Vertrauensleute. Es wurde eine genaue Prüfung der Forderungen zugesagt, worauf sich die Vertrauensmänner einstweilen begnügen erklärten.

Auch die niederschlesischen Bergleute

stellen Forderungen. Am 31. v. M. führten auf der Grube Konf. Carl Georg Viktor der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg in der Frühchicht 84 Mann, in der Mittagschicht 27 Mann nicht an. Am 24. v. M. hatten die Vertrauensmänner der derselben Gesellschaft angehörigen Grube Kom. Gustav bei Rothenbach folgende Forderungen gestellt: 10 Proz. Lohnerrhöhung, 8 stündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, bessere Deputatlohnentz, und gleich große Fördergefäße. Es wurde von der Verwaltung eine wohlwollende Prüfung der Forderungen zugesagt, womit sich die Vertrauensmänner einverstanden erklärten. Am 28. v. M. wurde in einer Sitzung des bergbaulichen Vereins in Waldenburg von den Betriebsverwaltungen beschlossen, am 1. Februar eine etwa 5 Proz. betragende Lohnerrhöhung

eintreten zu lassen und dies am 28. bekannt zu machen. Inzwischen haben aber Versammlungen im niederschlesischen Bezirk stattgefunden, in deren Folge Forderungen aufgestellt wurden, insbesondere betreffend Festsetzung eines Minimallohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Ueberwachungen und Einführung einer Arbeitskontrolle.

Belgien.

Brüssel, 1. Februar. Auf der Grube von Couchant trat die ganze Belegschaft infolge Ablehnung der geforderten Lohnerrhöhung heute in den Ausstand.

Versammlungen.

Der Sozialliberale Verein hatte gestern Abend nach der Victoria-Brauerei in der Lühovstraße eine Versammlung berufen, die sich mit den jüngsten Vorgängen in Russland beschäftigte und gegen die Verhaftung Gorkis und seiner Freunde aus der russischen Intelligenz protestieren sollte. Obwohl der Saal von der Polizei schon gegen 8 1/2 Uhr abgesperrt wurde, als noch Hunderte bequem Platz in ihm gefunden hätten, konnte die Versammlung erst um 9 Uhr eröffnet werden. So lange dauerte es, bis die polizeiliche Quarantäne teilweise aufgehoben wurde, die auch die Leiter und Redner der Versammlung festgehalten hatte.

Der Vorsitzende Dr. Breitscheid eröffnete die Verhandlungen mit dem Wunsch, daß sie trotz aller Verschiedenheit der politischen Anschauungen zu einer einheitlichen Sympathieäußerung für das kämpfende russische Volk und zu einem einheitlichen Ausdruck des Abscheus gegen die Verbrechen, die den Kampf des Volkes um seine heiligsten Rechte im Blute zu erlösen drohten.

Der Referent Professor Dr. v. Kautzner, der seine mutige Wahrheitsliebe im Königsberger Sophistenprozess allgemein bekannt gemacht hat, entwarf ein ergreifendes Bild von der entsetzlichen Rechtslosigkeit des russischen Volkes auf religiösem, geistigem und künstlerischem Gebiet. Ein altes russisches Märchen, so erzählte der Vortragende, sagt, daß Christus von Zeit zu Zeit auf die Erde zurückkehrt, um im Bettlergewand mit offenem Herzen das Land zu durchwandern, alle Leiden des Volkes auf sich zu nehmen und es zu Taten der Liebe und Aufopferung anzuweisen. Jetzt aber gibt es in Russland nur noch eine einzige Religion, die der heiligen Polizei. In der Rechtswissenschaft, in der Philosophie darf nur bis zur Zeit des Aristoteles gelehrt werden, in der Kunst bleiben nur die pornographischen Schriften ungeniert. Nach dem größten agent provocateur der Welt, dem Fürsten Mikoff, dem Mann des „Vertrauens“, ist in Trepow der Geist des ermordeten Michailow wieder lebendig geworden. — In dem Protest der deutschen Intelligenz sieht L. R. Redner gegen die Gewalttaten dieses Regimes, gegen die Verhaftung des edlen und großen Dichters des russischen Volkes, Maxim Gorki, den Beweis dafür, daß im Lande Schillers und Goethes die heilige Flamme des Menschheitsideals noch nicht erloschen ist. Er fordert aber darüber hinaus für die Deutschen, das Volk der Denker und Dichter, auf, mitzuarbeiten an der Befreiung des geliebtesten Weiches Russlands, seine Religion, Wissenschaft und Kunst von der Nagala des weichen Terror, von der Schmach der russischen Polizei, gefangen zu werden. Er ruft das ganze freireichliche Deutschland auf, das Volk aufzurichten, dessen Lieblingssohn Maxim Gorki ist.

Als zweiter Referent behandelte der Handelsredakteur J. Wiener die Lage der russischen Finanzen. Er zeigt, wie infolge des kulturfeindlichen Regimes in Russland der Zinsfuß für die unterzubringenden russischen Anleihen von 3 1/2 Proz. im Jahre 1896 auf 6 Proz. im letzten Jahre heraufgeschraubt wurde. Er stellt der russischen Regierung die Verweigerung aller Anleihen durch die Finanzwelt und die deutschen Kapitalgeber in Aussicht, falls sie nicht einleutet und in der Freilassung der verhafteten Intellektuellen die erste Garantie böte für eine gründliche Reform aller russischen Verhältnisse in freireichlichem Sinne. — Der dritte Referent Dr. Breitscheid behandelte die Stellung der deutschen liberalen Politiker zu den jüngsten Ereignissen.

Nach kurzer Diskussion, an welcher sich Dr. Th. Barth und Pfarrer a. D. Raumann beteiligten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„In dem aufrichtigen Wunsche, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und russischen Volke zu pflegen und zu bessern, wünscht die Versammlung den Bestrebungen Erfolg, die daraus abzielen, durch Einführung konstitutioneller Rechtsverhältnisse das gesamte russische Volk zu persönlicher Selbstachtung, zu höherer Geiltung und gesichertem Wohlstande zu führen. Die Niederwerfung friedlicher Arbeiter, die um Brot und Freiheit bitten wollten, und die Verhaftung Gorkis, eines der größten und reinsten Dichter unserer Zeit, zeigen zur Genüge, wohin in diesem Kampfe die Sympathien des deutschen Kulturvolkes gehören.“

Polizeilich aufgelöst wurde gestern Abend eine von Anarchisten einberufene Versammlung im Luisenstädtischen Konzerthaus, als Eckert den Generalstreik als einziges Mittel der Arbeiter zur Befreiung aus den Fesseln des Kapitals empfahl.

Die Fällungsverammlung der Vereinigung der Maler erledigte am 26. Januar die Stichwahlen zur Generalversammlung in Hamburg und nahm dann Stellung zu den Anträgen des Hauptvorstandes. Einen warm empfundenen Nachruf widmete zunächst der Vorsitzende dem langjährigen Mitglied Schulz. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Durch Stichwahl sind drei Mandate zu erledigen. Der Bericht des Hauptvorstandes verzeichnet Jaksobeit, Wieg, Höfs, Guiard, Vink und Kloy als gewählt. Nach dem Stichwahl-Resultate (Inklusiv der Vorort) gelten Gibe, Plum und Dertel als weitere Abgeordnete für die dritte Wahlabteilung. Die Versammlung genehmigte sämtliche Zusätze respektive Abänderungen der Ortsverwaltung zu den Anträgen der Zentralleitung, verlagte jedoch ihre Zustimmung denen, welche auf eine Verschlechterung des status quo hinausliefen. So unter anderem: § 15. Der Vorstand hat das Recht, in Gemeinschaft mit dem Ausschusse jedes Mitglied des Vorstandes sowie des Ausschusses mit Zweidrittel-Majorität von seinem Amte zu entsetzen, sofern sie die Ueberzeugung gewinnen, daß die Geschäftsführung oder das Verhalten desselben den Interessen der Vereinigung zuwiderläuft. — Ferner: Krankenzuschuß nur dann den Mitgliedern zu gewähren, „sofern sie noch im Veruce tätig sind“. Wunsch aus der Versammlung, den Krankenzuschuß auch denjenigen zu gewähren, welche keiner Klasse angehören resp. schon ausgesteuert sind (die ärztliche Krankheitsbescheinigung soll in diesen Fällen von der Verbandkasse bezahlt werden), werden den Delegierten als Material überwiesen. Zur Abstimmung steht § 9: Wenn Familienbater während des Streiks abreisen, erhält die Familie als Unterstützung 1 Mark pro Tag, dem die Zustimmung unter Streikung des erigennanten Abgases zuteil wird. Die Frage der Agitation im Bezirk, wegen welcher eine Vermehrung der Bezirks- und Fällbeamten vorgesehen ist, wird nach kurzer Debatte zu weiteren Prüfung der finanziellen Grundlage dem Fällvorstande überwiesen. Seine Erledigung findet durch Annahme der Antrag der Ortsverwaltung, den ausländigen Bergarbeitern 500 M. zu überweisen. Eine veranstaltete Kellerversammlung ergab des weiteren noch 20 M. zugunsten der Ausständigen.

Die Revolution in Russland.

Das „Veitid“ des Zaren.

Petersburg, 1. Februar. (B. L. B.) Der Kaiser, die Kaiserin und die Kaiserin Mutter haben den Familien der während der Anarchen am 22. vorigen Monats in Petersburg Getöteten und Verwundeten ihr tiefes Veitid (!) ausgesprochen und dem Generalgouverneur 50 000 (!) Rubel zur Unterstützung an bedürftige Mitglieder dieser Familien überwiesen.

Samara, 1. Februar. (B. L. B.) In sämtlichen Buchdruckerien herrscht der Ausstand.

Petersburg, 1. Februar. (B. L. B.) In sämtlichen (?) Fabriken wird wieder gearbeitet, nur in der Rewski-Zwirnanufaktur und zwei anderen Fabriken ruht die Arbeit noch, voraussichtlich wird morgen die Arbeit wieder aufgenommen.

Liban, 1. Februar. (Wiedung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Arbeiterdeputation erschien heute bei dem Gouverneur, um ihn ihre Forderung zu übermitteln. Der Gouverneur forderte die Arbeiter auf, den Ausstand zu beenden, sonst seien weitere Unternehmungen unmöglich. Die Streikdemonstrationen haben aufgehört, die Arbeiter erklären offen (?), sie seien durch Uebelgerünnte irreführt.

Milan, 1. Februar. (B. L. B.) Der Ausstand geht hier zu Ende. Von den Fabrikanten wurden den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht. Eine Bekanntmachung des Finanzministers, die ausgehängt wurde, wirkte beruhigend. Der Gouverneur erklärte, die Regierung wolle die Not der Arbeiter lindern (?), die Arbeiter sollten daher der Regierung keine Schwierigkeiten machen.

Warschau, 1. Februar. (B. L. B.) Die Warschau-Wiener Bahn wird von Truppen bewacht. Die Beförderung von Waren auf der Strecke von Wien nach der Weichsel ist eingestellt worden. Alle Bureaus haben ihre Geschäftsstunden verkürzt; auch die Operationen der Finanziers sind fast ganz eingestellt worden. Der Polizeichef hat angeordnet, daß die Bekanntmachungen der Polizei in allen Straßen entfernt und die russischen Inschriften und Anschlagzettel überall mit Farbe überstrichen werden; er hat ferner die Polizeiaagenten angewiesen, besonders auf die Proklamationen zu achten.

Kassch, 1. Februar. (B. L. B.) Seit heute mittag ist in allen Fabriken die Arbeit eingestellt, und die Zeitungen erscheinen nicht.

Odesa, 1. Februar. (B. L. B.) Heute früh zehn Uhr wurde im Zentrum der Stadt in der Nähe des Polizeibureaus auf den hiesigen Polizeichef Golovine ein Anschlag verübt. Als der Wagen Golovines auf dem Polizeiplatz ankam, feuerte eine unbekannte Person in Arbeitertracht auf den Wagen. Die Kugel traf Golovine in das rechte Schulterblatt. Der Täter eilte davon, wurde jedoch verhaftet. Der Zustand des Polizeichefs ist nicht gefährlich. Die Kugel ist noch nicht entfernt worden.

Jerusal, 1. Februar. (B. L. B.) Es wird beabsichtigt, die Lehranstalten, Gerichtsbehörden, den Bürgerklub und den Commissariat zu schließen; man erwartet die Verhängung des Belagerungszustandes.

London, 1. Februar. (B. L. B.) Heute findet in der Kinghall eine von der liberalen und revolutionären Arbeitergruppe einberufene Volksversammlung statt, um dem russischen Volke im Kampfe um seine Freiheit die Sympathien der englischen Arbeiterschaft auszudrücken.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schiffsankall.

Berlin, 1. Februar. (B. L. B.) (Amtliche Meldung.) Ein Telegramm aus Rotterdam hat heute meldet: Der am 30. Januar aus Hamburg mit Verhärtungsstransporten nach Südwestafrika abgegangene Dampfer „Veigrens“ ist heute elf Uhr früh in Rotterdam angelassen, nachdem er gestern bei hartem Sturm und ungewöhnlich schwerem Seezug die Kuderlette gebrochen hatte. Versuchslos sind einige Dequäter über Bord. Dampferlasse gesunken. Von Schiffsmannschaft einzelne leicht verletzt. Beim Transport: alle gesund. Weiterreise voraussichtlich am 6. Februar.

Sturm in der Hensburger Föhre.

Hensburg, 1. Februar. (B. L. B.) Der heute hier wütende Weststurm nahm zeitweilig den Charakter eines Orkans an. Auf der Höhe war er so heftig, daß der Verkehr mitunter koste. Es wurden Bäume entwurzelt und Strohdächern umgeworfen. In Quergasse wurde eine Scheune umgeworfen. Der Besizer kam unter den Trümmern zu liegen und erlitt schwere Verletzungen.

Grubenarbeiter-Ausstand in Belgien.

Brüssel, 1. Februar. (B. L. B.) In dem Kohlenbeden von Charleroi haben die Grubenarbeiter ebenfalls beschlossen, die Bewilligung einer Lohnerrhöhung abzulehnen. Infolgedessen sind heute ganz vereinzelte Teilausstände ausgebrochen. Aus Borinage sind keine Nachrichten eingegangen, welche die an die Ablehnung der Lohnerrhöhung geknüpften Befürchtungen eines allgemeinen Ausstandes in diesem Beden bestätigt hätten.

Wien, 1. Februar. (B. L. B.) Der österreichische Staatsangehörige Gorki, welcher mehrere Tausend Broschüren sozialistischen Inhalts nach Russland einschmuggeln wollte, wurde verhaftet und nach Petrikau transportiert.

Die Russenhande vor der italienischen Deputiertenkammer.

Rom, 1. Februar. (B. L. B.) Deputiertenkammer. Der Minister des Auswärtigen Tittoni erklärt, er antwortet nicht auf die Frage Lucatis und anderer Sozialisten, ob die Regierung ihre Pflicht begriffen habe, sich bei der russischen Regierung zum Dolmetscher der Gefühle des Unwillens und Abscheus zu machen, welche das ganze gebildete Italien bei den Niederwerfungen in Petersburg empfunden habe. Bissolati legt Verwahrung dagegen ein, daß der Minister es ablehne, ihm zu antworten. (Großer Lärm.) In Erwiderung auf eine Anfrage Bazzatos betreffend den Antrag von Scipione Voghese zugunsten des in Haft genommenen russischen Schriftstellers Gorki erklärt Tittoni, er schähe sehr die edle Empfindung, die den Anlaß zu der Kundgebung für den großen russischen Schriftsteller gegeben habe, aber er könne den Wortlaut des Antrages der russischen Regierung nicht überreichen, weil die internationalen Gepflogenheiten dies verbieten.

Rom, 1. Februar. (B. L. B.) 140 Deputierte der liberalen und sozialistischen Partei haben eine Petition zugunsten der Haftentlassung Maxim Gorkis unterzeichnet.

Vom ostasiatischen Kriegsbüchlein.

Tokio, 1. Februar. (Wiedung des „Neuerischen Bureaus“.) Ein Bericht Ohamas von gestern besagt, daß die Russen das Zentrum und seinen rechten Flügel am Montag bombardierten und keine Infanterie-Abteilungen vorschieben, um die japanischen Vorposten anzugreifen, welche sie jedoch zurücktrieben, ferner, daß an demselben Tage schweres russisches Geschütz Bidentai und Chendichpas heftig beschuß; Dienstag bombardierten sie Chendichpas, Lapatai und Litajentan; zwei Kompanien Infanterie griffen schließlich von Petikau vorgehend, Chendichpas an, wurden aber von den Japanern zurückgeworfen. Montag griffen zwei Kompanien russische Infanterie ohne Erfolg Hayupas, zwei Regim nordwestlich von Chendichpas an, und zwei Bataillone russische Infanterie sowie ein Regiment Kavallerie griffen ohne Erfolg Taitai an. Von Gefangenen wurde berichtet, daß Michischensko verwundet sei. Ohama charakterisiert den von Michischensko auf den japanischen Flügel ausgeführten Angriff als tapfer.

Petersburg, 1. Februar. (Wiedung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Es verlautet, daß das Portefeuille des Ministers des Inneren dem früheren Gehäfen des Moskauer Generalgouverneurs Bulgis angeboten worden sei, dieser habe jedoch die Annahme des Postens abgelehnt.

Eisenbahn-Zusammenstoß.

Fort Worth (Texas), 1. Februar. (B. L. B.) Heute fuhr ein Eisenbahnzug in einen Straßenbahnwagen, wodurch 15 Personen getötet wurden.

Reichstag.

181. Sitzung vom Mittwoch, den 1. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Freiherr v. Rheinbaben, v. Boddielesi, v. Hammerstein, Kraetke, Freiherr v. Stengel und Dr. Stübel.

Reichskanzler Graf Bülow:

Ich habe die Ehre, diesem hohen Hause die neuen Handelsverträge mit Italien, Belgien, Rumänien, der Schweiz, Serbien und Oesterreich-Ungarn vorzulegen. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß Sie diesen Verträgen Ihre Zustimmung geben und damit ein fundamentales Werk einem glücklichen Abschluß entgegenführen werden. Auf die Einzelheiten will ich an dieser Stelle nicht eingehen; über die allgemeinen wirtschaftspolitischen Ziele unserer Handelsvertragspolitik habe ich mich hier oft geäußert; ich will mich daher auf ein paar Worte beschränken. Der Tarif von 1879 führte zur Entartung unserer Industrie, die sich mehr und mehr in der Richtung zum Großbetriebe entwickelte. Inzwischen umgaben sich aber die Handelsstaaten mit Zollschranken, die unserer Industrie den Abgang ihrer überschüssigen Erzeugnisse erschwerten. Die uns drohende Gefahr, in unserer Leberproduktion zu ersticken, wurde durch die im Anfang der 90er Jahre abgeschlossenen Handelsverträge beizuhören. Es begann ein neuer, glänzender Aufschwung unserer Industrie, der im Jahre 1896 einsetzte und bis um die Mitte des Jahres 1900 dauerte. Von da an begann eine Abflauung, die aber jetzt ihr Ende erreicht zu haben scheint, wie z. B. die Einnahmen aus den Eisenbahnen beweisen. Dagegen ist die Lage unserer Landwirtschaft, welcher durch jene Handelsverträge ein großer Teil ihres Schutzes genommen war, infolge des fortgesetzt unbefriedigenden Standes der Getreidepreise, infolge des Hinzuwachsens anderer ungünstiger Produktionsbedingungen eine um so kritischere geworden. (Bezeugung.) Die Bevölkerung des platten Landes beträgt zurzeit nur noch 46 Proz. gegen 64 Proz. in den Städten. Ich habe es mehr als einmal von dieser Stelle aus gesagt, daß Deutschland nicht lediglich ein Industrieland ist. Es ist ein Industrie- und Handelsstaat zugleich. Beide Streden unseres Vaterlandes, besonders im Osten, aber auch in Bayern usw., sind vorwiegend landwirtschaftlich, weil hier die Vorbedingungen für eine Industrie fehlen oder doch nur spärlich vorhanden sind. Ich erkenne die Bedeutung von Industrie und Handel für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und für unsere Machtstellung in der Welt durchaus an. Aber ich betrachte die Landwirtschaft als einen den beiden andern vollständig gleichwertigen Faktor. (Bravo rechts!) Ein fest angelegener Bauernstand ist die Grundlage unserer Kultur. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn ein so wichtiger Volksgarantismus krank ist, so ist es Pflicht einer staatsverhaltenden Politik, ihm alle nur mögliche Pflege und Fürsorge angedeihen zu lassen. Der Rückblick auf die Entwicklung der letzten zehn Jahre ließ die verbündeten Regierungen den Gesichtspunkt klar erkennen für die Neuregelung der Handelsbeziehungen. Die verbündeten Regierungen glaubten an dem bisherigen System der konventionellen Vertragsverträge für eine längere Reihe von Jahren festhalten zu müssen. Aber nur auf einer für uns akzeptablen Basis durften wir Verträge abschließen. Deshalb mußten wir zunächst auf eine Revision unseres Tarifs sehen.

Ich habe niemals aus meiner Überzeugung ein Hehl gemacht, daß die Landwirtschaft in den letzten Handelsverträgen zu kurz gekommen ist. (Sehr richtig! rechts, Oh! links) und unter der damaligen Herabsetzung der Zölle schwer zu leiden hatte. (Erneutes Sehr richtig! rechts, heftiger Widerspruch links.) Wir bedürften eines höheren Zollschutzes für unsere heimische Viehzucht, desgleichen für den heimischen Körnerbau, der bei unserem Klima wohl auf lange der Fern der Landwirtschaft bleiben wird und etwa die Hälfte unserer Ackerbaufläche einnimmt. Die Getreidepreise zeigen in den letzten 25 Jahren unter manchen Schwankungen eine fallende, durch die Konkurrenz des billiger produzierenden Auslandes und die Verbilligung der Transportmittel herbeigeführte Tendenz. Wenn wir also erhöhten Zollschutz für die Landwirtschaft für unbedingt notwendig hielten, so durften wir auf der anderen Seite nicht zu weit mit der Erörterung gehen, um nicht den Abschluß langfristiger Handelsverträge zu erschweren. Von diesen objektiven Gesichtspunkten (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten) sind die verbündeten Regierungen an die Abmessung neuer Getreidezölle herangetreten. Vornehmlich bildeten die Getreidezölle den umstrittensten Teil des neuen Tarifes; aber unbestimmert um die Angriffe von rechts und links haben die verbündeten Regierungen festgehalten an den von ihnen für angemessen erachteten Zollhöhen. Wir haben einen harten, langwierigen diplomatischen Kampf mit den Vertragsstaaten kämpfen müssen, um namentlich gegenüber Rumänien und Oesterreich-Ungarn die landwirtschaftlichen Zölle in der von diesem hohen Hause beschlossenen Höhe durchzusetzen. Aber wir haben unser Ziel erreicht: wir haben Handelsverträge erlangt und eine wesentliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle durchgesetzt. Für die Mehrheit der verbündeten Regierungen stand der Entschluß fest, unbedingt am System der Handelsverträge festzuhalten, und einen höheren landwirtschaftlichen Zollschutz konnten wir nicht erreichen, wenn wir überhaupt Handelsverträge abschließen wollten.

Die Befürchtung, daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung, besonders der Arbeiter, in unerträglicher Weise belasten würde, diese Befürchtung halte ich für ungerichtet. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Durch den neuen Vertragstareif werden die Zölle für die beiden Hauptgetreidearten wesentlich wieder auf diejenige Höhe gebracht, die sie in den Jahren 1887—1892 besaßen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum, Unruhe links.) Seit jener Zeit hat sich, wie die Statistiken der Einkommensteuer und der Sparkassen-Einlagen beweisen, die Lebenshaltung der deutschen Mittelklassen und namentlich auch die der Lohnarbeitenden Klassen wesentlich gehoben. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum, Widerspruch links.) Dieser Aufschwung hat sich vollzogen unter einem System des Schutzes der nationalen Arbeit. In Frankreich hat der republikanische, radikal-demokratische Bloc, in welchem die sozialistische Gruppe einen großen Einfluß ausübt, einen Antrag auf Ermäßigung des Weizenzolls mit großer Mehrheit abgelehnt. (Hört! hört! rechts), dagegen einen Antrag auf Erhöhung der Weizenzölle trotz des Widerspruches der Regierung angenommen. (Hört! hört! rechts.) Die französischen Radikalen sind eben praktischere Leute als ihre mehr doktrinar angelegten deutschen Gesinnungsgenossen.

Bestreiten muß ich, daß wir den Minimalzoll für Getreide fallen lassen. Vornehmlich bilden die Differenzierungen der Getreide durch die Normierung besonderer Zollsätze für Drangerste einen der bedenkllichsten Punkte jenes Kompromisses, das zur Annahme des Antrages Kardoff und dadurch zur Annahme des ganzen Zolltarifes geführt hat. — Sehr schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über den Seuchen- und Sperrzoll für unsere heimischen Viehbestände, den besonders Rumänien und Rumänien veterinär-polizeiliche Zugeständnisse für die Vieh- und Fleischexport verlangten. Wir haben uns selbstverständlich nicht darauf eingelassen, da wir den Schutz unserer Viehzucht vor Anstichung als eine der wichtigsten Fragen nationaler Politik betrachteten. Mit Ausnahme von Oesterreich-Ungarn haben wir gegenüber allen Vertragsstaaten volle Aktions- und Sperrfreiheit. Auch Oesterreich gegenüber haben wir in der neuen Viehkonvention unsere Sperrbefugnisse ganz bedeutend erweitert und an die Stelle der Repressivzölle die Präventivzölle gesetzt. Nur gegenüber der Einfuhr von

Schlachtvieh haben wir uns auf eine engere Begrenzung unseres Sperrzolls eingelassen. Die Seuchenkonvention und ihre richtige Handhabung durch meinen Freund, den Landwirtschaftsminister (Große Heiterkeit), wird unseren Viehbestand zuverlässig schützen. Es ist uns ferner gelungen, wesentliche Erhöhungen unserer Viehzölle zu erlangen. Der Zoll für Schweine wird künftig etwa 13 1/2—14 M. betragen, das heißt viermal so viel als bisher. (Hört! hört! links.) Von großer Bedeutung ist auch die Erhöhung des Pferdezolles. Den autonomen Tarif für Hopfen mit 70 M. konnten wir Oesterreich-Ungarn gegenüber natürlich nicht durchsetzen. Die Hopfenproduzenten werden sich also mit der immerhin ins Gewicht fallenden Erhöhung von 6 M. zufrieden geben müssen. Einige Zugeständnisse haben wir natürlich machen müssen; denn der Handelsvertrag, in welchem der eine Teil alles und der andere gar keine Zugeständnisse macht, muß erst gefunden werden; irgendwo muß ein Loch sein. (Heiterkeit.) Wir haben Rumänien gegenüber den Stützpunkt von 70 Pf. pro Gan nicht beibehalten können; wichtige Zugeständnisse haben wir aber nur bei Futtergerste und Holz gemacht. Sind doch an der Erniedrigung des Zolles für Futtergerste auch Teile der Landwirtschaft selbst, namentlich die Viehzucht, interessiert. Wir haben uns ferner entschließen müssen, das oesterreichische Schweinekontingent von 1200 auf 2500 zu erhöhen. Die Auswirkung dieses Zugeständnisses wird für unsere gesamte Schweineproduktion nicht von erheblicher Bedeutung sein. Alles in allem genommen, bringen die neuen Handelsverträge der Landwirtschaft eine absolute Aufbesserung ihrer bisherigen Gesamtverhältnisse. Wir durften aber bei den Verhandlungen auch nicht die Interessen der Industrie aus dem Auge lassen. Italien und Belgien gegenüber, die ihre Zolltarife nicht erhöht haben, und bei denen unsere landwirtschaftlichen Zollhöhen nicht wesentlich ins Gewicht fallen, war es ziemlich leicht, die bisherigen Ausfuhrbedingungen für unsere Industrie im großen und ganzen aufrecht zu erhalten. Anders mit Rumänien, der Schweiz und Oesterreich-Ungarn, die mit wesentlich erhöhten Tariffätzen in die neuen Verhandlungen eintraten. (Hört, hört! links.) Es war voraussehen, daß Rumänien die Gelegenheit benutzen werde, seine Zollsätze für unsere Industrieprodukte zu erhöhen. Hat doch schon Bismarck etwa im Jahre 1887 zu dem damaligen russischen Minister Stiers gesagt: Seinen Sie nicht über unsere Zollhöhen; unsere Agrarzölle werden Sie eine russische Industrie zu verdrängen haben. (Heiterkeit.) Insbesondere hat sich Rumänien bemüht, durch planmäßige Heraussetzung seiner Zölle eine heimische Eisenindustrie großzuziehen, worunter namentlich unsere Eisenausfuhr aus Oesterreich gelitten hat. Mit diesen Verhältnissen mußten wir rechnen; aber trotz dieser in der Natur der Dinge begründeten Hindernisse ist es uns gelungen, die Interessen auch unseres Handels und unserer Industrie wahrzunehmen (Zurufe links).

Getreu ist es uns gelungen: Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß das System langfristiger Handelsverträge in erster Linie im Interesse des Handels und der Industrie liegt, daß die Landwirtschaft die Inaugurierung dieses Systems mit Herabsetzung ihrer Zölle bezahlen müssen und daß die Landwirtschaft jetzt nur wieder erhält, was ihr damals genommen wurde. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das ist keine Bevorzugung der Landwirtschaft, zumal Handel und Industrie im wesentlichen die Bedingungen erhalten haben, deren sie zu ihrem Gedeihen bedürfen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben Abstand genommen von der Kündigung der bestehenden Handelsverträge und haben dadurch die Kontinuität unserer Handelsbeziehungen gewahrt und unserem Handel die Unsicherheit und Erschütterung erspart, die ihm sonst gebräut hätte. Ich habe wenigstens die Absicht, die neuen Handelsverträge am 15. Februar 1905 in Kraft treten zu lassen; unser Handel und unsere Industrie haben also ein Jahr Zeit, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Rumänien hat uns auch sonst bedeutende Zugeständnisse gemacht: es hat die jüdischen und christlichen Handelsreisenden gleichgestellt im Postwesen und im Grundbesitzverwerb erleichtert und zugesichert, und vor den allmählichen Eingriffen Rumänlands in das russische Zollgebiet stets aller zwei Jahre Kenntnis zu geben. Rumänien hat die Absicht aufgegeben, Zollzuschläge von Waren zu erheben, die nach Sibirien gehen, und es hat ferner die Brisseler Judenkonvention anerkannt. Natürlich kann ich hier nicht auf Einzelheiten eingehen. (Ironisches Ah! und Lachen b. d. Soz.) Nur möchte ich vor der Uebertreibung warnen, wenn von russischen Prohibitivzöllen gesprochen wird. Einzelne der neuen Positionen mögen eine Prohibitivwirkung ausüben; (Hört! hört! links.) für die Mehrheit derselben trifft es aber nicht zu. Wir hoffen, daß auch die Wirkung der Zollerrhöhung auf Maschinen und Maschinenteile nicht so groß sein wird, wie die Zahlen auf den ersten Blick befürchten lassen. Sind doch die landwirtschaftlichen Maschinen wie bisher ganz vom Zoll befreit. Unsere Industrie mit ihren ausgezeichneten technischen Kräften wird es verstehen, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. — Ich hätte beinahe gewünscht, den Herren, die mich so herb in der Presse getadelt haben, die Föhrung der Verhandlungen über den Abschluß der Handelsverträge zu übertragen. (Große Heiterkeit.) Ein Abbruch der Verhandlungen hätte zur Kündigung der Verträge und diese hätte zu Kollkriegen geführt. Die Kollkriege andererseits hätten neue Verhandlungen im Gefolge gehabt und diese würden ungefähr denselben Verlauf genommen haben wie heute. Dies wäre aber weder dem Handel, noch der Industrie, noch der Landwirtschaft von Nutzen gewesen. Die verbündeten Regierungen glauben genau die richtige Mittellinie gefunden zu haben.

Wie ich schon im vorigen Jahre im Herrenhause sagte: Schutz für unsere notleidende Landwirtschaft und Freiheit für die Ausfuhr unserer Industrie-Erzeugnisse sind die beiden Leuchtarme, durch die unsere wirtschaftspolitische Fahrtstrasse hindurchführt, die mehr Sandbänke und mehr Klippen enthält, als die Kritiker in ihrer Schulweisheit sich träumen lassen. (Heiterkeit.) Mich aufzufordern, künftiger Handelsverträge durch einen freihändigen Zollkrieg zu erzwingen, das heißt soviel, wie mich auffordern, an einem Vitzableiter auf die Reichstagskuppel oder auf den Rathsturm zu klettern. (Große Heiterkeit.) Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das würde sehr nett aussehen! (Erneutes Heiterkeit.) Wer mehr verlangt, als wir erreicht haben, der kennt die Verhältnisse nicht so genau wie ich (Unruhe links); ich will nicht sagen, er redet ins Blaue hinein (Erneutes Unruhe links), aber er läßt Kritik, ohne den Ueberblick zu besitzen, der zur Beurteilung der einschlägigen Verhältnisse nötig ist. Der Ausgleich der widerstrebenden, unser Volk in seinen tiefsten Tiefen erschütternden Bestrebungen mußte gefunden werden er wurde gefunden in Gestalt des neuen Zolltarifs. (Unruhe links.) Mit dem neuen Zolltarif hat der Reichstag der Regierung eine feste Basis unter die Füße gegeben, auf Grund deren sie die bestmöglichen Verträge abschließen konnte. — Die neuen Verträge bilden ein einheitliches Ganzes, sie können nur im ganzen angenommen oder verworfen werden. Jeder Erwerbstand muß sich zufrieden geben mit dem, was er erreicht hat, und Sonderwünsche zurückstellen. Die neuen Verträge befreien unser wirtschaftliches Leben vom Druck der Ungewißheit und Unsicherheit, den sie auf die Dauer nicht ertragen könnten. Der Bundesrat hat die Handelsverträge einstimmig angenommen und ich hoffe, daß auch der Reichstag ihnen im Interesse der Wohlfahrt des Reiches und des Schutzes der nationalen Arbeit seine Zustimmung geben wird. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.) bittet um Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Graf Ballestrem: Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Wort einem Mitgliede des Hauses nicht erteilt. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Ihr erster Punkt ist

die Fortsetzung der zweiten Beratung des zweiten Nachtrags-Etats für Südwestafrika (1905). Zum Titel „Betriebsfähige Wiederherstellung der Hafenanlage in Swakopmund“ beantragt die Kommission als erste Rate 1,9 Millionen (Regierungsvorlage: 2,2 Mill.). Abg. v. Böhlendorff (L.): Dieser haben wir sehr wenig für die Entwicklung der Verkehrswege in unseren Schutzgebieten getan. Ein Hafenbau gehört auch zu den Verkehrswegen. Es ist ein sehr schwieriger Unternehmungen, namentlich was das Waggern anbelangt. Die Wasserwirtschaft ist ja leider auch im Mutterland schlecht organisiert. Wir sind für die Bewilligung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Herr Vorredner hat wohl den Reichstag mit dem preussischen Abgeordnetenhaus verwechselt. Denn er hat ja über die Kanalvorlage gesprochen. (Sehr richtig! links.) In Swakopmund kehrt man jetzt an die Stelle zurück, die man zuerst aufgegeben hatte. Der Hafen ist sehr unglücklich. Trotzdem müssen wir ihn halten, so lange wir keine bessere Landungsgelegenheit haben. Nun hat aber die Truppenlandung bewiesen, daß die Anlage im Notfall genügt. Die jetzige Neuherstellung gehört doch aber absolut nicht in den Nachtragsetat. Wir haben nicht die mindeste Veranlassung, für die Position einzutreten. (Beifall links.)

Abg. Lattmann (Wirt. Bg.): Wir werden die 2,2 Millionen bewilligen. Wir wollen jedoch, daß das Geld nicht in ein paar Hände fließt, sondern allgemein dem Handel und Wandel zugute kommt. Bei anderen Hafenanlagen hat man gesehen, daß die Bodenver speculation alle Vorteile einsteckt. Ich bitte die Regierung, sich hierzu zu erklären. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Debel (Soz.): Die Hafenanlage von Swakopmund ist in noch höherem Grade ein Scherzkind als das Schutzgebiet im allgemeinen. Kaum war die erste Anlage fertig, da erwies sie sich als verfehlt. Die Hafenautechtiker dort unten scheinen nicht viel zu verstehen. Es werden jetzt wieder Forderungen an den Reichstag gestellt, ohne Kostenanschlag! M. D. Sie bewilligen jetzt wieder ins Blaue hinein. Sie werden schwere Summen ins Wasser werfen. Die kleinen Wagger sind in Swakopmund unzureichend. Trotzdem sollen wir sie anschaffen! Warum stellt man nicht lieber den großen Wagger so schnell wie möglich her? Schließlich werden Sie ihn doch von uns fordern. Warum erst Geld für die kleinen fortwerfen? Wir stimmen selbstverständlich gegen die Position. Ich bin überzeugt, daß wir schon im nächsten Jahre erfahren werden, daß wieder verfehlt Maßnahmen getroffen sind. — Es sind 800 italienische Arbeiter in Swakopmund beschäftigt. Diese klagen, daß sie mit schönen Versprechungen dorthin gelockt sind. Jetzt müssen sie auf nackter Erde schlafen, bekommen ihren Lohn nicht ausgezahlt usw. Als sie nun zurück wollten, sollen ihnen größere Preise für die Rückfahrt abgefordert sein, als vereinbart war. Wahrscheinlich hatte der Unternehmer nur für sich einen billigeren Ueberfahrtspreis mit dem Meeder ausgemacht. Es müßte den Arbeitern doch mindestens erlaubt sein, im nächsten Hafen ein anderes billigeres Schiff zu nehmen. Sie sollen aber ein Willkür bis Hamburg zu nehmen gezwungen sein! (Hört! hört! links.) Ich bitte den Herrn Kolonialdirektor, mir zu erklären, ob diese Beschwerden zutreffen, und in diesem Falle Abhilfe zu schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die Arbeiterverhältnisse in Swakopmund sind uns insofern bekannt, als Uneinigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern ausgebrochen sind. Der dortige Beamte hat diese Zwistigkeiten beigelegt. Andere Uebelstände sind uns nicht bekannt geworden. Eine Einflußnahme auf Privatkontrolle unsererseits ist sehr beschränkt. — Ich habe hier eine Aufstellung über alle Ausgaben für die Rolle von Swakopmund, sie betragen 3,9 Millionen. Andere größere Ausgaben sind für den Hafen bisher nicht gemacht. Man hat aber von vornherein mit der jetzt geforderten Neuanlage gerechnet. Während des Aufbaues aber wurde eine zweite Landungsstelle dringend und man mußte dabei auf die alte Anlage zurückgreifen. Hierbei, wie in der Frage der Wagger, haben wir uns auf das Urteil der Sachverständigen-Kommission verlassen. Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Debel dieser gegenüber sein Urteil aufrecht erhalten kann. — Dem vom Abg. Lattmann geäußerten Wunsch will ich gerne näher treten.

Abg. Storz (Deutsche Volksp.): In der Prosjektur eines kolonialfreundlichen Mannes über Südwestafrika findet sich eine interessante Schilderung der Schwierigkeiten der Landungsverhältnisse in Swakopmund. Es heißt darin, daß eine ganz andere Rolle als die bisherige gebaut werden müsse und daß der Reichstag „Dhrensaulen bekommen“ würde, wenn er von den dann notwendigen Summen hörte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen jedenfalls bessere Vorarbeiten haben, ehe wir die Forderungen bewilligen. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Böhlendorff (L.): Wir sind in einer Zwangslage. Swakopmund ist Mittelpunkt der Verwaltung und der militärischen Operationen. Die Bahnen werden auch Sie, Kollege Storz, nicht von Swakopmund wegnehmen können. Wir müssen also jetzt den Hafen weiter ausbauen, so unglücklich er gewählt ist. Damit schließt die Debatte.

Der Titel sowie der Rest des Nachtrags-Etats werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten nach den Beschlüssen der Budgetkommission angenommen. Das Gesetz enthält als § 3 die Zudenkmalenklausel. Damit sind auch die Petitionen der südwestafrikanischen Farmer erledigt. Der Etat der Expedition in Südwestafrika für 1905 wird debattelos bewilligt.

Darauf setzt der Reichstag die zweite Etatsberatung beim Etat des Reichsamts des Innern fort. (Titel: Staatssekretär.)

Zur Beratung stehen zunächst die Resolutionen Auer (Soz.), Gotheim (fr. Sp.) und Dehl v. Herrnshelm (natl.) zum Vergrecht.

Der Antrag Auer fordert den Reichskanzler auf, dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, welche für den Kohlenbergbau Bestimmungen trifft über

1. Festsetzung der Schichtdauer einschließlich Ein- und Ausfahrt, mit besonderer Berücksichtigung der Schichtdauer an nassen sowie heißen Orten mit über 28 Grad Celsius, Verbot der Sonntags- und Uebererschichten, mit Ausnahme der Arbeiten zur Rettung von Menschenleben, für außerordentliche Betriebsstörungen und Schachtreparaturen.
2. Lohnzuschlag für Schachtreparaturen an Sonn- und Feiertagen.
3. Befreiung des Wagemüllens, Bezahlung der wirklich gelieferten Kohle, Abkung der Wagen nach Raum- oder Gewichtsinhalt.
4. Wahl und Befolgung von Wagenkontrolluren bezw. Wiegemessern durch die Belegschaft.
5. Regelung der Lohnzahlung; losienlose Lieferung des Schlehmaterials und des Beleuchtetes durch die Belegschaft.
6. Errichtung von Arbeiterauschüssen zur Erörterung von Beschwerden und Mißständen, Regelung des Strafgeleides und zur Mitverwaltung der Unterführungsassen.
7. Wahl von Grubenkontrolluren durch die Belegschaft.
8. Regelung des Mietrechtes für die den Belegschaften gehörenden Arbeiterwohnungen.

Auch der Antrag Gotheim will eine sofortige Ergänzung der Gewerbe-Ordnung im Interesse der Bergarbeiter. Er macht insbesondere formulierte Vorschläge zur Regelung der Kündigungsfrist für das Arbeitsverhältnis und die Arbeiterwohnungen, über das Verbot des Rußens und über die Einführung von Arbeiterauschüssen.

Schließlich soll die Befugnis des Bundesrats, die Arbeitsdauer, den Beginn und Schluß der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben geschick zu regeln, auch auf den Bergbau ausgedehnt werden. Der Antrag ist außer von freistimmigen Abgeordneten auch von Abgeordneten des Zentrums unterzeichnet. Eine Anzahl national-liberaler Abgeordneter beantragt, die arbeitsstatistische Kommission

zu beantragen, zunächst bald Untersuchungen über die Verhältnisse des deutschen Bergbaus anzustellen, durch Vernehmung von Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern, sowie durch Einziehung sonstiger geeigneter Informationen, zum Zwecke der Vorbereitung etwaiger reichsgesetzlicher Maßnahmen.

Abg. Sachse (Soz.): Das hohe Haus hat sich ja schon drei Tage mit dem Bergarbeiterstreik beschäftigt. Ich brauche also nicht mehr auf die Ursachen einzugehen. Es handelt sich jetzt vielmehr darum, uns schlüssig zu machen, was zu tun sei. Der bergbauliche Verein rüft nach der Regierung nur, wenn er das Einschreiten von Militär wünscht, sonst kümmert er sich nicht um sie. Die Regierung hat deshalb einen anderen Weg eingeschlagen und bereitet ein preussisches Berg-Gesetz vor. Aber vom Dreiklassen-Parlament ist nicht viel zu erwarten. 1889—1892 hat es keine Versprechungen auch nicht gehalten. (Hört! hört!) und sehr richtig! links.) Die Sache muß daher vor dieses hohe Haus kommen. Die Reichsregierung muß eingreifen. In unserem Antrag verzichten wir nicht auf ein einheitliches Reichsgesetz. Aber zunächst soll wenigstens das nötigste durchgesetzt werden. Die parlamentarische Kommission des Abgeordnetenhauses ist in Tätigkeit getreten. Der Minister Müller hat erklärt, daß diese Kommission mit der Siebener-Kommission, d. h. der Revidier-Streikkommission, in Verhandlung getreten ist, und daß die Regierung für Erfüllung von fünf Arbeiterforderungen nach Möglichkeit eintreten werde. Darauf hat das Zentrum sich zurückgezogen und hat auf das Einschreiten des Reichstags verzichtet. Das widerspricht dem eigenen Interesse des Zentrums. Die Arbeiter können doch auf die gänzlich unverbindlichen Versprechungen hin die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Auch die christlich organisierten Arbeiter stimmen durchaus nicht mit dem jetzigen Verhalten des Zentrums überein. In Zentrumskreisen selbst hat man ja Zweifel, ob die Regierung ihre Versprechen mit der nötigen Geschwindigkeit erfüllen wird. Zum Beispiel schreibt die „Köln. Volksztg.“ in diesem Sinne, die Erfahrungen von 1892 seien nicht gerade ermutigend. 1892 ging ja nicht mal die Regierungsvorlage durch, Konserervative und Zentrumsmitglieder hinderten es. Beinhaltet es mit der Knappschaftsgesetz-Novelle. Es blieb auch hier bei Entwürfen. Der Verband der Knappschaftsvereine hat sich schon x-mal damit beschäftigt. Wir müssen fürchten, daß die Regierung die Novelle wieder zurückzieht. Deshalb stehen die Arbeiter aller Richtungen den Versprechungen der Regierung misstrauisch gegenüber. Will die preussische Regierung zeigen, daß es ihr ernst ist, mag sie sofort handeln. Sie ist seit 15 Jahren mit der ganzen Materie vertraut, kennt die Forderungen der Organisation seit 12 Jahren und kann gewiß nicht den Mangel des nötigen Materials vorbringen. Aber statt dessen hat man die Forderung aufgestellt, die Arbeiter sollten schon auf diese Versprechungen hin zur Arbeit zurückkehren. Nicht nur wir haben das abgelehnt, sondern die Bergarbeiter aller Parteien haben erst den Sperrling in der Hand haben wollen, nicht bloß wie jetzt, an die Wand gemalt, ehe sie auf die Taube verzichten. Wir bitten daher das Zentrum, nicht unnötig auf die Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken, sondern lieber klar und scharf auszusprechen, daß nur ein Reichs-Berggesetz die Bergarbeiter befriedigen kann.

Nun kurz zur Begründung unserer Forderungen. Wie in ganz Deutschland, so ist auch im Ruhrrevier der Gesundheitszustand der Bergarbeiter immer schlechter geworden. Das durchschnittliche Lebensalter der Bergarbeiter wird immer kleiner, der prozentuale Anteil der Kranken immer größer. Alles das nach den offiziellen Verichten des Vorkamer Knappschaftsvereins. Schon 1880 hatten die Zechenbesitzer versprochen, Ueberführungen nur in dringenden Notfällen vorzuführen zu lassen. In Wahrheit werden selbst jetzt bei der schlechten Konjunktur die Arbeiter massenhaft zu Ueberführungen kommandiert, ohne auch nur gefragt zu werden. So liegt ein Lohnbuch vor mir, nach dem ein Bergmann mit 45 Ueberführungen in einem Monat 118 M. verdient hat. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.)

Auch das Verbot des Wagemüllens ist keine neue Forderung. Aber noch im vorigen Jahre spielten in diesem Punkte die preussischen Minister die besten Zehreidiger der Zechenbesitzer. Es ist möglich, daß im Durchschnitt nicht mehr als 3 Proz. der Förderung genutzt worden sind. Ich bezweifle diese Angabe der Zechenbesitzer um so mehr, als die jetzige Untersuchungskommission sie nicht durch die Aussagen der Arbeiter will nachprüfen lassen. Aber selbst wenn sie richtig wäre, blies bescheiden, daß die einzelnen Arbeiter schwer getroffen werden. Einer Dröseligkeit auf Zechen „Achenbach“ ist 35 Proz. ihrer Förderung genutzt worden, obendrein wurde sie mit 55 M. Geldstrafe belegt. — Ferner wünschen die Arbeiter eine frühere Auszahlung des Lohnes. Jetzt bekommen sie ihn erst nach sechs Wochen.

Unertüchlich sind ferner die Abzüge für Schiefmaterial usw. Ein fleißiger Damer auf der Zechen „Konstantin der Große“ verdiente im Jahre 1904 nominell 1861 M., davon aber wurden ihm 539 M., und zwar 411 M. allein für Schiefmaterial, abgezogen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Da kommen dann die Herren Berichtserfasser der „Köln. Ztg.“ usw. und rechnen einen hohen Durchschnittslohn pro Tag, z. B. von 5 M. heraus. Aber der wirkliche Lohn ist viel geringer. Aus den Lohnbüchern geht auch hervor, daß den Arbeitern Strafen abgezogen werden nicht nur für Dinge, die sie selbst begangen haben, sondern auch für die anderer. In einem Falle sind einem Manne 26 M. in einem einzigen Monat für Strafen abgezogen worden. Dazu kommen die Abzüge für Versicherung usw. Einem Arbeiter ist im Monat 49 M. im ganzen abgezogen worden. Man könnte der Regierung das Material nicht nur listenweise, sondern bergeweise schicken. (Weiterkeit.) Sie soll es unterziehen, das ist nicht unsere Sache. Bei einer Schicht, bei der der Arbeiter vielleicht 8—4 M. verdient, werden ihm bisweilen 1 1/2 M. abgezogen.

Dem Antrag Gothein stehen wir sympathisch gegenüber, namentlich der darin ausgesprochenen Forderung obligatorischer Arbeiterausweise. Aber die Forderung geht uns in der Fassung des Antrages Gothein nicht weit genug. Eine gründliche Grubenkontrolle kann nur von Arbeitern selbst ausgeübt werden. Aber solche Arbeiterkontrollen dürfen nicht abhängig sein. Sie müssen vom Staate bezahlt werden, während der Antrag Gothein eine unentgeltliche Leistung dieser Delegierten vorsieht. Wenn aber die Arbeiter schon die Wagenkontrollen aus ihrer Tasche zu bezahlen übernehmen, so kann man ihnen nicht zumuten, auch noch auf ihre Kosten Grubenkontrollen anzustellen. Die Regierung hat die Pflicht, durch Arbeiterkontrollen für die Verminderung der Unfälle im Bergbau zu sorgen, sonst trägt sie für ihre Zunahme die volle Verantwortung.

Wir verlangen ferner eine Neuregelung des Dienstvertrages und des Zechenwohnungs-Rechts. Heute sind die Arbeiter in den Kolonien vollständig in die Hand der Zechenbesitzer gegeben. Sie können von ihrem Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen, müssen sich alle Chancen gefallen lassen, wollen sie nicht binnen drei Tagen aus ihren Wohnungen hinausgesetzt werden. Jetzt machen sich die Zechenbesitzer sogar an zu bestimmen, wer die Kolonien betreten darf und wer nicht. Man versucht den Bezirksvertrauensleuten den Zutritt zu den Kolonien auf jede Weise unmöglich zu machen. Greift die gesetzliche Regelung, die auch der Abg. Gothein fordert, hier nicht ein, so werden sich diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ zu einem Judasbaß gestalten.

Wie soll nun der Zustand beendet werden? Ich will die weiteren Verhandlungen der Regierung mit den Arbeitern nicht unmöglich machen, aber was der Oberbergat v. Velsen in der letzten Sitzung der Siebenerkommission ausgeführt hat, hat uns doch wenig gemacht. Er mahnte uns, die Arbeiter sofort zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen; sonst hätten wir die Verantwortung für etwaige Mißregelungen, wie sie 1893 im Saarrevier stattgefunden hätten. Er sei der Mann, der 1893 den Bergarbeiterschutz-Verein zerstückelt hätte. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Auf solche Versicherungen können sich dann freilich die hartnäckigsten Unternehmer berufen: sie tun ja nur das, was die Regierung sich rüht, schon vor 10 Jahren getan zu haben. Die Unternehmerpresse beruft sich mit Recht darauf, daß auf den Staatsgruben die Verhältnisse nicht besser seien als im Ruhrrevier. Sie gibt auch dem Zentrum verschiedene Kasentwürfe; es sollte zunächst in Oberschießen und Niederschießen bei seinen Parteigenossen für bessere Stellung der Arbeiter sorgen. Auch ich schließe mich dem Wunsche an, daß das Zentrum

seinen Einfluß bei seinem Parteigenossen Graf Magnis geltend machen möge, um den Streik im Ruhrbezirk beizulegen, wo die Bergarbeiter 3,20 M. Schichtlohn pro Tag fordern. Wenn die Regierung ernstlich ein rasches Ende des Streiks wünscht, so sollte sie doch in den fiskalischen Gruben ein Beispiel geben. Aber bis jetzt hat auf die Beschwerden der Arbeiter auf den fiskalischen Gruben die Siebenerkommission weder eine Antwort, noch einen Termin zur Verhandlung erhalten. Die fiskalischen Gruben bei Gladbach haben auch noch zu weiteren Beschwerden Anlaß gegeben. Ein Mann, der sich dort gar nichts weiter zuzuhnden kommen gelassen hat, als daß er die „Bergarbeiter-Zeitung“ — an die Abmontenten ausgetragen hat, ist aus Preußen ausgewiesen worden. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.)

Die Untersuchungskommission verfährt nicht mit gleichem Maße. Neben drei staatlichen Beamten sitzen darin drei Arbeiter und drei Leute von der Grubenverwaltung. Letztere belamen auf der Grube „Derkules“ einen Stenographen, die Arbeiter erst dann, als sie mit Verlassen des Lokals drohten. (Hört! hört!) b. d. Sozialdemokraten.) Die Beschleunigung, mit der die Untersuchung von der Regierung betrieben wird, ist an sich ersichtlich, führt aber in praxi dazu, daß die Untersuchung nicht gründlich genug behandelt wird. Auf Zechen „Derkules“ ist es vorgekommen, daß die Arbeiter sich zu beweisen erboten, daß das Zechen-Journal nicht richtig geführt sei. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Dieser Beweis wurde nicht angenommen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.)

Ein Streik ist wie ein Krieg. Da kann man von Kontraktbruch überhaupt nicht sprechen. — Es handelt sich um keine sozialdemokratische Hege. Das hat ja selbst mein Kollege Stöder gegeben. Und was der Abg. Stöder zuzieht, kann doch auch die Regierung nicht leugnen. (Weiterkeit.) Nicht nur die Regierung, sondern auch die Parlamentare sind der Untätigkeit zu bezichtigen. Sie tragen mit dazu bei, daß der große Streik jetzt ausgebrochen ist. Machen Sie es gut durch ein brauchbares Reichsgesetz und denken Sie an den Spruch, den Wilhelm Tell bei Schiller spricht:

„Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht!
Wenn der Gebieter nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last,
Greift er hinaus, getrosten Mut's, gen Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte!“
(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bevollmächtigter zum Bundesrat, Geheimrat Fischer: Ein Fall, den der Abgeordnete Sachse neulich als empörendes Beispiel bezeichnet hat, liegt ganz anders. Der Fall, der hier in Frage steht, ist nach der Darstellung des Herrn Sachse folgender: ein Werkdirektor hat seinen Arbeitern gesagt, wenn Ihr nicht ein bestimmtes Quantum Kohle fördert, so strafe ich Euch. Nun hätten die Arbeiter weniger Kohlen geschafft und es sei ihnen ein Abzug gemacht worden. Der Abg. Sachse meinte, das sei die reine Erpressung seitens des Direktors. Die Leute hätten sich dann an das Gewerbebeschwerdengericht um Aufhebung der Strafe gewandt. Das sei abgelehnt worden, obgleich in den Arbeitsbedingungen keine solche Strafbestimmung vorhanden sei. Ich habe hier die Akten des Gewerbegerichts, in welchem sich der fundamentale Satz befindet, daß nach der bestehenden Arbeitsordnung die beklagte Firma ein Recht gehabt habe, den Bergarbeitern 1 bis 3 Mark abzugiehen, wenn anzunehmen sei, daß die Arbeiter bei der Förderung nachlässig gewesen sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das Gewerbegericht hat als nachgewiesen angenommen, daß die durchschnittliche Leistung so gering gewesen sei, daß man von einer Nachlässigkeit sprechen könne. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich erwähne noch, daß der Kläger davon abgesehen hat, die ihm zustehende Anfechtungsfrist anzutreten.

Abg. Dr. Semler (natl.): Will man eine Reihe von Maßnahmen treffen, so ist der Antrag Hehl der einzig mögliche. Man soll eine Gesetzgebung nicht ad irato machen, sondern sie soll aufgebaut werden auf einer gründlichen Enquete. Die Lebensschafflichkeit, mit der Herr Sachse gesprochen hat, ist keine geeignete Grundlage dafür. 200 000 Vergleute sind im Streik, Männer, die verheiratet sind durch eine schrankenlose Agitation. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn Abg. Sachse im Ruhrrevier so spricht, wie hier, so kann es nicht ausbleiben, daß sich eine verhängnisvolle Erregung der Gemüter der Vergleute bemächtigt. Keuherlich nur ein Ausfall in einem Gewerbe, ist er innerlich viel mehr und schneidet tief ins Wirtschaftsgetriebe ein. Keuherlich eine soziale Frage, das Verlangen nach besserer Behandlung der Arbeiter ist der Anlaß innerlich doch eine Machtfrage, eine Frage der sozialdemokratischen Agitation. (Lebhafte Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) So lange Sie (zu den Sozialdemokraten) von Kohlenbaronen und Progen sprechen, kann ich Ihren Widerspruch nicht ernst nehmen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) An sich sind wir nicht gegen einen Eingriff des Staates in einen Streik, aber die Gesetzgebung muß mit Ruhe und Befonnenheit vorgehen. Wer einen Streik unter Kontraktbruch beginnt, muß vor der Öffentlichkeit als Friedensstörer gelten. Sobald ein Streik sich zu einer Machtfrage zupicht, muß der Erfolg entscheiden, kann er nur durch das Verbluten der einen Seite beendet werden. In solchem Falle darf sich auch der Staat nicht einmischen. So aber liegen wohl die Dinge im Ruhrrevier nicht. Das Kohlenhindernis kann höhere Produktionskosten auf die Konsumenten abwälzen, kann sich also nicht darauf berufen, daß es bei Bewilligung der Forderungen konfliktunfähig wird. Das Verhalten des Reichsanwalters und des Handelsministers erscheint mir durchaus korrekt. Mit dem Abgeordneten Sachse wünschen wir ein weites Entgegenkommen der Zechenbesitzer. Die haben ja auch nicht aus Hebermut oder Progen die Verhandlungen abgelehnt, sondern weil sie eine Gefährdung der Disziplin befürchteten, wenn sie mit ihren kontraktbrüchigen Arbeitern verhandeln. Aber im Wesen der Disziplin liegt es, daß man sich dem höheren Vorgesetzten fügt. So sollen sich auch die Zechenbesitzer der Regierung, den Parlamentaren und der öffentlichen Meinung fügen. Wir aber sollten, wie ich mich bemüht habe, alle unser Bestes tun, um möglichst bald den Frieden herbeizuführen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Es sind schwere Angriffe gegen die Kommission gerichtet worden, die die Verhältnisse untersuchen soll. Ich bin der Ansicht, daß solche Untersuchungen mit dem höchsten Maße von gerechter Unparteilichkeit geführt werden müssen, um nicht nur das Vertrauen der Arbeitgeber, sondern auch das der Arbeitnehmer zu besitzen. Ich hatte in diesen Tagen Gelegenheit, mit dem preussischen Handelsminister darüber zu sprechen. Dieser autorisierte mich, zu erklären, daß die preussische Regierung diese Angriffe unteruchen und, wenn sie begründet sind, ihre sofortige Abschaffung veranlassen wird. (Beifall im Zentrum.) Auf der anderen Seite bitte ich die Herren von der linken Seite des Hauses, allen Einfluß, den sie auf die Arbeiter haben, aufzubieten, daß dieser Streik möglichst bald beieitigt wird. Ruhe und Gefechtsfähigkeit sind dort nicht gefördert worden, das verdient durchaus anerkannt zu werden. (Hört! hört! links.) Aus dem Munde des Handelsministers habe ich es, daß die Berichte über Ausschreitungen erwerber völlig aus der Luft gegriffen sind. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten) oder aber, daß sie ganz besonders übertrieben sind. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten), daß es sich dabei um ganz gewöhnliche Vorgänge handelt, wie sie beim Ansammlen so großer Arbeitermassen unvermeidlich sind. (Hört! hört! links), wie sie tagtäglich passieren.

Was das preussische Berggesetz anlangt, so stehe ich gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkt des Herrn Vorkredners. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Das bisherige Berggesetz räumt der Aufsichtsbefugnisse nicht die Rolle ein, die eine Staatsbehörde haben muß. Das Gesetz achtet sich jetzt wesentlich anders, als zur Zeit als es geschaffen ist und zwar deshalb, weil die Wesiger der Zechen jetzt ganz andere sind, weil der Zwischenraum zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern immer größer geworden ist. Treten an die Stelle des persönlichen Besitzes kapitalistische Assoziationen, dann muß der Staat in solchen Unternehmungen die Hand haben, so daß jedermann weiß, daß er es ist, der dort die oberste Quelle des Rechts darstellt. Deshalb hoffen wir, daß das preussische Berggesetz möglichst bald

zu stande kommt. Hierzu wird der preussische Handelsminister alles tun. Andererseits ist die preussische Regierung nicht der Meinung, daß das Reich in diesen Dingen zuständig ist, und sie wird im Bundesrat nicht dafür stimmen können, daß eine Zuständigkeit des Reiches beschlossen wird. Wenn Sie jetzt eine Aktion einleiten, um das Bergrecht zur Materie des Reiches zu machen, würden Sie die Aktion in Preußen nur verzögern und den Zweck, den man in Preußen verfolgt, auf unabsehbare Zeit hinausschieben. Meines Erachtens kommt es darauf an, daß die Arbeiterverhältnisse, wie sie sich gestaltet haben, möglichst bald durch Eingreifen der Berggesetzgebung gebessert werden. So lange die Berggesetzgebung Landesache ist, kann auch die Untersuchung nur durch die Landesbehörde vorgenommen werden. Es wäre falsch, jetzt eine solche Untersuchung parallel der preussischen zuständigen Instanzen einzuleiten. Das hieße die preussische Untersuchung stören, ihr entgegenzutreten, sie aufhalten. Bei diesem großen, sozialpolitisch außerordentlich bedauerlichen Ereignis scheint es mir notwendig, möglichst bald festzustellen, inwieweit die Beschwerden berechtigt sind und Abhilfe für sie geschaffen werden kann. (Beifall rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.
Der Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die Tagesordnung der nächsten Sitzung folgendermaßen festzusetzen: 1. Interpellation Abblach (freis. Vp.) über die Abgabe auf natürlichen Wasserstraßen; 2. erit die heutige Tagesordnung.

Abg. Gothein (freis. Vg.) beantragt nach dem übereinstimmenden Wunsche aller Parteien, zunächst die Debatte über die Berggesetzgebung fortzusetzen.

Präsident Graf Ballestrem bittet den Redner, seinen Wunsch an die Interpellanten zu richten. Er müsse geschäftsordnungsmäßig, sobald die Interpellanten es verlangen, die Interpellation auf die Tagesordnung legen.

Abg. Spahn (Z.): Falls die heutige Debatte ununterbrochen fortgesetzt wird, verlangen wir, daß zunächst die Interpellation Trimborn über den Zehnstundenbetrieb beraten wird.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) erklärt sich mit der Anregung des Abg. Gothein einverstanden, bittet aber, nach Erledigung der Interpellationen zum Bergrecht zunächst über die Interpellation Abblach zu verhandeln, da sie eine Frage behandelt, die in den nächsten Tagen in den gesetzgebenden Körperschaften entschieden werden würde.

Da der Abg. Spahn (Ztr.) auf dem Prioritätsrecht, der Interpellation Trimborn bestehen bleibt, setzt der Präsident die Tagesordnung für die nächste Sitzung Freitag 1 Uhr, folgendermaßen fest: 1. Fortsetzung der heutigen Debatte. 2. Interpellation Trimborn. 3. Interpellation Abblach.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit einer Reihe von Forderungen für Postneubauten, die vielfach zu ausführlicher Debatte Anlaß gaben, aber ausnahmslos bewilligt wurden.

Zu Titel 65 werden 800 000 M. zum Bau und Ankauf von Wohnhäusern für Unterbeamte an solchen Orten gefordert, an denen ein erheblicher Wohnungsmangel herrscht; die Kommission war einmütig der Meinung, daß die Postverwaltung alles tun müsse, was in ihren Kräften steht, um die niedrig besoldeten Beamten aus der Thranne der Hausagrarier zu retten.

Eine längere Debatte entspann sich bei Titel 68, in dem die Mittel für eine Telegraphenlinie im Inneren von Ostafrika gefordert werden. Bei einer früheren Strafe sind Ersparnisse gemacht worden, die von der Verwaltung beim Weiterbau verwendet worden sind. Abg. Singer wies nachdrücklich auf die budgetrechtlichen Bedenken hin, die gegen ein solches Verfahren sprechen. Voraussichtlich wird diese Seite der Sache noch im Plenum erörtert werden.

Für Fernsprechanlagen werden neuerdings 27 1/2 Millionen Mark gefordert, die aus Anleiheemitteln genommen werden sollen. Abg. Dr. Müller-Sagan fragte an, wie es mit den Ferndruckern stehe; man solle die Parlamente mit solchen Apparaten ausrüsten. Unterstaatssekretär Sydow legte dar, daß die Verwaltung sich gegen die Ferndrucker zunächst etwas zurückgehalten habe; der Hauptwert der Ferndrucker beruhe in der Nachrichtenübermittlung, worauf sich die Postverwaltung nicht einlassen könne; deshalb seien Verträge mit Privatgesellschaften geschlossen worden. Die Fernleitungen seien fast alle überlastet. Die Vertreter des Zentrums brachten eine Resolution ein, um den interlokalen Verkehr durch den Fernsprecher zu erweitern und zu erleichtern. Der Staatssekretär Kraetzel erklärte, daß die Bevölkerung eifrig bestrebt sei, den Fernsprecher zu erleichtern; es komme aber in erster Linie auf die Schaffung eines guten Verkehrs an. Durch mangelhafte Leistungen des Telephons werde die ganze Einrichtung unpopulär. Der Titel wurde bewilligt, die Resolution einstimmig angenommen.

Ueber die russische Niederlage

wird dem „Daily Telegraph“ aus Tokio gemeldet: Kuropatkins Plankoperation habe mit einem völligen Fehlschlag abgefallen. Man glaube, seine Stellung sei so ungünstig verändert, daß sein Rückzug bis über Mukden hinaus nicht unwahrscheinlich sei. Er habe alle seine Stellungen ungefähr 14 Kilometer um Heifatei herum aufgeben müssen. Die Verluste der Russen vom 25. bis zum 29. Januar werden auf 36 000 bis 42 000 Mann geschätzt, die der Japaner auf nur 7000. Der Rückzug der Russen glich einer Flucht. Sie wichen bis 12 Kilometer nördlich von Chobas und ließen 10 000 Leichen auf dem Schlachtfeld; die Japaner sehen ihre Rüstungen mit erneuter Energie fort.

Diese Meldung hat eine amtliche japanische Bestätigung noch nicht erfahren.

Dagegen wird aus Mukden gemeldet, daß die Vertreibung des Generals Mikschtschenko doch eine schwere sei, da die Regel den Weimochten zerstückelt habe. General Kondratowitsch erhielt einen Schuß durch die Brust; Oberst Andrejew ist schwer am Kopfe verwundet.

Eine neue russische Meldung

lautet:

Petersburg, 1. Februar. Kuropatkin meldet unter dem 30. Januar: Heute wurde Sandepu durch das Feuer unserer Artillerie in Brand geschossen. In der Front der Armee beschloß die Artillerie die feindlichen Kolonnen. Am 28. beschossen die Japaner den ganzen Tag lang die Dörfer Aheigotich und Lompao. Gegen abend gingen sie zur Offensive über und griffen von 10 Uhr bis Mitternacht viermal an, aber alle Angriffe wurden durch unser Feuer zurückgeschlagen; erst als um 2 Uhr morgens der Befehl kam, die Dörfer zu räumen, gingen unsere Truppen an, sich zurückzuziehen. — Eine unserer Patrouillen beschädigte die Eisenbahn 12 Werst südlich von Pianjang. — Vom 31. Januar berichtet General Kuropatkin: Nach Meldungen, die in der Nacht eingegangen sind, ist auf unseren Positionen alles ruhig. Von Zeit zu Zeit erfolgte Gewehr- und Geschützfeuer. Unsere Artillerie beschloß Sandepu mit Erfolg, wir bemerchten von einem Ballon aus, daß die Japaner mit einem Teil ihrer Truppen Sandepu während des Tages räumten und nach Westen zogen. Die Japaner besetzten die Stellungen in Gile, unsere Artillerie beschloß sie. Die Japaner versuchten gestern, Foudsia Juantzia, zwei Werst nördlich von Libiantong, anzugreifen, sie wurden zurückgeschlagen. Auf unserem linken Flügel griffen die Japaner gestern um 3 Uhr morgens zwanzig Werst von Linthecheng

auf der Route von Tsanhan und Quitschou an, wobei die Anwesenheit von zehn japanischen Kompagnien festgestellt wurde. Unsere Vorposten zogen sich zurück, nachdem sie aber Verstärkungen erhalten hatten, bezogen sie wieder die Defilee's. 39 Japaner wurden getötet und 8 Verwundete gefangen genommen, außerdem Waffen und Munition. Unsere Verluste betragen 15 Tote und 84 Verwundete.

Ein weiteres Telegramm Generaluropatkins vom 31. Januar meldet: Um 5 Uhr morgens griffen einige japanische Bataillone aus Sandepu das Dorf Vaitaitu in geschlossener Kolonne an, ohne zuvor die Artillerie wirken zu lassen. Unsere Truppen warfen den Feind zurück. Unser Verlust ist: drei Soldaten tot, zwei Unteroffiziere verwundet. Während des Tages beschoß unsere Artillerie mehrere japanische Abteilungen südöstlich von Sandepu. Unser linker Flügel steht in den Bergen. Nachts herrscht eine Kälte von 25 Grad.

Auch aus diesen lückenhaften und verschwommenen Telegrammenuropatkins geht hervor, daß die Russen zurückgedrängt worden sind und sicher schwere Verluste erlitten haben. Die Meldungen über winzige Einzelverluste wirken geradezu grotesk!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Wie das Junkerparlament Kulturaufgaben erledigt, wird durch die parlamentarische Behandlung des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Seuchengesetz drastisch bewiesen. Der Entwurf beschäftigt das Haus schon lange; nachdem er nach zweimaliger Kommissionsberatung endlich in zweiter Lesung zur Debatte stand, machten ihn die Agrarier durch Bestimmungen zugunsten der ostelbischen Gutsbezirke für die Regierung unannehmbar. Zwischen der zweiten und dritten Lesung fanden Besprechungen zwischen den Vertrauensleuten der verschiedenen Fraktionen und Vertretern der Regierung statt, deren Ergebnis ein von konservativen, freikonservativen, nationalliberalen und Zentrums-Abgeordneten unterzeichneter Kompromißantrag ist. Zu allgemeinem Ersäunen erklärte nun am Mittwoch bei Beginn der dritten Lesung der Abgeordnete Winkler (L.), daß seine Freunde in der Mehrzahl gegen das ganze Gesetz stimmen würden, in der Hauptsache, weil es die Gemeinden zu sehr belastet. Vergebens bemühten die Minister Studt, Frhr. v. Rheinbaben und Frhr. v. Hammerstein ihren konservativen Freunden nachzuweisen, daß sie sich im Irrtum befinden, daß das Gesetz bereits eine solche Fassung erlangt hat, daß eher von einer Entlastung als von einer Belastung der Gemeinden gesprochen werden kann. Die Herren ließen sich nicht überzeugen, sie wollten auch gar nicht überzeugt sein, da sie grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß die Gutsbesitzer zwar die Ausgaben zur Bekämpfung der Seuchen zu beschließen haben, daß aber die Kosten von dem Staat zu tragen sind. Die ostelbischen Gutsbesitzer wollen über der Regierung stehen, die Gesamtheit soll für sie neue Opfer bringen. Um nicht das Gesetz scheitern zu lassen, verlagte das Haus schließlich die Beratung. Es sollen weitere Verhandlungen hinter den Kulissen stattfinden, man hofft, daß die Regierung, die schon Schritt für Schritt den Junkern entgegengekommen ist, völlig vor ihnen zu Arenze trichen wird. Wenn nicht, dann sind die Junker entschlossen, wie andere Kulturgesetze so auch diese im Interesse der Volksgesundheit notwendige Vorlage zu Falle zu bringen.

Hierauf beriet das Haus Petitionen, von denen einige von allgemeinem Interesse sind. Eine Petition um Befreiung der Normmacherarbeit in den preussischen Gefängnissen wurde mit Rücksicht auf die Etatserklärungen der Regierungsvertreter in der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; desgleichen Petitionen des ostpreussischen Städtetages und verschiedener Handelskammern um eine Aenderung der Kreisordnungen für die älteren Provinzen und für Hannover zugunsten einer angemesseneren Vertretung der Städte und der Industrien auf den Kreistagen, in der Erwartung, daß die Regierung einzelne bestehende Gärten in der Kreisordnung beseitigen werde. Eine Petition um Aufhebung des Gemeindesteuer-Vorrechts der Beamten, Geistlichen, Kirchendiener und Volksschullehrer überwies das Haus der Regierung zur Erwägung.

Am Freitag beginnt die zweite Lesung der Kanalvorlage.

Der prügelnbe Hauptmann.

Thorn, 31. Januar. Das Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps verhandelte, wie wir bereits gestern kurz gemeldet, heute gegen den Hauptmann und Kompagnieführer Hugo von Krause vom 176. Infanterie-Regiment, der vom Kriegsgericht wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu vier Wochen Stubenarrest verurteilt, von der Anklage, einen Untergebenen durch widerrechtliche Mittel von einer Bewehrung abgehalten zu haben, freigesprochen worden war. Wegen dieser Freisprechung hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Hauptmann v. Krause hatte zum Wurfen bei seinen Pferden den Russen Herdt bestellt. Am 18. November bemerkte er, daß der Plankerbaum zwischen den Pferden nicht ordnungsmäßig befestigt war, so daß die Pferde sich schlagen konnten. Darüber wurde er so aufgebracht, daß er dem Russen Herdt drei Schläge mit der Faust ins Gesicht versetzte. Am nächsten Tage wollte Russetier H. die Mißhandlung bei seinem direkten Vorgesetzten, Oberleutnant v. Bredow, melden, traf denselben aber nicht. Infolgedessen verzögerte sich die Anzeige um einige Tage. Hauptmann v. Krause hatte aber inzwischen von dem Vorhaben seines Russen Kenntnis bekommen. Er ließ ihn in die Schreibstube rufen und sagte hier „freundlich“ zu ihm, es tue ihm Leid, daß er ihn geschlagen. Weiter reichte er dem Russen die Hand und meinte, der Vorfall möge als nicht geschehen angesehen werden. Auf seine Frage, ob er nun noch Meldung erstatten werde, erklärte Herdt, er wolle sich die Sache überlegen. Das Oberkriegsgericht erachtete den Hauptmann v. Krause nicht nur der Mißhandlung eines Untergebenen, sondern auch des Versuchs, einen Untergebenen von der Bewehrung abzuhalten, für schuldig und erkannte auf eine Gesamtstrafe von vier Wochen drei Tagen Stubenarrest.

Wir müssen auch nach dieser näheren Darstellung an unserem gestrigen Urteil festhalten, daß die Strafe eine bei weitem zu niedrige ist. Ein Hauptmann und Kompagnieführer, also ein Offizier, der seiner Stellung nach gerade dazu berufen ist, die Soldatenmißhandlungen mit aller Energie zu bekämpfen, läßt sich durch eine Nachlässigkeit

eines Untergebenen dazu hinreichend, diesem drei Faustschläge ins Gesicht zu versetzen! Schon hierfür wären die vier Wochen Stubenarrest eine ganz unangemessene Strafe!

Hingzu kommt aber noch, daß dieser Hauptmann nachher versuchte, den Mißhandelten am Recht, ja der Pflicht, Beschwerde zu führen, zu hindern.

Auf vorzügliches Stoßen, Schlagen oder sonstige Mißhandlung eines Untergebenen sieht der § 122 des Militär-Strafgesetzbuchs Gefängnis resp. Festungsstrafe bis zu drei Jahren. Ferner bedroht § 117 das Verhüten einer dienstlichen Beschwerde mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren. Der prügelnbe Hauptmann erhielt aber wegen beider Vergehen nur vier Wochen drei Tage Stubenarrest.

Auch dieser Fall beweist also wieder, daß wegen Soldatenmißhandlung gegen Vorgesetzte mit Vorliebe die niedrigsten Strafen verhängt werden, während umgekehrt bei Vergehen der Mannschaften gewöhnlich das höchste Strafmaß zur Anwendung gelangt!

Das Haupt der bayerischen Wahlrechts-Ränderbewegung ist bekanntlich der Landtagsabgeordnete Dr. Casselmann, der nebenbei auch noch Erster Bürgermeister der Stadt Bayreuth ist. Er entfaltet für das Kartell der Wahlrechtsräuber eine solche intensive Tätigkeit, daß ihm dabei für seine bürgermeisterlichen Geschäfte nicht viel Zeit übrig bleiben mag. Dies hat dem Sozialdemokratischen Verein Bayreuth Veranlassung gegeben, sich in seiner letzten Generalversammlung mit der agitatorischen Tätigkeit des Herrn Casselmann zu befassen. Es wurde von verschiedenen Seiten die Frage aufgeworfen, ob eine solche parteipolitische Tätigkeit des aus Gemeindemitteln bezahlten Bürgermeisters mit dem Interesse der Stadt vereinbar sei, aber überwiegend trat die Ansicht zutage, daß gerade die Sozialdemokratie durch die Casselmännische Agitation keinen Schaden erleide. Man solle die Tätigkeit des Herrn nicht zu hoch einschätzen und ihn ruhig weiter agitieren lassen.

Eine außerordentlich scharfe Wohnungsnot herrscht in der bayerischen Industriestadt Schweinfurt. Durch den Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen sind die Mietpreise unerhört in die Höhe gegangen. Als der Sozialdemokratische Verein vor einigen Monaten an den Magistrat das Ersuchen stellte, städtische Mietwohnungen zu bauen, bezeugte der Bürgermeister die Darstellung der herrschenden Wohnungsnot als „unbeweisbare Behauptung“. Nun muß er sich von seinen eigenen Beamten und Bediensteten Lügen strafen lassen; diese richteten an den Magistrat unter Berufung auf die unerschwinglichen Mietpreise das Gesuch, ihnen einen Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren. Der Bitte wurde in der Weise entsprochen, daß die Beamten mit über 1830 M. einen Zuschuß von 150 M., diejenigen mit weniger Gehalt einen solchen von 120 M. erhalten, Säuglinge, Fortschaffer und Strafenwärter bekommen 90 M. Die Inhaber städtischer Wohnungen sind ausgeschlossen. Die Arbeiter der Stadt, die am meisten unter dem Wohnungseld zu leiden haben, gehen vollständig leer aus.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 1. Februar. (Privattelegramm.) Das Davonlaufen in der gestrigen Abstimmung über den Antrag Tauscher, der die Frage der Verfassungsrevision aufrollte, hatte dem Zentrum nicht viel genutzt, den es ergab sich, daß die Aufstellung, als sei das Haus beschlußfähig gemacht worden, irrig ist. Unter der Hinzurechnung der Person des Präsidenten war die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl von 62 Abgeordneten vorhanden, sodas der Präsident heute ohne neuerliche Abstimmung die Annahme der Resolution Tauscher mit 50 Stimmen gegen 11 Enthaltungen anknüpfte. Damit sind die Verschleppungsabsichten des Zentrums durchkreuzt; die Regierung sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, die Frage der Verfassungsrevision binnen einer verhältnismäßig kurz bemessenen Frist zur Entscheidung zu bringen. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, kann trotz des zur Schau getragenen Optimismus des Ministerpräsidenten in der gestrigen Sitzung kaum mehr zweifelhaft sein.

Dem von der Geschäftsordnungs-Kommission gestellten Antrag auf Verweigerung der Auslieferung des Genossen Keil wegen Verleumdung des Sachsenkönigs stimmte das Plenum heute zu und trat ohne Widerspruch der von den Abgeordneten Tauscher und Piesching vertretenen Auffassung bei, daß die Immunität auch durch die Verletzung des Landtages nicht unterbrochen wird, sofern der betreffende Abgeordnete, wie im vorliegenden Falle, Mitglied einer Kommission ist, deren Arbeiten durch die Verletzung keine Unterbrechung erleidet.

Der Rest der Sitzung galt zunächst der Weiterberatung der Bestimmungen über die Wahlen der Gemeindefollegen. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Proportionalwahl für alle Gemeinden einzuführen, wurde abgelehnt. Ebenso ein Zentrumsantrag, der den Proporz für Gemeinden bis hinab zu 4000 Einwohnern obligatorisch machen wollte. Es bleibt also dabei, daß der Proporz nur für Städte mit mehr als 10000 Einwohnern Geltung hat.

Sodann gelangte die Frage der Vermehrung der befohlenden Gemeinderäte zur Verhandlung. Genosse Keil wandte sich scharf gegen die Bestimmung, daß bis zu einem Viertel des Kollegiums aus besoldeten, d. h. beamteten nicht von den Wählern gewählt, sondern vom Kollegium ernannten Gemeinderäten bestehen dürfe. Das bedeuete nicht nur eine ganz ungeheuerliche Stärkung des Bureaucratenelementes, sondern sei auch politisch von großer Tragweite. Die jeweilig herrschende Partei könne durch Anstellung solcher Gemeinderäte ihre Stellung selbst über den Zeitpunkt hinaus, wo etwa die Wählerkraft nicht mehr hinter ihr stehe. Aber die Demokraten, die mit allen möglichen Kränken die Wahl eines Verwaltungsausschusses durch das Gemeindefollegium als eine Entrechtung der Wähler hatten zu Fall bringen helfen, fanden es durchaus in der Ordnung, daß nunmehr fest angestellte stimmberechtigte Mitglieder des Kollegiums geschaffen, die damit dem Einfluß der Wählerkraft völlig entrückt und deren Mandatsdauer nicht durch das Gesetz, sondern durch Vertrag bestimmt wird. Ein Antrag Keil, der diese bureaucratistische Elemente auf ein Sechstel des Kollegiums begrenzen wollte, erhielt nur die Stimmen der Sozialdemokraten.

Südwestafrika.

Berlin, 1. Februar. Nach einem Telegramm aus Windhuk werden seit dem 13. Januar bei Onjutu vermist: Reiter Edmund Siebert, geboren am 20. September 1883 zu Engelskirchen, Reiter Ludwig Malosch, geboren am 24. August 1881 zu Virginia.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Zur ungarischen Ministerreise.

Nach dem endgültigen Wahlergebnis sind gewählt 151 Liberale, 159 Mitglieder der Sozialpartei, 27 Dissidenten, 24 Anhänger der Volkspartei, 13 der Bauernpartei, 10 Parteiloze und 9 Nationalisten. Außerdem sind 14 Stichwahlen erforderlich.

Der Kaiser hat heute um 9 1/2 Uhr vormittags den Ministerpräsidenten Grafen Tisza in längerer Audienz empfangen. Der Ministerpräsident hat die Demission des Kabinetts, welche später schriftlich überreicht werden wird, angemeldet. Der Kaiser hat auf Vorschlag des abtretenden Ministerpräsidenten den Grafen Julius Andrássy zur Audienz berufen, welcher spätestens übermorgen in Wien eintreffen dürfte. Graf Tisza reist noch im Laufe des heutigen Tages nach Budapest zurück.

Schweiz.

Der Proporz marschiert.

Basel, 30. Januar. (Eig. Ber.) Wir berichteten seinerzeit, daß die sozialdemokratische Partei ein Initiativbegehren betreffend die Einführung der Proportionalwahl für den Großen Rat, das auch die konservative Partei unterstützte, aufstellte und die nötigen Unterschriften sammelte. Der Große Rat überwies das Begehren im November 1904 der Regierung zur Prüfung. Diese gelangte dazu, die Erheblichkeit der Begehrens zu beantragen und es dem Volke zum Entschiede vorzulegen. Darüber hat nun der Große Rat in seiner jüngsten Sitzung verhandelt. Regierungsrat Jutti empfahl den Antrag der Regierung zur Annahme und bezeichnete das Begehren selbst als verfassungsmäßig, in wahltechnischer und redaktioneller Beziehung als unanfechtbar. Der Führer der Freisinnigen, Dr. Scherrer, genierte sich nicht, das Initiativbegehren mit den ältesten Vadenhütern, die durch die reiche praktische Erfahrung längst als leere Phrasen erwiesen sind, zu bekämpfen. Treffend entgegnete der konservative Professor Hagenbach-Wischoff auf den Vorwurf, daß das proportionale Wahlverfahren kompliziert sei, diesen Vorwurf könne man schließlich gegen alle erheben, für den Willen ist sogar unsere Ehrgabel kompliziert. Von sozialdemokratischer Seite traten für das Initiativbegehren ein die Genossen Redakteur Frei und Regierungsrat Bullshleger. Der erstere schützte mit rücksichtsloser Frische die von Scherrer behauptete Gemeinamkeit der Freisinnigen und Sozialdemokraten ab; letzterer führte zur „Kompliziertheit“ an, daß die ganze Demokratie eine komplizierte Maschinerie und der Zustand der Barbarei weit einfacher sei, aber trotzdem würde niemand zu ihm zurückkehren wollen. Sodann beleuchtete er noch die Ungerechtigkeit des herrschenden Mehrheitsprinzips.

Mit 50 gegen 30 Stimmen wurde schließlich dem Initiativbegehren zugestimmt. Der Entschied liegt nun beim Volke.

Italien.

Die Frage der Verhaftung Ferris.

Rom, den 29. Januar. (Eig. Ber.)

Wie wir telegraphisch gemeldet, haben sich die vorbereitenden Kommissionen der italienischen Kammer zugunsten der Autorisation der Verhaftung Ferris ausgesprochen. Sie haben demgemäß einen Redner gewählt, den Abgeordneten Mezzanotte, der im Parlament für die Bewilligung der Verhaftung eintritt wird. Dieser Tage wird die Frage die Kammer beschäftigen.

Ganz abgesehen von der Parteistellung, sind die Ansichten unter den Abgeordneten sehr geteilt über die Rechtmäßigkeit der Verhaftung. § 45 der italienischen Verfassung hat folgenden Wortlaut: „Kein Abgeordneter kann, abgesehen von dem Falle eines flagranten Verbrechens, während der Session verhaftet, noch in einem strafrechtlichen Prozeß zur Rechenschaft gezogen werden, ohne die vorherige Einwilligung der Kammer.“

Die Gegner der Verhaftung interpretieren den zweifellos zweideutigen Satz in dem Sinne, daß sie keinen ersten Teil (bis „verhaftet“) als selbständig ansehen, und die vorherige Einwilligung der Kammer nur auf den zweiten Teil, auf das strafrechtliche Vorgehen gegen einen Abgeordneten, beziehen. Sie sagen also, daß kein Abgeordneter während der Session verhaftet werden kann und werden demnach die Verhaftung Ferris als einen Verfassungsbruch bekämpfen.

Nun gibt es aber bereits Präzedenzfälle für die gegenteilige Auslegung des § 45; wir brauchen nur an Palizzolo zu erinnern, der ohne Flagrant des Delictes bei offener Session nach erfolgter Einwilligung der Kammer verhaftet wurde.

Schließlich sind einige der Ansicht — auch verschiedene Mitglieder der Kommissionen —, daß die bloße Autorisation zum Strafverfahren gegen einen Abgeordneten schon die Genehmigung zur Verhaftung im Falle der Verurteilung einschließt.

Die Entscheidung der Kammer wird mit großem Interesse erwartet. Bekanntlich hat Genosse Ferris wegen Verleumdung und Verleumdung des Admirals Bettiolo 14 Monate Gefängnis abzusitzen.

Schweden.

Die Reaktion an der Arbeit. In beiden Kammern des Reichstages ist am Sonnabend von konservativer Seite ein Vorschlag zu der bereits im Jahre 1903 von einem Komitee vorbereiteten Vereinigungsgesetzgebung eingebracht worden, die eine Registrierung der Gewerkschaften zum Ziele hat. Die Antragsteller wünschen, daß die Gewerkschaften schadenersahpflichtig gemacht werden können, um so ihnen die Leitung von Streiks unmöglich zu machen. — Einen noch ärgeren Angriff gegen die Arbeiterorganisationen bildet ein Vorschlag, den der Abgeordnete Cederberg in der Ersten Kammer einreichte. Er verlangt, daß der Staat den Streikbrechern Arbeit verschaffe, wenn organisierte Arbeiter sich weigern, mit ihnen zusammenzuarbeiten, und daß sie, wenn arbeitslos, aus den Mitteln des Arbeiterversicherungsfonds unterstützt werden. Es ist glücklicherweise ausgeschlossen, daß der Reichstag diesen unverschämten Plänen zustimmt.

Amerika.

Unterdrückung der farbigen Bevölkerung.

Das Recht, als Staaten dem Bunde beizutreten, fordern schon lange die Territorien Arizona, Neu-Mexiko, Oklahoma und das Indianer-Territorium. Dabei ist der Vorschlag gemacht worden, daß die beiden ersten und die beiden letzten je einen neuen Staat bilden sollen, obgleich die erforderliche Bevölkerungszahl von 30000 Seelen von den einzelnen Territorien längst erreicht oder überschritten worden ist. Oklahoma allein hat zweimal soviel Bewohner wie der Staat Idaho und viermal soviel wie der Staat Wyoming. Der Senat hat sich aber noch nicht entschließen können, den Territorien das geforderte Recht einzuräumen. Rücksichten auf das Partei-Interesse der Mehrheit, also der Republikaner, sind dabei stets maßgebend gewesen. In dem Streit, der über diese Sache entbrannte, nimmt ein Missionar aus dem Indianer-Territorium die Indianer daselbst gegen die Geringehaltung der Amerikaner lebhaft in Schutz. Er erklärt, daß man sich häufig ganz falsche Vorstellungen von den Indianern mache und immer noch an Verhältnisse denke, wie sie vor 30—40 Jahren bestanden. Er lebt unter den Cheyennes, einem Stamm, der vor 30 Jahren noch einer der wildesten war, heute aber ganz umgewandelt sei. Ruhig und friedlich gehen Männer und Frauen ihrer Beschäftigung nach und die Kinder besuchen fleißig die Schule. Wenn Friedensstörungen vorkommen, so seien daran die von der Regierung eingesetzten Agenten schuld, die mehr ihre eigenen als die Interessen der Indianer wahrnehmen. Daß die Indianer von diesem „Schutz“ der Regierung befreit werden, wäre ihnen am nötigsten. Man sagt von diesen Agenten, daß sie einstmals treue Wächterhunde waren, die sich bald zu reißenden Wölfen umwandeln; sie nähern ihre Klau und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel dazu an, die Indianer zu betrügen und zu befehlen. Die Indianer wissen, sie befinden sich vollständig in der Macht der Weißen. Selbst im Indianer-Territorium ist ihre Zahl so gering, daß man auf zehn Weiße erst eine Rothhaut rechnet; sie haben Tomahawk und Stalpienmesser längst begraben, aber vor den „Weißgeächtern“ haben sie trotzdem noch keine Ruhe.

Die blau-gelben Bändchen

Interesse des Lesers fesselnde Handlung aus. Das Unternehmen der Sunlight Verlagsanstalt hat nichts gemein mit jenen auf niedrigstem geistigen Niveau stehenden Erzeugnissen literarischer Lüsternheit! Im Gegenteil wird es guten Geschmac nur zu fördern und gesundes, vornehmes Urteil im Volke zu stärken berufen sein. Die Romane werden kostenlos und portofrei den Konsumenten von Sunlight Seife zugestellt. Bezugsbedingungen sind aus der jedem Paket Sunlight Seife beigegebenen Erklärung zu ersehen.

der Sunlight Roman-Bibliothek sind auf dem deutschen Büchermarkt eine bleibende Institution geworden und haben sich beim lesenden Publikum und namentlich im Familienkreise ungeteilte Anerkennung erworben. Die einzelnen Romane, Originalwerke erster deutscher Schriftsteller, sind mit größter Sorgfalt ausgewählt. Sie zeichnen sich durch spannende, das

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 2. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Robert der Teufel.
Neues königl. Opern-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Faust. (Erster Teil.)
Berliner. Der Jüdische Heiler.
Hierauf: George Dandin.
Leipzig. Das gerechte Benedig.
Weißen. Die neugierigen Frauen.
Zentral. Die Jungfer.
National. Alessandro Stradella.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Thalia. Der Kilometerreifer.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Hainbender.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel-Theater.)
Wallensteins Tod.

Kleines. Nachtschl.
Residenz. Herculespfeilen.
Städtisches. Der Familienstag.
Trianon. Die glückliche Gilberte.
(Heuroussou.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luisen, Rigoletto.
Kasino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Vielte, Alliance. Lumpenpöppel.

Carl Weiß. Geld und Name.
Opol. Berliner Luft. Spezialitäten.
Vasage-Theater. Bernardi Lucia.
Straß. Anf. 5 Uhr.
Herrnfeld-Theater. Prinz Levy in
Hilf.

Palast. Wie man Weiber fesselt.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.

Im Theater abends 8 Uhr: Im
Bannkreis der Jungfrau.
Abend 8 Uhr: Prof. Dr. Müller:
„Die Stoffwanderungen im
lebenden Körper.“
7 1/2-9 1/2: Dr. Donath: Praktikum.
7 1/2-9 1/2: Desgleichen.

7 1/2-9 1/2 Uhr: Dr. Donath:
Praktikum.
7 1/2-9 1/2 Uhr: Desgleichen.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.
Freitag: Die Neuvermählten.
Hierauf: Abschiedsopfer.
Sonnabend zum erstenmal: Angola.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Sonntag: Angola.
Vorher: Abschied vom Regiment.

Neues Theater.

Anfang 7 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Freitag: Der Graf von Charolais.
Sonnabend und Sonntag: Ein
Sommernachtsstraum.

National-Theater

Weinbergweg 19.
Donnerstag, den 2. Februar 1905:
Zum erstenmal:
Alessandro Stradella.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Die Jüdin.
Sonnabend: Alessandro Stradella.

Zentral-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Nacht von Franz Lehar.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:
Ökumeneinchen.

Luisen-Theater.

Gastspiel des Theaters des Westend:
Rigoletto.
Freitag: Benefiz: Höhere Töchter.
Sonnabend: Kaiserinns Töchter.
Sonntag, nachm.: Stützen der
Gesellschaft. Abends: Höhere Töchter.
Montag: Hofenträns Geben.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das erste Gebot.

Deutsch - Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Apollo-Theater.

Heute: Debüt der
neuen Februar-Aktionen!
10 1/2 Uhr:
Radrennen auf der Bühne.
Robl-Arend.
Hansen, Schilling, Tetzlaff, John Stol etc.
Vorher:
Berliner Luft
von Paul Lincke.

Perantiv, Redakteur:

Paul Wittner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Hörspiel 8 Uhr: Prof. Dr. Müller:
„Die Stoffwanderungen im
lebenden Körper.“
7 1/2-9 1/2: Dr. Donath: Praktikum.
7 1/2-9 1/2: Desgleichen.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
**P. CASTAN'S
PANOPTICUM**
Friedrichstr. 165.

Neu! Neu! Neu!
**Das Erwachen
des Poseidon!**

Kasino-Theater

Lothringersstraße 37 (Rosenthaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonn. 7 1/2-9 Konzert.
**Heirat
auf Probe.**
Vorher das völlig neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: **In Vertretung.**

Metropol-Theater

Große Ausstattungsgesellschaft mit
Gesang und Tanz in 5 Bildern von
Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom
Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Joseph. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr

Residenz-Theater.

Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herculespfeilen.
Sonnabend, d. 4. Februar, 8 Uhr,
zum erstenmal: **Hotel Pompadour.**
Schwan in 3 Akten v. Anthony Rard
u. Leon Karof, Deutsch v. N. Schönau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Der
Gärtener.**

Lustspielhaus

Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittags:
Das Lumpengejindel.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung:
Witter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Ulrich-Weißer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag: Emilia Galotti.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Geld und Name.
Schauspiel in 5 Akten von H. Rente.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Frau
Halle. Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Santa Wolfsburg.

Passage-Theater.

Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. 6 Uhr. Sonntag 5 Uhr.
Kurzes Gastspiel der berühmten
Gesangskünstlerin
Lucia Krall.
Vorher die akrobat. Tänzerinnen
Smeralda und Senitza,
übertrifft alles, was
bisher gesehen wurde.
Jacques Bronn, Dumont,
Bernardi prolongiert.
14 neue glänzende Nummern.

Skala-Theater.

Ullrichstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: Verschlafen.
Voll mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie 30 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Sanssouci.

Reichsbrunnentor - Stat. der Hochbahn.
Sonn. u. Mont., Donnerst.:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. Tanzkränzchen.**
Diensttag und Mittwoch:
Theater - Abend.
Sonnabend, den 11. März,
ist der Saal frei für
Sitzungen.

WINTERGARTEN.

Anfang 8 Uhr.
und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.
**Otto Kritzows
Anormitäten - Ausstellung**
Münzstraße 16.
2 1/2 Uhr Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

SAHARET

und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.
**Otto Kritzows
Anormitäten - Ausstellung**
Münzstraße 16.
2 1/2 Uhr Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

WINTERGARTEN.

Anfang 8 Uhr.
und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.
**Otto Kritzows
Anormitäten - Ausstellung**
Münzstraße 16.
2 1/2 Uhr Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

SAHARET

und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.
**Otto Kritzows
Anormitäten - Ausstellung**
Münzstraße 16.
2 1/2 Uhr Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

WINTERGARTEN.

Anfang 8 Uhr.
und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.
**Otto Kritzows
Anormitäten - Ausstellung**
Münzstraße 16.
2 1/2 Uhr Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

SAHARET

und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.
**Otto Kritzows
Anormitäten - Ausstellung**
Münzstraße 16.
2 1/2 Uhr Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

WINTERGARTEN.

Anfang 8 Uhr.
und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.
**Otto Kritzows
Anormitäten - Ausstellung**
Münzstraße 16.
2 1/2 Uhr Vorstellung
Die Riesin Jiona
485 Pf. schwer, die schwerste Dame,
die je gelebt.
**Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Hainbender.
Schausp. in 4 Akten v. G. v. Wildenbruch.
Freitag, abends 8 Uhr:
Medea.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelm-Häufel-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Trauerspiel in 5 Akten von Fr. Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.

Zirkus Busch.

Fortsetzung der Großen Internationalen
Ringkampf-Konkurrenz!
M. 7500 Geldpreise in bar.

Ehrenprotektorat: Herr Professor Reinhold Weges.
Schiedsrichter: Herr F. Fiske, 1. Vorsitzender des Athleten-Bereins
„Atlas“, Herr H. von Gurecki, Vertreter der „Müller-Weltweit
Sportzeitung“, Ränken, Herr Oskar Gerstel, Vorsitzender des
Athleten-Klub „Noland“.

Heute treten in Konkurrenz:

(Beginn der Ringkämpfe gegen 8 1/2 Uhr.)
1. **M. Sandorfy** gegen **Georg Burghardt**
Ungarn Österreich
2. **Josef Ludvik** gegen **Czasa Bertalan**
Böhmen Ruthenen
3. **Emil Nitschke** gegen **Jean Devrient**
Berlin Belgien
4. **Jess Pedersen** gegen **Karl Belkowsky**
Weltmeisterkämpfer Polen

Damit dem verehrten Publikum die Garantie für streng reelle
Durchführung der Konkurrenz geboten wird, hat die Direktion sämtliche
Teilnehmer durch eine eidgenössische Versicherung und hohe
Konventionalkonten verpflichtet, die Kämpfe unbedingt
ehrlich und ohne jede Rücksicht bis zum Ende durchzuführen.

Feiner: Das große Gala-Programm

und die Ausstattungs-Pantomime **Katharina II.**

Deutsche Konzert - Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Großes Urbock-Jubelfest.**
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.

Heute, Donnerstag, den 2. Februar,
abends präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend! Gala-Programm
u. die neuesten Spezialitäten.
U. a.: Neu! Noch nie dagewesen!
Zum ersten Male:
Mous. Cremo Hoffmann, der Helden-
Tenor
zu Pferde
als Kunstreiter,
vorgeführt von Herrn Mesquitz.
Neu! Sensationelle Novität!!! Neu!
Les Sands-Au Pesage.
Neu! Clown Stern mit seinen
drei Äffchen.
Vorher: Die neuesten Original-Schauspiel-
und Freizeitspektakel des Dir. Alb.
Schumann.
Um 9 1/2 Uhr: Unübertrefflicher Erfolg.
Die große Schumannsche Ausstattungs-
Pantomime:

Eine Nordlandsreise.

Im StraÙe der Mitternachts-Sonne.
Sieben hervorragend schöne Bilder
und die feinsten Schluphathese.
Vorankündigung: Wie alljährlich findet
zum Besten der Krieger-Sanitäts-
Kolonie vom Roten Kreuz, Berlin,
und des Preussischen Landes-Bereins
vom Roten Kreuz eine große außer-
ordentliche Gala-Vorstellung am
Mittwoch, den 15. Februar, abends
7 1/2 Uhr statt.

Wald- und Landparzellen

am Barowidahlhof, herrlich gelegen,
umwelt See, verkauft gegen geringe
An- u. Abzahlung **Aug. Fuchser,**
Tabendorf bei Jossen. 19220*

Gebrüder

Herrnfeld-Theater.
Der
bisher unübertroffene schlaueste
Herrnfeld-Schlager
mit seinen härmlich
bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck

Schwank in 3 Akten mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Ragnus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Prohibal, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Billettkorvork. 11-2 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Ab- u. v. d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
8 Uhr: Das glänz. Fabr-Programm.
Durchweg neue Schauspieler. 1. Rg.
9 1/2 Uhr: Novität! 9 1/2 Uhr.
Wie man Weiber fesselt.
Militär-Gesangspolke von Kesslingen,
Verfasser von „Mutter Gräber“,
„Onkel Cohn“, „Sie sind im Mai“,
Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert von
der großen Hanskapelle. Entree 50 Pf.
Inhaber dieser Annonce zahlen auf
allen Plätzen die Hälfte der gewöhn-
lichen Kassenpreise.
Freitag: **Elite-Abend.**
Philippine Weiser.

Gustav Behrens

Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 55.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen
Hören
Staunen
und weiter empfehlen.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.

Patent-Verwertung

und Nachzahlung. 72/6*
Becker & Huber,
Patentbureau, Hohenstaufenstr. 23.
Fernspr. IX, 13101. 9-6, Sonntag 11-1.

Stadt-Theater Moabit.

III-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:
Der Kaufmann von Venedig.
Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Sonntag: **Der Kaufmann von Venedig.**

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Sonnabend, den 4. Februar 1905:
Maskenball
des
Kaufklubs „Brüderschaft“.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Etagen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dünne Nagel u. der kluge Hans.
Diensttag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:

Fritz Steidl-Sänger.

Nach jeder Vorstellung im Kaiserpalast:
Tanz.

Reichshallen.

Stettiner Sänger
Zum Schluss, neu:
Herr Walzenbod
vor'm Grandesant.
Ullade von
Max Koch.
Anfang
8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag:
Nordd. Sänger.

Patent-Verwertung

und Nachzahlung. 72/6*
Becker & Huber,
Patentbureau, Hohenstaufenstr. 23.
Fernspr. IX, 13101. 9-6, Sonntag 11-1.

Seite erscheint
„Europa“
Wochenschrift für Kultur und Politik
Heft 3. Inhalt: Hochaktuell!
Herodeschenan. Gedicht von Junius.
Die neuen Sozialisten. Von Eduard
Bernstein. (N. d. R.)
Die österreichische Staatskrise. Von
Engelbert Ferner-Korjet. Wien.
(N. d. R.)
Wandlungen. Von Prof. F. Standinger
in Darmstadt.
Die Deutschrift der Jugendverwaltungen.
Von Richard Calmer, Berlin.
Der 3. 175. Von Dr. Eduard David,
Friedenau.
Ein Fortschritt für unsere Infanterie.
Von Avanti.
Heft 2 enthält:
Römische Verse. Gedicht von Hannes.
Die Freiheit marichiert. Von Heinrich
Michalski.
Zwei Sterbende. Von Ed. Bernstein.
Liberalismus. Von W. Kulemann.
Kirche und Schule. Von Pastor Dr.
A. Kalthoff.
Schafft Hilfskomitees für's Ruhrgebiet.
Von Dr. W. Schwann.
Zum Fall Bäßler. Von Dr. Eduard
David.
Darwinismus und Monismus. Von
Julius Hart.
Die Schlacht in Petersburg. Von Junius.
Die Nordische Zphing. Von Karl
Vielstreu.
Die Mutter. Von Robert Brenner.
Messel und Wertheims Warenhaus. Von
Dr. Lukas Paul.
Kirchenpolitik. Der Bachmann. Von
A. Kalthoff.
Heft 1 enthält:
Denkmalsmörder. Gedicht von Junius.
Liberalismus und Sozialismus. Zur
Einführung. Von Heinrich Michalski.
Europas Befreiung. Von Ed. Bernstein.
Säkularisation der Religion. Von Pastor
Dr. A. Kalthoff.
Rechtssprechung der Zukunft. Von Dr.
H. Haenning.
Der moderne Fabrikmenschen. Von J. D. West.
Briefe und Karten aus dem Ruhrgebiete.
Von Sundermann.
Die Vergangenheit als Bibliothek der
Zukunft. Von Prof. Dr. med. A. Forel.
Das rote Plakat. Von Hans Ohan.
Mein Freund Harry. Von So Bergman.
Ein Biertrichjahr Theater. Von Julius
Hart.
Maison's Kaiser Friedrich-Denkmal. Von
Dr. Johannes Schubert.
Tag und Nacht. Von Kalthoff.
Die Zeitschrift umfasst alle Gebiete der Wissenschaft und des Lebens, einschließlich
Naturwissenschaften und Technik; sie ist politisch und sozial durchaus vorwärts gerichtet
und hat angesehenste Mitarbeiter aus allen Parteien der Linken. In schöner und vor-
nehmer Ausstattung, vielseitig an Inhalt, ist die Zeitschrift nach jeder Richtung hin
aktuell und, was sonst bei Neuen dieser Art nicht der Fall ist, eine jede Nummer
enthält einen satirischen Teil mit Karikaturen.
Die Zeitschrift kostet im Abonnement pro Quartal 3,- M., Einzelheft 0,25 M.
und ist zu haben in allen Buchhandlungen, in allen Zeitungsständen, auf allen Bahn-
höfen, bei der Post und auch direkt per Kreuzband beim unterzeichneten Verlage für
3,50 M. pro Quartal.
Probenummern werden auf Verlangen gratis und franko zugesandt.
Verlags-Gesellschaft „Europa“, G. m. b. H.
Berlin-Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Wände zu befestigen. Hierbei traten die Arbeiter ziemlich dicht zusammen, belasteten dadurch die Rüstung zu stark, brachten sie zum Bruch und stürzten etwa 5 Meter tief hinab auf das Plenum der Leichter Gütergleise. Sie erlitten mehr oder weniger schwere Verstauchungen. Drei Arbeiter wurden alsbald nach der Charité gebracht, der vierte wird in seiner Wohnung behandelt. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich auf dem der Berliner Schützenhalle gehörigen Schießstand des Schlosses Schönholz, wo die meisten Berliner Schützenvereine ihre Schießübungen abhalten. Der dem Berliner Schützenverein „Treu“ angehörige Jagdstrafsekretär Schulz übte sich am Montag im Scheibenschießen und hatte seine Wäsche in Anschlag gebracht, als sich der Dioptr löste und zu Boden fiel. Er zog die Flinte zurück, stützte den Kolben auf den Fußboden und bückte sich, um die entfallende Glaslinse aufzuheben. Hierbei geriet er mit dem Kopf über die Mündung der Schusswaffe und berührte vermutlich gleichzeitig mit dem Bein den Hahn derselben. Die Wäsche entlud sich und die Kugel drang dem Schulz hinter dem rechten Ohr in den Kopf. Schulz brach besinnungslos zusammen. Ein zufällig in der Schießhalle weilender Arzt, der ebenfalls Mitglied eines Schützenvereins ist, legte dem Schwerverletzten einen Notverband an und veranlasste seine sofortige Ueberführung mittels Koffers Krankenwagens nach dem Krankenhaus Friedrichshain. Hier ist Schulz, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, gestern vormittag seinen schweren Verletzungen erlegen.

Selbstmordversuch oder Fahrlässigkeit? Mittwoch früh wurde die Feuerwehrt nach der Königgräberstr. 29 gerufen, weil sich hier im ganzen Hause ein starker Gasgeruch bemerkbar machte und man infolgedessen eine Explosion befürchtete. Wie sich herausstellte, waren in dem Baden des Kaufmanns Emil L. und in einer angrenzenden Wohnstube sämtliche Hähne der Gasleitung geöffnet, so daß bedeutende Mengen Gas ausgetreten waren. L. selbst wurde in seinem Schlafzimmer bewußtlos aufgefunden. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es zwar, ihn wieder durch Behandlung mit einem Sauerstoffapparat ins Leben zurückzurufen, doch ist sein Zustand recht bedenklich. Ob es sich hier um einen Selbstmordversuch oder um grobe Fahrlässigkeit handelt, müssen erst die behördlichen Ermittlungen ergeben.

Der Maler Professor Oswald Achenbach ist gestern in Düsseldorf an einer Lungenentzündung gestorben. Als jüngerer der beiden Brüder Achenbach war er am 2. Februar 1827 geboren. Bekannt ist er namentlich durch seine Darstellungen italienischer Landschaften. Er war Ehrenbürger der Stadt Düsseldorf.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Zimmernstraße 29 gerufen, weil hier durch einen — Wehlnachschuß Feuer ausgebrochen war. Der erste Löscharzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Auf dem Grundstücke der Englischen Gasanstalt in der Gütchinerstraße war dann ein mit Koks beladener Wagon in Brand geraten, dessen Ablösung aber auch nur kurze Zeit in Anspruch nahm. — Längere Zeit hatte die zweite Löscharmpagne nachmittags in der Holzmarktstr. 13 zu tun, wo es in einer Drogerie brannte. — Möbel, Decken und Kleidungsstücke gingen später in der Kurfürstenstr. 6 in einer Wohnung in Flammen auf. — Zwei weitere Wohnungsbrände mußten dann in der Kopenstr. 97 und am Grünen Weg 6 abgelöscht werden. Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Im Thalia-Theater

gab es gestern eine neue Woffe. Die dritte in dieser Saison, wenn wir recht unterrichtet sind. Das ist für diese Bühne kein günstiges Zeichen. Das Thalia-Theater pflegt als Spezialität Ausstattungsopfer, die mit gewaltigen Unkosten in Szene gesetzt werden und für die ganze Saison, mindestens aber doch für vier, fünf Monate vorhalten müssen. Anders lohnen sie nicht. Nun war weder der „Weiberkönig“ noch der „Große Stern“ ein rechter Schlager. Prachtvolle Kostüme und das, was sie entfallen sollen, belam man allerdings in schwerer Fülle zu sehen, aber das tut es allein noch nicht; die rechte Saue fehlt eben. Der gestern aufgeführte „Kilometerkreuzer“ ist nicht von den Direktoren Kren und Schönfeld, sondern von Kurt Kraß verfaßt, demselben Dramatiker, der für die vorige Saison den „Hochtouristen“ dichtete. Das Stück führte sich insofern gut ein, als ihm das blöde Ballett fehlte; kein Baruch, keine Waden, keine Figurantinnen, die in ihrer Ungelenkigkeit zu der Kleiderpracht, die notwendig über sie gestülpt ist, wie die Faust auf's Auge passen. Leider war etwas anderes, das weniger gern vernimmt wird, zuweilen recht lang ausgebeutet: die Handlung nämlich. Während der erste Akt so ziemlich durchschlag, der zweite in seinem tollen Wirrwarr einen vollen Erfolg hatte, kamen im dritten Akt gar bedeutende Klippen zum Vorschein. Einmal hatten Herr Bartels und Fräulein Ballot sogar eine offensbare Dummheit zu begehen; sie mußten im Thalia-Theater nämlich rüffelrig werden und Familienglied trüben. Mit genauer Not kamen die beiden über diesen Stein des Anstoßes hinweg. Im übrigen erfüllte die Woffe vortrefflich den Zweck, das Publikum über hamlose Tollheiten nach Herzenslust lachen zu machen; und die Hoffnung, daß ihr ein bis in den Frühling hinein dauernder Erfolg beschieden sei, könnte nach Vornahme einiger Kürzungen in Erfüllung gehen. Den Inhalt zu entwirren, wäre vergebliches Mühen; es sei genug mit der Andeutung, daß drei populäre Erscheinungen, nämlich das Automobil, der Hypnotismus und die forschende Schwiegermutter die Kosten des Abends bestreiten. Herr Guido Thielischer ist, wie in allem, was er spielt, so auch hier als Pantoffelheld gottvoll, desgleichen Herr Helmerding der einen der Großmannsstadt verfallenen Schauspieler vortrefflich zu imiten versteht. Una Abarbanell zeigte in ihrer bescheidenen Rolle als Künstlergattin, daß sie auch aus Nebenrollen etwas zu machen versteht; und diesen ersten Sternen der Bühne schließen die übrigen Künstler und Künstlerinnen im famosen Zusammenspiel an. Erwähnt sei noch, daß Herr Thielischer im dritten Akt ein niedliches Couplet sang. „Schorschel, lauf mir ein Automobil“ lautet der Refrain, der sich in Kürze die Welt erobern wird.

Zum Besten der hungernden Frauen und Kinder der streikenden Bergleute im Ruhrgebiete hatten die Herren Hauns Heinz Evers und Roda Roda unter Mitwirkung einer Schar bekannter Künstler und Künstlerinnen einen „Abend“ in der Festhalle des Zoologischen Gartens am Dienstag veranstaltet. Freie zugewandte Streikender und ihrer Angehörigen pflegen gewöhnlich ein anderes Bild aufzuweisen als es die gefrige Veranstaltung bot. Berlin W. war in Vaillette zahlreich erschienen, man konnte annehmen, sich in einer unter dem Patronat von Ministerdamen stehenden Wohlthätigkeits-Soiree zu befinden. Das Programm war dem Zweck des Abends wenig angepaßt, aber das zeugt von dem Geschick der Arrangeure, die ihr Publikum kennen. Die in Fülle gebetene Cabaret-Kunst wurde mit ungestümm freudigen Beifall aufgenommen. Marietta de Ricardo als Tänzerin, Wollen Lassen, die Sängerin russischer, holländischer und bretagnischer Volkslieder; Beatrice Reho, Karla Delward, Käthe Schaar; die Herren Evers, Roda Roda, Henry Khan, Kappel holten ihr Bestes. Etwas April, Satire in Poesie und Prosa, Tanz, ernste und heitere Vieder wechselten in bunter Folge. Bei der durch leichte und leichtere Kunst fröhlich angeregten Stimmung war es eine gewiß nicht leichte Aufgabe, die soziale Bedeutung des gewaltigen Kampfes im Ruhrgebiet zu erklären. Herr Pfarrer Raumann schilderte in schönen und passenden Worten das schwere Bergmannslos. Es gelang ihm, die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu fesseln und zum erstenmal lezten wie ihn als Realpolitiker kennen. Seine Rede klang in der Aufforderung aus: „Von Ihnen Sympathien, Ihren Stimmungen wird keine hungernde Frau, kein hungerndes Kind satt. Betätigen Sie Ihre Sympathien, geben Sie Geld nach Ihrem Vermögen.“ Schnell wurde dieser Ruf in die Tat umgesetzt. Einige Damen unternahmten Sammlungen, und auf ihren Teller häuften sich Geldstücke. Später begann der Tanz. Der finanzielle Erfolg dieser Veranstaltung dürfte nicht gering sein, der Eintrittspreis von 10 Mark war auf ein zahlungsfähiges

Publikum berechnet — und das war gut. Den Künstlern gebührt der Dank, daß sie ihre Kunst, im streikenden Gegensatz zu vielen Angehörigen ihrer Kreise, in den Dienst der kämpfenden Arbeiterschaft gestellt haben. Aus welchen Motiven die Gäste zu diesem Abend eilten, wird den Künstlern, wie uns selbst, gleichgültig sein.

Freie Volksschule Berlin. Am Donnerstag, den 2. Februar, abends 9 Uhr beginnt in der Aula des Friedrichs-Werderschen Gymnasiums Frau Dr. E. Verwig ihren stündigen Vortragszyklus über „Allgemeine Gesundheitslehre mit besonderer Berücksichtigung der Gesundheitspflege der Frauen und Kinder“. — Der vom Dozent M. G. Baage angekündigte stündige Vortragszyklus „Himmels- und Weltbild im Wandel der Zeiten“ beginnt am Freitag, den 3. Februar, abends 9 Uhr, im Zimmer 109 des Rathauses (Eingang Jüdenstraße).

Der Gesangverein „Norddeutsche Schiffe“, in Verbindung mit dem Orchesterverein „Allegro“, veranstaltet am Sonntag, den 5. Februar, mittags 12 Uhr, eine Rauten in Kellers Festjalen, Kopenstr. 29, zum Besten der streikenden Bergarbeiter. Die mitwirkenden Kräfte: Frau Klara Uelau (Sopran), Herr O. Kowalski (Bariton), Herr P. Westner von den Streichl-Sängern (Bass) werden ihr Bestes zum Gelingen beitragen. Sämtliche Mitwirkenden stellen sich unentgeltlich zur Verfügung. Das ausgezeichnete Programm verspricht einige genutzreiche Stunden. Billets kosten 30 Pf. (siehe Annonce). Garderobe 10 Pf. — Programme am Eingang gratis.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg.

Der Charlottenburger Schuttmannschaft ist im vergangenen Jahre der Wohnungsgeldzuschuß von 180 auf 240 M. erhöht worden und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1904 ab. Seit dem 1. Oktober 1904 erfolgt auch regelmäßig Zahlung; für das vergangene Halbjahr soll die Nachzahlung indes noch ausstehen. Etwas mehr Eile dürfte doch am Platze sein.

Partei-Nachrichten.

Zum Sekretär der sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurde von der Geschäftsleitung in Biel der Genosse F. J. H. D. Redakteur der „Helvet. Typographia“ und Korrektor in der Grütli-Druckerei in Zürich, gewählt.

Ein Parteisekretär wird für die Provinz Pommern mit dem Sitz in Stettin zum 1. April 1905 gesucht. Genossen, welche auf den Posten reflektieren, wollen ihre Bewerbung mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüchen bis zum 15. Februar 1905 an Heinrich Schmidt, Stettin, Langenstr. 25, einreichen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ueber Politik darf nicht gesprochen werden. In dem bei Rudolf gelegenen Köpferdorf Crinich wurde vergangenen Montag die erste sozialdemokratische Versammlung abgehalten, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Schubert-Berlin einen Vortrag über: „Die politische Lage“ hielt. Dem Herrn Amtsvorsteher scheint die Abhaltung von Versammlungen etwas durchaus Neues zu sein, denn die Befehlsgebung der Anmeldung hatte folgenden merkwürdigen Wortlaut:

„Die Anmeldung einer öffentlichen Versammlung für Sonntag, den 29. Januar 1905, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Gastwirts Gb. Brandenburger zu Crinich ist erfolgt und steht der Abhaltung derselben unter der Bedingung nichts entgegen, daß politische Gegenstände in derselben nicht zur Verhandlung kommen.“

Der Amtsvorsteher, H. Collin.“ Dieses Dokument behördlicher Geschehnissen erregte die berechtigste Heiterkeit. Genosse Schubert hielt seinen beabsichtigten Vortrag, ungehört von dem überwachenden Gendarm, nachdem er dem Herrn Amtsvorsteher klar gemacht hatte, daß er sich abgewöhnen müsse, seine belanglosen Privatwünsche als amtliche Anordnungen zu betrachten.

Gewerkschaftliches.

Die lieben Arbeitswilligen.

Es gibt keinen Streik und keine Ausperrung, bei der nicht die bürgerliche Presse von den ungeheuerlichsten Ausschreitungen Streikender gegen fogen. Arbeitswillige zu berichten weiß, wobei sie über das wenig lobenswerte Verhalten der Streikbrecher den Streikenden gegenüber gewöhnlich den Mantel der Liebe deckt. Auch die Berliner Presse bringt ja über das Verhalten der an den großen Lohnkämpfen in der Holz- und Metallindustrie beteiligten Arbeiter fortgesetzt Mitteilungen, die — ohne direkte Tatsachen zu nennen — in dunklen Andeutungen Furchterliches abnen lassen. Von den den „Arbeitswilligen“ abgenommenen Waffen, die auf dem Bureau des Metallarbeiter-Verbandes in Form eines Gummischlauchs, eines Kabelendes und — eines Revolvers aufbewahrt werden, weiß diese Presse nichts zu vermelden.

In Brandenburg a. N. waren vor einiger Zeit die Arbeiter einer Fabrik ausgesperrt. Auch hier wußte die bürgerliche Presse schauerliche Moritaten zu erzählen, die von Ausgesperrten verübt worden seien. Alle diese Schauer geschichten haben sich nun schließlich zu einer Gerichtsverhandlung verdichtet, über welche der „Brandenburger Anzeiger“, auch ein Verbreiter jener wilden Phantasie-Produkte, wie folgt berichtet:

Der Fabrikarbeiter Gr. ist wegen gefährlicher Körperverletzung des Arbeiters Groschop angeklagt, und zwar soll er am 7. Dezember auf dem Heimwege von der Arbeit den Groschop mit einer Eisenstange ins Gesicht geschlagen haben. Der Angeklagte räumt die Mißhandlung ein, doch bestreitet er die Verwendung einer Eisenstange; er will vielmehr nur eine Peitsche in der Hand gehabt und den Groschop damit geschlagen haben. Groschop selbst kann auch nicht bekunden, womit er geschlagen worden ist, das gibt er aber zu, daß er den ausdrückenden Gr. verfolgt und mit seiner Kaffeelasse ein paarmal über den Kopf geschlagen hat. Der Rechtsanwalt beantragte gegen den noch unter 18 Jahre alten Angeklagten einen Verweis; der Gerichtshof erlenn aber dahin, daß der Angeklagte der einfachen, nicht aber der schweren Körperverletzung schuldig ist, daß diese aber gegen die Mißhandlung durch Groschop ausgerechnet werden kann. Der Angeklagte wird daher straffrei erklärt.

Bideckt man aus diesem Drum und Dran den einfachen Tatbestand heraus, so ergibt sich folgendes: Ein Ausgesperrter und ein Arbeitswilliger geraten in Streit. Der Arbeitswillige läuft hinter dem Ausgesperrten her und schlägt diesen mit seiner Kaffeelasse mehrmals über den Kopf. Der Mißhandelte w e r t s i c h und dafür von den bürgerlichen Zeitungschmaroheren als „Terrorist“ durch die Presse, vom Staatsanwalt vor den Richterlich geschleift. Dem lieben Arbeitswilligen wird kein Haar gekrümmt.

Wie sagte doch ein Criminelhauer Streikbrecher? „Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen!“

Berlin und Umgegend.

Regelung des Ueberstundenwesens in den Siemens-Halske- und Siemens-Schudert-Werken. Bekanntlich befaßte sich vor kurzem eine große Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Werke in

der „Neuen Welt“ mit einem Ulaß der Betriebsleitung, der die Regelung des bis dahin förmlich wilden Ueberstundenwesens folgendermaßen festsetzte: „Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, an allen Wochentagen im Bedarfsfalle auf Anordnung der Betriebsleitung bis zu zw ei, in dringenden Fällen auch noch mehr Stunden über die in der Arbeitsordnung festgesetzte Zeit hinaus zu arbeiten, soweit nicht Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung entgegenstehen.“ Alle mehr als neun Stunden pro Tag gearbeiteten vollen Arbeitsstunden sollten als Ueberstunden angesehen und mit 20 Proz. Lohnzuschlag bezahlt werden. Demgegenüber beauftragte die Betriebsleitung den Arbeiterausschuß, bei der Direktion folgende Regelung zu beantragen: Ueberstunden sind nur in dringenden Notfällen zu machen, z. B. bei Gefahr von Menschenleben oder bei Naturereignissen, bei notwendigen Reparaturen oder wenn andere Abteilungen auf Vorarbeiten warten; oder schließlich bei Arbeiten, für deren nicht rechtzeitige Lieferung nachweislich hohe Konventionalstrafen vereinbart sind. Sind in solchen Fällen Ueberstunden notwendig, so ist ein dahingehender Beschluß der betreffenden Werkstätt-Direktion über Zahl und Dauer der Ueberstunden durch Ausschuss in der in Frage kommenden Abteilung bekannt zu geben und vom Obmann und Stellvertreter des Arbeiterausschusses gegenzuzeichnen. Ferner wurde für Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 25 Proz. gefordert. Die Angelegenheit war so ernst, daß größere Differenzen auf dem Werke auszubrechen drohten.

Es haben nun Verhandlungen der Generaldirektion mit dem Arbeiterausschuß stattgefunden. Dabei glaubte es die Direktion sich nicht verfangen zu dürfen, den Ausschussmitgliedern eine Art Gardedirektion zu halten, dafür, daß diese sich zu sehr vom Metallarbeiter-Verband beeinflussen ließen. Schließlich kam es aber doch zu einer Verständigung, wenn auch den Wünschen der Arbeiter noch bei weitem nicht Rechnung getragen wurde. Die Direktion zog ihren früheren Ulaß zurück, bewilligte alsdann den 25prozentigen Lohnzuschlag für Ueberstunden von der vollendeten neunten Arbeitsstunde ab und gestattete die Regelung des Ueberstundenwesens auf folgender Grundlage: „Eine etwa notwendig werdende Verschiebung, Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit für den ganzen Betrieb oder für Teile desselben oder für einzelne Arbeiter wird den Betroffenen durch Ausschuss gewöhnlich am Tage zuvor besonders mitgeteilt, und ist diese veränderte Arbeitszeit von den Betroffenen einzuhalten. In dringenden Fällen können für einzelne Arbeiter Verurlaubungen stattfinden. Für Sonnabend sollen Ueberstunden im allgemeinen nicht angeordnet werden.“ Damit ist wenigstens der Willkür der Meister, nach Belieben Ueberstunden zu kommandieren, ein Siegel vorgegeben; auch wird die Freizeugelung bis zum gewissen Grade ausgeglichen auf die Verschiedenartigkeit der Arbeitszeit in den einzelnen Geschäften der Firma.

In zwei stark besuchten Versammlungen, von denen die eine für das Stadtgeschäft am Dienstag im Gewerkschaftshause und die andere für die Charlottenburger Werke der Franklin- und Helmholzstraße sowie das Kabelwerk am Ronnenbamm am Mittwoch in der Kronenbrauerei abgehalten wurde, beschäftigten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Direktion und Arbeiterausschuß. Nach Ansprachen des Bevollmächtigten W i e s e n t h a l vom Metallarbeiter-Verband und reger Diskussion wurde in beiden Versammlungen schließlich folgende Resolution angenommen:

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemens-Schudert- und Siemens-Halske-Werke nehmen Kenntnis von dem Resultat der Verhandlungen der Fünfzehner-Kommission und erklären: „In Anbetracht der Verschiedenheit der Arbeitszeiten in den einzelnen Werken der Firma nimmt die Versammlung die Zuständigkeit des Gesamtdirektoriums als Abschlagszahlung an. Die Versammelten sind der Meinung, durch diese Regelung der Ueberstundenbezahlung wird das Ueberstundenwesen an Ausdehnung verlieren und jeder einzelne mehr Wert auf einen genügenden Verdienst bei normaler Arbeitszeit legen.“

Zur Kontrolle dieser Vereinbarungen verpflichtet die Versammlung die Vertrauenspersonen. Nur dadurch wird es den Arbeiterausschüssen möglich sein, etwaige Verletzungen der Arbeitsordnungen durch Verhandlungen mit den Direktionen zu beseitigen.

Aus der ganzen Bewegung haben die Versammelten gelernt, daß nur eine gute Organisation in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten. Deshalb verpflichten sie sich, treu zu derselben zu halten und die wenigen Fernstehenden zu derselben heranzuziehen.“

Die Arbeitsverhältnisse in den Berliner Eiswerken und Eis-handlungen haben den Handels- und Transportarbeiter-Verband veranlaßt, eine intensive Agitation unter den Eisläufern, Mitfahrern und Arbeitern zu veranstalten, die einen recht befriedigenden Erfolg gezeitigt hat. Bisher gehörte diese Kategorie von Arbeitern zweifelslos mit zu den am meisten Ausgebeuteten. In den Norddeutschen Eiswerken A. S. zu Rummelsburg z. B. betrug die Arbeitszeit noch jüngst 12, 14, ja 16 Stunden täglich. Früh morgens um 3 Uhr mußten die Arbeiter aus dem Hofe ein und Pferd und Wagen besorgen. Um 5 Uhr führten sie dann vom Hofe, bedienten die in Berlin und den Vororten zerstreute Kundschaft und kamen um 2 oder 3 Uhr nachmittags wieder nach Hause. Hiermit aber nicht genug. In der sogenannten Saison nämlich mußten die zuerst zurückgekommenen Leute meistens noch Extratouren fahren. Hatten sie ihr Gepann Pferde versorgt und den Wagen in Ordnung gebracht, dann hieß es einfach: Jetzt schnell ein paar frische Pferde genommen und vor einen Extrawagen gespannt, der Salskammermeister oder Restaurateur so und so muß heute noch 80 oder 100 Zentner Eis haben. Oder aber: Es sind noch 50 und soviel 100 Zentner Eis von Pläntsch resp. Köpenick, wo die Firma ebenfalls große Eisgruppen hat, zu holen. Für derartige Extratouren, die ihre 2 bis 3 Stunden in Anspruch nahmen, gab es dann eine Entschädigung bis zu 1 M., so daß auf die Stunde etwa 15 Pf. einfielen. Aber die Extrafahrer konnten noch von Glück sagen, weil sie wenigstens noch etwas für die Ueberarbeit bezahlt bekamen. Ganz anders die übrigen Kutscher. Waren diese zu Hause angelangt, so mußten sie — wahrscheinlich zur Erholung — noch Futter, Heu, Stroh oder Streu abladen und auf die Böden bringen, wofür es eine Entschädigung nicht gab. Nun sollte man annehmen, daß bei einer solchen übermäßigen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft die Kutscher wenigstens eine angemessene Sonntagstube haben würden; doch weit gefehlt. Die Kundschaft mußte Sonntagsgenau so gut bedient werden wie Wochentags, ja in vielen Fällen ist der Eisbedarf am Sonntag noch stärker wie in der Woche, z. B. in Vergnügungs-Etablissements. Für diese ständige Sonntagsarbeit erhielten die Kutscher und Mitfahrer keinerlei Sonderentschädigung. Dagegen wurde jedes Zusätkommen oder gar Fehlen und so weiter mit willkürlich bemessenen Strafen belegt, die den Betrag eines Tagelohnes ausmachten, unter Umständen sogar die Höhe der gestellten Station von 15 M. erreichen konnten. Und der Durchschnittslohn für eine derartige Arbeitsleistung betrug in der Regel nur zirka 20 M. pro Woche! Fernlich lagen die Verhältnisse auch in den meisten übrigen Betrieben. Erst in letzter Zeit ist es mit der Entlohnung etwas besser geworden, nachdem sich ein großer Teil des Personals der Organisation angeschlossen hat. Auch die Sonntagsarbeit hat eine wesentliche Einschränkung dadurch erfahren, daß der Transportarbeiter-Verband deswegen wiederholt Eingaben an die Polizeibehörde richtete und die Behörde das Verlangen der Eiswerkbesitzer um Freigabe der Zeit vor 5 Uhr morgens und der sogenannten Kirchenstunden ablehnte. Da es auch in einigen Fällen mit Hilfe der Organisation gelang, Wahregelungen von Kollegen wieder rückgängig zu machen, so haben die Eisläufer und Arbeiter den Wert der Organisation jetzt schätzen gelernt und sieht zu erwarten, daß sie künftig noch energischer beitreten werden, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Die Berliner Zimmerer sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Der Zimmerertarif läuft gleichzeitig mit dem Tarifvertrag des Maurers am 1. April d. J. ab. Zu den Verhandlungen über eine eventuelle Vertragsverlängerung haben nun die Zimmerer den Arbeitgebern unter anderem die Forderung unterbreitet, vom 1. April 1905 ab den Stundenlohn von 70 auf 75 Pf. zu erhöhen. Außerdem sollte der Geltungsbereich für den Berliner Lohnsatz auch auf die Ortsgemeinden Potsdam, Dalldorf, Hohen-Schönhausen, Ober- und

Nieder-Schönebeck, Johannisthal, Markshorst und Tegel ausgedehnt werden. Für die Ortschaften Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Alt-Glienide und Adlershof wurde ebenfalls eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde gefordert. In der ersten Kommissionsitzung am 9. Januar verhielten sich die Arbeitgeber zu dieser Lohnforderung nicht nur ablehnend, sondern brachten allen Ernstes eine Lohnreduzierung um 5 Pf. pro Stunde in Vorschlag, mit der Maßgabe, daß bei einer Verlängerung des Vertrages auf weitere zwei Jahre der Lohnsatz im ersten Jahre 67 1/2 Pf. betragen solle. Begründend führten die Herren dazu aus: Die große Mautigkeit würde ein großes Angebot von Wohnungen und damit eine Verbilligung derselben zur Folge haben. Mithin wären die Gründe, die seinerzeit zur Erhöhung der Löhne unter Bezugnahme auf teure Miet- und Lebensmittelpreise geführt hätten, jetzt nicht mehr vorhanden. Es sei daher viel eher eine Reduzierung als eine Erhöhung der Löhne am Platz. — Natürlich konnten sich die Vertreter der Arbeiter auf eine ernsthaftige Diskussion dieses Vorschlags der Arbeitgebervertreter nicht einlassen. In der zweiten Kommissionsitzung am 20. Januar gaben die Arbeitgeber denn auch die Erklärung ab, daß sie ihren Vorschlag auf eine Lohnreduzierung zurückziehen wollten; ersuchten aber auch die Arbeitgebervertreter, ihrerseits mit der geforderten Lohnerhöhung dazujede zu tun. Da die Arbeitgebervertreter zu einer Zurückziehung der Lohnforderung jedoch nicht kompetent waren, so wurden die Arbeitgeber von ihnen auf einen späteren endgültigen Beschluß der Mitgliederberatungen verwiesen. So ist die Lohnfrage denn bisher offen geblieben. Die Arbeitgeber erklärten, eine Lohnerhöhung unter keinen Umständen beizufügen zu können und gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch die ganze Unternehmerchaft eine Bewilligung der Lohnforderung ablehnen würde. Aber auch über die sonstigen Anträge der Zimmerer wurde in der Kommission keine Verständigung erzielt. Die Entscheidungen liegen nunmehr in den Händen der Generalversammlungen. Der Ernst der Situation wird schon allein durch den Umstand charakterisiert, daß die bisherigen Verhandlungen ein völlig negatives Resultat ergeben haben. Bei früheren Verhandlungen ist es, wenn auch nicht in der ersten, so doch in der zweiten Kommissionsitzung wenigstens zu irgend einer gegenseitigen Vereinbarung gekommen, zu deren Befürwortung den Mitgliedern gegenüber sich die beiderseitigen Vertreter dann gewissermaßen verpflichtet gefühlt hätten. Diesmal aber ist bei den Verhandlungen absolut nichts herausgekommen. Da ist es nicht ausgeschlossen, daß die Berliner Zimmerer zum Frühjahr in einen schweren Lohnkampf verwickelt werden. Hier zeigt es sich wieder, daß die Unternehmer den Arbeitern aus eigenem Antriebe keine Zugeständnisse machen; vielmehr müssen sich die Arbeiter stets bereit halten, selbst die kleinste Verbesserung ihrer Lebenslage mit Hilfe einer strengen Organisation durchzusetzen.

Bauwer Sozialpolitik. Wie bekannt, hat die Gemeinde Pantow das Rittergut Mühlentee und die dortige Ofenfabrik käuflich erworben und richtet die Ofenfabrik zum Wohnhaus ein. Die Leitung des Hauses liegt in der Hand eines von Pantow gestellten Technikers, welcher seine Tätigkeit vor allem dadurch bewies, daß er den ordentlichen Lohn um 10 Pf. pro Stunde kürzte, sowohl für Maurer als auch für sonstige Arbeiter. Auf eine Anfrage der Arbeiter antwortete er: wenn es denselben nicht passe, würde er Leute in Menge von Pantow bekommen. — Vielleicht beweist die Gemeinde Pantow dem Herrn Techniker ihre Zufriedenheit mit der sozialpolitisch so verständigen Art, wie er ihre Interessen wahrte, dadurch, daß sie auch ihm — einen Teil seines Gehaltes abzieht. Was dem Arbeiter recht ist, sollte dem Techniker billig sein!

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Zimmerer hat mit den Unternehmern zu Potsdam einen neuen Vertrag bis zum 31. März 1907 abgeschlossen. In dem bisherigen Vertrag, der zum 1. April d. J. abläuft, war der Stundenlohn auf 53 Pf. und die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden festgelegt. Nach mehrmaligen Verhandlungen bewilligten die Unternehmer dann 9 1/2 Stunden Arbeitszeit, also eine Verringerung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde, und eine Lohnreduzierung von 4 resp. 7 Pf. pro Stunde mit der Maßgabe, daß vom 1. April bis 1. Oktober d. J. 57 Pf. und von da ab 60 Pf. Stundenlohn gezahlt werden. Außerdem sind einige Bestimmungen des alten Vertrages ausgemerzt worden, die zum mindesten unzeitgemäß waren. So heißt es in dem alten Vertrage z. B.: „Es sind verboten: 1. Gefährliche, ruhestörender Art auf den Arbeits- und Werkplätzen; 2. Rauchen während der Arbeitszeit, während der Arbeitspausen auch da, wo es wegen Feuergefahr oder durch allgemeines Verbot als unzulässig bezeichnet ist; 3. Agitation auf den Bau- und Arbeitsstellen (Plätzen, Werkstätten usw.); 4. sogenannte Baukontrolle ohne Genehmigung des Arbeitgeber.“ Diese Bestimmungen fallen in dem neuen Vertrage gänzlich fort. Ebenfalls ist eine frühere sehr denkbare Klausel, die den Unternehmern das Recht gab, a u f h e r mit Junggefellern oder mit durch Alter, Invalidität oder Unfall minderleistungsfähigen Personen auch noch mit sonst minderleistungsfähigen Arbeitnehmern freie Vereinbarungen über den Lohn zu treffen, jetzt aufgehoben worden. — Für Landberg a. W. ist gleichfalls ein neuer Vertrag zwischen dem Zimmererverband und den Unternehmern zustande gekommen und zwar gilt derselbe bis zum 1. Juni 1907. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 10 Stunden; dagegen wird unter anderen Verbesserungen der Stundenlohn in diesem Jahre von 40 auf 42 Pf. und im nächsten Jahre auf 43 Pf. erhöht. In demselben Verhältnis steigt auch der Lohn für Junggefellern.

Husland.

Eine Schrift über die Theorien und Grundsätze der Gewerkschaftsorganisation ist kürzlich von der Norwegischen Arbeiterpartei herausgegeben worden. Sie trägt den Titel: „Fagorganisationen, dens teorier og principer“. Der Verfasser, Olaf Arvingen sagt in der Einleitung: „Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ist zu einem wichtigen Faktor in unserem Gemeinwesen geworden. Darum gehört es auch zu einer gründlichen allgemeinen Bildung, sie zu kennen. Arbeitsherren, Arbeitsleiter, Politiker, Staatsmänner und Volksschleher müssen den Ursprung dieser Organisation, ihr Wesen und die Grundsätze, wonach sie aufgebaut ist und geleitet wird, kennen. Aber für die Arbeiter ist es eine Lebensfrage, diese Dinge zu kennen. Je tieferes Verständnis von dem eigentlichen Wesen der Organisation bei ihnen vorhanden ist, um so mehr Kraft wird jeder einzelne ihr zuführen. Es ist nicht genug, daß die Arbeiter ein mehr oder weniger klares Verständnis dafür haben, daß sie sich organisieren müssen; sie müssen wissen, wie sie sich zusammenschließen sollen, wozu sie die Organisation brauchen sollen, welche Mittel sie ihnen gibt und wie diese Mittel angewendet werden sollen.“

In diesen Worten wird der Zweck und Inhalt der Schrift angedeutet. Auf 75 Seiten in 16 Kapiteln gibt das Buch über die wichtigsten Fragen der Gewerkschaftsbewegung wertvolle Aufklärung, die für jeden organisierten Arbeiter, besonders aber für diejenigen, die eine leitende Stellung in der Bewegung bekleiden, von großem Nutzen sein muß.

Soziales.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats wird gegenwärtig von den Gewerkschaften in Magdeburg beraten. Bis jetzt haben der Errichtung 23 Organisationen mit 4000 Mitgliedern zugestimmt, während die Beschließung von 27 Organisationen noch aussteht; jedenfalls ist aber nicht daran zu zweifeln, daß das endgültige Resultat der Beschluß der Errichtung des Sekretariats sein wird.

Zur Verhütung einer Kohlensteuerung hatte der jungliberale Professor Dr. Rayer in Würzburg im dortigen Gemeinderat den Antrag gestellt, die Stadt solle für 20 000 M. Kohlen ankaufen und nicht über den Selbstkostenpreis an Rinderfleisch abgeben. Das Kollegium lehnte jedoch diesen Antrag mit der Begründung ab, daß die Stadt den Kohlenhändlern keine Konkurrenz machen dürfe. Den Stadtvätern Würzburg ist das Interesse der Kohlenhändler wichtiger, als das der übrigen Bevölkerung.

Die Unterbringung von Kranken in eine Privat-Irrenanstalt. Die nach § 30 der Gewerbe-Ordnung konfessionell ist, ist nach einer früheren Verordnung des Ministeriums nur dann zulässig, wenn von den Angehörigen des Erkrankten, dem gesetzlichen Vertreter oder der Polizeibehörde ein dahingehender Antrag gestellt ist, sowie auf Grund eines mit ausführlicher Krankengeschichte versehenen Zeugnisses eines approbierten Arztes, wodurch bescheinigt wird, daß der Aufzunehmende ein Geisteskranker oder Geisteschwacher leidet und der Pflege in einer Anstalt bedarf. Diese Bestimmungen sollen künftig auch Anwendung finden auf alle nicht unter der Verwaltung des Staates stehenden, zur Aufnahme Geisteskranker und Geisteschwacher bestimmten Anstalten. Es werden den Vorschriften daher auch alle derartigen Anstalten unterstellt, die unter der Verwaltung von Gemeinden und politischen Körperschaften, einschließlich der Gemeinde- und Bezirksverbände, sowie unter der Verwaltung von Vereinen und Stiftungen stehen.

Für ein Mittel zur Verhütung der Bleivergiftungen in der Diamantindustrie hat die niederländische Regierung einen Preis von 6000 Gulden (10 200 M.) ausgesetzt. Zum Einfließen und Verstellen der zum Schleifen bestimmten Diamantstücke wird gegenwärtig eine Legierung von Zinn und Blei benutzt, wodurch oft Schädigungen der Gesundheit der Arbeiter und selbst Bleivergiftungen hervorgerufen werden. In einem Preisauschreiben wird nun ein Mittel zum Einfließen und Verstellen der Diamanten gesucht, das der Gesundheit nicht schädlich ist, das für alle gegenwärtig in Holland vorkommenden Formen der Diamantschleiferei brauchbar ist, dessen Anwendung von den in diesem Fach ausgebildeten Arbeitern leicht zu erlernen und dessen Einführung und Gebrauch nicht mit großen Unkosten verknüpft ist. Preisbewerbungen können bis zum 1. Januar 1906 eingereicht werden. Der Preis von 6000 Gulden ist für eine vollständige Lösung der Aufgabe bestimmt, er kann aber auch an mehrere Bewerber für teilweise Beantwortung der Preisfrage vergeben werden.

Kaufmannsgerichts-Wahlen. Bei der am Montag in Dresden stattgefundenen Wahl erlangte der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen 180 Stimmen, während auf die vereinigten Gegner aller Schattierungen 964 Stimmen entfielen. Der Zentralverband stellt 6, die Gegner erhalten 34 Beisitzer zum Kaufmannsgericht. — In Hagen fanden die Wahlen am Sonnabend und Sonntag statt. Die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation der Handlungsgehilfen weist hier noch keine Mitglieder auf. Am so erfreulicher ist es, daß es gelang, einen Sozialdemokraten als Arbeitgeber-Beisitzer zu wählen.

Der Verband deutscher Gewerbevereine wird seinen nächsten Verbandstag in Würzburg im September abhalten. Als Hauptgegenstände der Tagesordnung wurden bestimmt: Praxis der Verhältniswahl; Organisation der Kaufmannsgerichte; kollektiver Arbeitsvertrag. Der Ueberblick über die Gesetzgebung der letzten beiden Jahre auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages soll eine kurze Umschau über die Literatur zum Rechte des Arbeitsvertrages folgen. Die Bestimmung kleinerer Gegenstände bleibt noch vorbehalten.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Streit der Heimarbeiterinnen ist am 27. Januar in K e d a r a u ausgebrochen. Die Firma Felix Ball, Putzwollfabrik, eröffnete bei der Ablieferung der Putzwolle den für die beschäftigten Heimarbeiterinnen, daß es von jetzt ab weniger Akkordlöhne gebe. Das brachte die Gebuld der ohnedies schon sehr schlecht bezahlten Frauen zum Ueberlaufen; sie erklärten, daß sie unter diesen Umständen keine Arbeit mehr mit nach Haus nehmen würden, und in ziemlich energischer Weise sorgten die geplagten Proletarierweiber dafür, daß es keine „Arbeitswillige“ gab.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20, die Generalversammlung des Vereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Kassiererin und Revisorinnen. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Gerichts-Zeitung.

Vier Jahre Zuchthaus für eine Sterbende. Ein Jammerbild bot sich gestern den Richtern der zehnten Strafkammer des Landgerichts I dar. Auf einer Tragbahre wurde von mehreren Angehörigen des Lazarett des Untersuchungsgefängnisses eine Angeklagte in den Gerichtssaal geschleppt, die schon länger als 1 Jahr in Untersuchungshaft sitzt und wegen ihres schwerleidenden Zustandes bisher nicht verhandlungsfähig war. Es war die unbekannte *W o j a S a l o w s k i*. Sie betreibt seit längerer Zeit ein schmutziges, lichtloses Gewerbe, ist schon mehrmals wegen Verbrechen gegen feindliches Leben verurteilt und hatte sich abermals eine Anklage wegen des gleichen Verbrechens zugezogen. Der Gerichtshof verurteilte sie zu 4 Jahren Zuchthaus und rechnete ein Jahr als verbüßt auf die Untersuchungshaft an. Die Verurteilte wurde in das Untersuchungsgefängnis zurückgetragen. Ob sie einen nennenswerten Teil ihrer Strafe wird verbüßen können, erscheint zweifelhaft.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. Beleg Berlin. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag über Ludwig Börne. Gäste willkommen. Die Ortsverwaltung.

Eingegangene Druckschriften.

„Das Gewerbegericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbevereine. Herausgeber: Dr. Jaström (Privatdozent, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Jelski (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 5 des 10. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbe- und Berufungsgerichten (Hamburg, Stettin, Duisburg, Landgericht Stuttgart), anderen deutschen Gerichten (Landgericht I und Landgericht II Berlin) u. a.: Die Rechte der Kaufmannschaft von Berlin über kollektive Arbeitsverträge. — Kaufmannsgerichte: Erste Sitzungen. — Entscheidung von Kaufmannsgerichten. — Wahlverfahren. — Statistische Erhebungen des preussischen Handelsministers über die Kaufmannsgerichtswohlen. — Die Handelskammer zu Halberstadt über Kaufmannsgerichte in kleineren Orten. — Die Frau als Vertrauensmann. Von Dr. J. Silbermann. — Recht des Arbeitsvertrages: Der Anspruch der Handlungsgehilfen auf Fortzahlung des Gehalts. Von Dr. J. J. — Verpflichtung zu Potentien. — Verzeichnis kollektiver Arbeitsverträge in Berlin. — Allgemeines: Böhlerische und passives Wahlrecht. — Starke Inanspruchnahme der Gerichtsschreiberei bei dem künftigen Gewerbegericht in A. — Einigungsämter: Das Gewerbegericht Lüneburg als Einigungsamt. — Literatur: Dr. W. Silbermann, Die deutsche Sondergerichtsbarkeit in Handels- und Gewerbeachen. — Verbandsangelegenheiten: Bevorstehender Verbandstag.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jaström, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 9 des 8. Jahrganges unter anderem: Bergarbeiter-Streit und Arbeitsmarkt. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Übergewerbe: Wirkungen des Bergarbeiter-Konfliktes. Bestellungen der Staatsbedienen. Differenzen bei den Rohstoffverhältnissen. — Textilvergewerbe: Fallende Baumwollpreise und Beschäftigungsgrad der Spinnereien und Webereien. Zusammenstoß der Wolllwarenfabrikanten. — Günstige Ausichten im Seidengewerbe. Neubildung des Futurarktes. — Holzgewerbe: Arbeitsmangel in der Bauwirtschaft. Die Konkurrenz in der Möbelindustrie. Hütten- und Brauereigewerbe. Flotter Geschäftsgang in der Waggonindustrie. Export deutscher Klaviere. — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik. — Vorkursus. — Vorkursus der Landes-Berufungsstellen Oktober bis Dezember. — Haushaltsausgaben. Konsum: Lebensmittelpreise im Januar. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Dienstboten-Vermittlung an öffentlichen Rathswesen. — Grenz- und Passantenverkehr am Arbeitsnachweis. — Stadterweiterung. — Verminderung der Vermittlungsstellen am Arbeitsnachweis Frankfurt a. M. — Städtischer Arbeitsnachweis in Helsingfors. — Arbeitslosen-Versorgung: Arbeitslosen-Zählung in München. — Rotlandarbeiten in England. — Literarische Neuerscheinungen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gröfzucht: 7 Uhr.
N. 51., G. 14., G. 3., G. 6., G. 78. Reim. — M. Heine. Eine Klage auf Auszahlung ihres Anteils hat Aussicht auf Erfolg. Der Einschnitt hat mit der Anglegenheit nichts zu tun. — G. N. B. 45. Sie sind im Unrecht: Der Mietstempel ist für die Zeit vom Januar bis Januar, eventuell also vom Oktober bis Januar und dann nochmals vom Januar bis Oktober zu zahlen. — G. 51. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Ihnen unter diesen Umständen Schadloshaltung vorgemerkt werden wird. — M. C. 30. Der Scheidungslage muß Schmeichelei vorangehen. Die Klage wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. — G. N. 29. Eine Forderung besteht nicht. Beantragen Sie Erteilung einer Abschrift. — G. N. 121. 1 und 2. Die Klagefrist ist einzubringen; bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist zu leben. 3. Wenden Sie sich an den Magistrat, Rathaus, Stützungsdeputation. — M. C. 100. Soweit ersichtlich, trifft auf Ihren Fall die Möglichkeit irgend eines Schadens nicht zu. Die Sprechstunde steht jedem Abonnenten frei. Ueber Patent-, Kunst- und Markenrecht finden Sie das notwendige in dem Gutesnachrichten-Kommentar.

Marktpreise von Berlin am 31. Januar. Nach Ermittlungen des *Vol. Kollat-Präsidenten*. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,65—17,63 M., mittel 17,61—17,59 M., geringe 17,57—17,55 M. Roggen**), gute Sorte 13,95—13,94 M., mittel 13,93—13,92 M., geringe 13,91—13,90 M. Futtergerste, gute Sorte 16,20—15,00 M., mittel 14,90 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,60 M. Hafer, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speiseerbsen, weiße 50,00—40,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Weizenroh 4,66—4,50 M. Haer 8,80—7,10 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,60 M. Eier per Schock 5,50—3,20 M. *) Frei Bagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 31. Januar. Elbe bei Kuffig + 0,84 Meter, bei Dresden — 1,47 Meter, bei Magdeburg + 0,73 Meter. — U n s t r u t bei Straußfurt + 1,40 Meter. — O b e r bei Rathbor + 1,50 Meter, bei Breslau Ober + 0,94 Meter, bei Breslau Unter + 0,94 Meter, bei Frankfurt + 1,11 Meter. — W e i c h e l bei Brabemünde + 3,87 Meter. — B a r t h e bei Posen + 0,40 Meter. — R e g e bei Ulf + 0,25 Meter.

Witterungsübersicht vom 1. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. 0° C. = 32° F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. 0° C. = 32° F.
Stettin	754	W	2	Schnee	1	Saparanda	—	—	—	—	—
Darmstadt	757	W	3	Schnee	3	Betersburg	726	W	4	Schnee	-6
Berlin	757	W	3	Schnee	3	Schiff	769	W	4	Schnee	9
Kraus a. M.	766	W	4	Schnee	4	Aberdeen	754	W	4	Schnee	4
München	770	W	5	Schnee	1	Garis	770	W	2	Schnee	4
Dien	768	W	5	Schnee	3						

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 2. Februar 1905. Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.
Den Genossen zur Nachricht, daß das Mitglied
Paul Möbus
Hollanzwieser, Kopenickstr. 64, im 32. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 4. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Markus-Friedhofs (Köpenick-Schönhauser) aus statt. 240/5
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstagswahlkreise.
Unter treuem und tätigen Mitglied, der Metallarbeiter
Gustav Liepmann
ist nach kurzem schwerem Leiden Dienstag nacht verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, vorm. 10 Uhr, päntlich von der Leichenhalle des südlichen Friedhofes in Weichensee aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 245/1
Der Vorstand.

Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede etc. Berlin V.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Dominicus Klapper
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Charité aus nach dem Charité-Kirchhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
176/3 Der Vorstand.

Die Beerdigung des Schlossers
Dominicus Klapper
findet heute Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Charité-Kirchhof, Müllerstraße, statt.
183/5 Die Hinterbliebenen.

Dankjagung.
Den zahlreichen Spendern und Teilnehmern bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, meines guten Bruders und Schwagers sagen wir hiermit für die dem Verstorbenen erwiesene letzte Ehre unseren tiefgefühlten Dank. 1901/1
W. J. Baborske, Franz Baborske, Rob. Borthold.
Ganze Werkstätten-Einrichtung, als: gebrachte Drehbänke, Schraubendrehle, Transmissionsen, Nietenmaschinen, Treibriemen etc. etc. kauft und verkauft 1877/2
Kengert, Adminalstraße 18 a.

Gelegenheitskauf! Schlafdecken
in Wolle, extra schwer
A 350, 450, 500, 600 M.
Pferdedecken
A 250, 350, 450, 550 M.
Reisedecken
Neueste Tiger-Muster
A 485, 600, 800, 1000 M.
Versand per Nachnahme.
Emil Lefèvre,
Berlin S. Oranienstr. 158.
Fehlerhafte Decken
spottbillig!
1806/L*
Inventur-Extralist
gratis und franko.

Masken - Garderobe
von 1671/2
Carl Ernst,
Ruhndorferstr. 126, 1 Zc.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Borgelager dieser Annonce
erhält 10%, Preisermäßigung.

Rauchfleisch
von jungen Schweinen
sollt 9 Bbd. nur M. 7.—
durchwachsen . . . 9 Bbd. nur M. 8.—
ganz mager 9 Bbd. nur M. 9.—
verendet franco per Nachnahme
Jgnaz Meißner, Rauchfleisch-
Regensburg, Vorstand.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreißten, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. verschwinden nach kurzer Zeit durch äußerlichen Gebrauch von „Electricum“ (Katharisches Balsmölöl). Einaches und unschädliches Naturprodukt von starker und durchgreifender, sofort schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. 1785/2
Fl. Mk. 1.— u. 2.—, franko 2.50
Otto Reichel, BERLIN 42, Eisenbahnstr.

Hasenheide 108-114. **Neue Welt.** Arnold Scholz. Heute sowie täglich 1932

Großes bayrisches Bockbierfest
nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen.
Georg Ehrngruber, Festwirt.
D'Oberlander (30 Mann in Nationalkostüm).
Nürnberger Bratwurst-Glöck'le
30 bayrische Mad'in.

Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 4 " | Sonntags 50 "

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
Heute sowie jeden Donnerstag:
Grosse Soiree
von
Horsts Norddeutschen Sängern.

Avis! Sonntag den 19. März ist der Saal für grössere Vereine noch frei. 1900L

Gratis!!!

Die **Zahnärztliche Klinik** u. d. Linden 51 zieht
Zähne kostenlos und untersucht **gratis.**
alle Gebisse
Sprechst. 9-5 Uhr. 1973L*

Arbeiter
richte für einige 100 Mark

Zigarren-Geschäfte
ein. Die Zigarren-Fabrikale sind in Berlin und Vororten in Hunderten Geschäften gut eingeführt. Reflektanten, welche sich etablieren wollen und Sicherheit stellen können, wollen ihre Adresse angeben unter Chiffre B. 7 an die Expedition des „Vortages“.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 72/7*
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Hygienische
Behandlung. Neuest. Katalog m. Empf. viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummitwarenfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131a.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Freie Volksbühne
Sonntag, 5. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. Berliner Theater.
4. Abteilung: **Madame Bonivard.** 6. Abteilung: **Die Räuber.**

V. Kunstabend Montag, 27. Febr., im Rathaus-Saal.

IX. Beethoven-Sinfonie
350 Sänger, 60 Musiker und Solisten
(als Einleitung zur Schillerfeier)
gelangt beim **Märafest** am **Sonabend, den 18. März,** zur Aufführung im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshagen. Festmarken a 80 Pf. bis zum 10. März in allen Zahlstellen; Gastkarten a 1 M. vom 10. März ab in beschränkter Anzahl.

7. Serie im Berliner Theater.
Ein Teufelskerl. Komödie in drei Aufzügen v. Bernhard Shaw.
229/5 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Männerehor „Georgina 1879“.
(M. d. A.-S.-B.) Chorleiter: Herr C. Lubach.
Sonntag, den 5. Februar, mittags 12 Uhr präz., im „Deutschen Hof“, Ludowikstr. 15 (gr. Konzertsaal):

MATINEE
zum Besten der **Freiwilligen Bergarbeiter.**
Mitwirkende:
Frau Pankow - Adorholt, Konzert- u. Oratorien-Sängerin, Herr Eduard v. Winterstein, Registrator, Herr Willy Meyer Guttsche, Klavier-Virtuose.
Programm und Liedertegle an der Kasse gratis.
Entree 30 Pf. 18415 Garderobe 10 Pf.

Deutsche Spirituosen-Ausstellung BERLIN 1905
vom 1. Februar bis 28. Februar 1905
geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags
in **Berlin, Palast-Theater** Burgstrasse 22.
Eingang Wolfgangstrasse. Eintrittspreis 50 Pf.

Achtung! Fliesenleger-Hülfсарbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hülfсарbeiter Deutschl.
Freitag, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenfelder Vereinshaus, Rosenfelderstr. 57:
Fektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. In welcher Weise sind die Fliesenleger-Hülfсарbeiter an der Spitze des Bundes Konföderation-Platz seitens der Fliesenleger vertreten? 2. Bericht von der Vertreter-Sitzung. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet 32/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Achtung! Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung!
Die Sitzung der Verwaltung am 2. Februar fällt aus und findet acht Tage später statt.
111/10 Die Ortsverwaltung.

Verlobte!
Komplette Küchen-Einrichtungen:
100 Teile . . . Mk. 35.-
200 " . . . " 75.-
300 " . . . " 150.-
Alle Teile auch einzeln billigst!
L. Katz & Co.
Spandauerstr. 45.
Spezial-Geschäft.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Räumungsverkauf verlassener Händler, Ausnahmestunde. Handeltischhaus Weidenweg 19. +38*

Bekanntmachung. Heute und folgende Ausnahmestunde werden im Handeltischhaus Weidenweg 19 Betten, Winterpaleto's, Gardinen, Aussteuerwäse, Möbelstücke, Tischdecken, Regulatorn, Preiswägen, Teppiche, Decken zu Spottpreisen verkauft. Prunkleuten wird hiermit günstigste Gelegenheit gegeben. +38*

Spezialität! Betten, Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken, Obernägler, Remontoirschrauben, Uhrenten, Regulatorn, Spiegel, Bilder, Möbel, Leihhaus Weidenweg 113 und Reichenbergerstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 71/20*

Gardinenhaus Große Franzfurterstr. 9, parterre. +37*

Hochbornische Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Biälten. 2438*

Gardinen, Stores, Tischdecken, Ausnahmestunde. Heute enorm billig. Gardinen u. Veranda'shaus Krausenstr. 35, Dönhofsplatz. 17865*

Teppiche! (Sehrbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachecker Markt 4, Dönhofsplatz. 142/12*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik. Blumenstr. 35b. 2018*

Teppiche mit farbenreichen Mustern, niedrige Preise Große Franzfurterstr. 9, parterre. +37*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langloß, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Beckmann, Goldschmiedstr. 26, nahe der Landwehrstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 2242*

Reichenbergerstraße 183 große Auswahl Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Gebrauchte preiswert. 1899b*

Reichardt, gutgehend, wegen Todesfall zum Auktionspreis veräußert. Kuppin, Simon-Dachstr. 16, 1. Etz. +42*

Kanarienhöhne, nur eigengezüchtete Vögel, gutfindende, vorzüglich zur Heide, von 5 Mark aufwärts verkauft Hornstraße 17. 2926*

Kanarienhöhne, Weißhals (Seifert), Große Auswahl, billig. Rigaerstr. 136. +31*

Kanarienhöhne, Stamm Seifert, Stamm Lute, prima Weiden verkauft Göbde, Reichenbergerstr. 54. 2926*

Kanarienhöhne und Jungvögelchen (Seifert), vielfach prämiert mit Ehrenmedaillen und über 100000 Mark im Jahre 1905 die goldene Medaille, verkauft Krebs, Reichenbergerstr. 154a. 2818*

Ringschiffchen, Bobbin, Schmelz-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postante genügt. Reichenbergerstr. 60/61. Große Franzfurterstr. 43, Prenzlauerstr. 59/60.

Steppdecken billig! Feinfr. Große Franzfurterstr. 9, parterre. +37*

Kanarienvögel, Stamm Seifert, Selbstzücht, gute Weiden, auch Jungvögelchen, Aufzucht halber zu verkaufen. Gumbach, Friedrichshagen, Friedrichstr. 25, I. 1834b*

Landliehaber! Achtung! Dandratsche sieben Mark, ohne Abreibung von Strohanland verkauft Schulz, Rixdorf, Tennistr. 12/13. 1796b

Gasofenhaus! Jwellogasofen! 3,00. Dreilochgasofen! Gasbratöfen! 6,00. Gasheizöfen! Gasbügellapparat! (postbillig!) Wollauer, Ballnerstr. 32. 2782*

Plüschsofa, Säulentrumeau, Preis-schönung billig. Waldstr. 31, Reichenbergerstr. 1840b

Prachtvolle Teppich, Vorhänge, Stores, gutes Bett, zwei elegante Steppdecken, Gastrose, Damastbezüge billig. Hoffmann, Reichenbergerstr. 52.

Nähmaschinendepot Dierenerstr. 6, Aderstr. 113 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Mark. Aunfährige Garantie, gebrauchte Maschinen postbillig. 1845b

Taschensofa, neu, postbillig, Gierke, Kochmeisterstr. 17, Duerengebäude. +63

Kanarienvögel 4,00, Vordrilliger Eisferstamm 7,00-20,00, Schloßplatz 2. 73/11*

Restauration verkauft sofort Schulstr. 55. +92*

12 Hobelbänke mit Werkzeug zu verkaufen. Zu erfragen Reichenbergerstr. 10, linker Umgang, 1 Treppe links. +92

Restauration, Reite 1500, wöchentlich 3-4/2 Bayrisch, 2/2 Weidbier, sofort billig zu verkaufen. Nur Barzahlung. Logenstr. 79. +92

Kinderbettstühle, hölzern, billig veräußert Gröfstr. 25, 3 Treppen links. +119

Ruhbaum, Heiderpind, Berlin, Tisch, Stühle, rote Beistellen, Matrassen 16,00, verschiedenes Weidenweg 4, vorn II. +43

Reichgezüchtete Vortieren, Nitzsch 4,85, Wollkopf 5,25, Blüch 8,85, ganze Dekoration. Inventur-Auktionspreis. Teppichhaus Emil Leschke, Dammstr. 158. 2926*

Große Dinanden 4,25, Karo-mani doppelseitig 7,50, Pa. Tisch 20,00. Inventur-Preis. Teppichhaus Leschke, Dammstr. 158. *

Inventur-Extrakt postbillig Artikel gratis. Teppichhaus Emil Leschke, Dammstr. 158. 2926*

Möbelfabrikerei liefert geschmackvolle Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Rein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung. Darnack, Rixdörfmeister, Dresdenerstr. 121. 2818*

Verschiedenes.

Sprachen, Deutsch, Französisch, Englisch. Lehrinstitut Reichenbergerstr. 96. *

Patentanwalt Dammann, Dammstr. 57, Moritzplatz. Rat in Patentfragen. 1821b*

Rechtsbureau! 0,75: Juwelierliche (schlechte) Patentteilungen, Strafsachen, Einbürgerung, Zahlungsbeleg, Alibi, Projektbestand, Steuerfragen, Gerichtskosten, Geldlagen, Strafsachen, Unfallschaden, Namensänderung, Fürsorge, Erziehungsfragen, Beleidigung, Elternklagen, Nachlassfragen, Krankenlasten, Wundungssachen, Verträge, Testamente, Unabgegeben, Revisionen, Berufungen, Schenkerlaubnis, Wirtschlagen, Invalidenrente, Pensionstr. 97. Langjährig erfahrener Geldanwalt. (Bis abends neun.) Kaufschneiden. +104*

Rechtsbureau! Dammstr. 57, Moritzplatz. Rat in Patentfragen. 1821b*

Rechtsbureau (Alexander-Platz) Sturzstraße 10/11 an der Landwehrbergerstraße. 189/17*

Aufpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch ausserm Hause. Badmann, Blumenstr. 35b. 2028*

Leihhaus Grünberg, gegründet 1891, Friedrichstr. 221, Gde. Lustfamerstraße, belebt, kauft höchstzahlend und liefert. 1772b

Platinabfall, Goldschmied kauft Juwelier, Lindenstr. 103. 1782b*

Verleumdung 25, 40, Saal 150 Personen, Pianino, zwei Regulatorn, vergibt Radewig, Alte Jakobstr. 83. 2478*

Rechtsbureau, langjährig! Erfolgreichste Patentteilung, Grunerweg 10, Reichenbergerstr. 158. *

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Raten, Weidenweg 4, 1. Etz. 1832b

Tischlermeister, der in Rahmenfabrikation bewandert ist, kann sich mit circa 3-5000 Mark an bestehendem Unternehmen günstig beteiligen. Offerten G. 100, Postamt 33. 1835b

Saal vergibt Sonnabend, Sonntag Brunnenstr. 150. 1841b

Wohnungen.

Stube, Küche, alleiniger Korridor, Treppertre 3. 2518*

Billich ein- und zweizimmerige Wohnungen, vorn und Hof, April, Jellstr. 15. 70/17*

Billich ein- und zweizimmerige Wohnungen, vorn und Hof, sofort und April, Jellstr. 5. 70/16*

Billich drei-, zwei-, einzimmerige Vorder- und Hofwohnungen, sofort und April, Jellstr. 6. 70/15*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle sucht Jacobs, Kolbergerstr. 26. 1780b

Möblierte Schlafstelle, Ballstr. 21/22, Duergebäude. Eurb. 1780b

Schlafstelle bei Weder, Kronenstr. 33, Hof IV. 1828*

Gewisse kann mit einwohnen, 5 Mark. Warschauerbrücke, Schüller, Kopenikstr. 27. 743

Mietsgesuche.

Junger Parteilose sucht einfache Schlafstelle per sofort oder 1. März. Offerten mit Preisangabe unter R. Expedition Reichenbergerstr. 31. 774

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schneider, Gesangschorist, Eitelstr. 57. +104*

Stellengesuche, Komiker, Grapow, Eitelstr. 7. 1567b

Lehrmädchen
zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen mit Schulzeugnissen mittags 1-2, abends 8-9 Uhr.
A. Jandorf & Co.,
Brunnenstr. 19-21.
72/10

Anzeigen für die nächste Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Stellenangebote.

Geldschrankschloffer verlangt Brandes, Alexandrinenstr. 118. b*

Glasergehilfe auf Silberarbeit sofort für dauernd verlangt. Albert Runge, Eitelstr. 57, Postamt 34. 1829b

Schneiderlehrling sucht Postamtstr. 14, Reichenbergerstr. 14, Reichenbergerstr. 14. 1834b

Wasserschloffer, welcher hanteln kann, verlangt Auguststr. 80. 130/19

Schulmädchen nachmittags zum Kind verlangt Schulz, Dammstr. 151. +138

Suche ein junges, hübsches Lehr-mädchen, 16-20 Jahre, mit guter Stimme und Talent zum Singspiel, welches Lust hat, sich der Barbiere-Kunst zu widmen. Nähe nur mit Eltern Kontrakt. Meldungen bei Köhler, Reichenbergerstr. 40. 1837b

Schirmnäherinnen, aber nur solche, welche konfessionelle Sonnenschirme gut arbeiten können, finden bei hohen Löhnen dauernde Beschäftigung. Komat u. Silber, Krausenstr. 39. 1837b

Schirmnäherinnen, welche halbscheidene und seidene Regenschirme gut und sauber arbeiten können, finden bei uns im Hause dauernde Beschäftigung. Komat u. Silber, Krausenstr. 39. 1836b

Lehrmädchen mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 7-8 Uhr. R. Randorf u. Co., Reichenbergerstr. 12. 2808*

Frauen finden durch Zeitungsanzeigen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr, Rittenwalderstr. 6, im Laden. 72/12*

Frauen finden durch Zeitungsanzeigen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr Reichenbergerstr. 41 im Keller. 72/11*

Frauen finden durch Zeitungsanzeigen dauernde und lohnende Beschäftigung. Schützenstr. 24/25, parterre rechts. 72/3*

Beamtet gesucht!
Für den **Verband städtischer Arbeiter** (Ortsverwaltung Berlin) wird zum 1. April ein Beamter gesucht. Derselbe muß mit der Gewerkschaftsbewegung und der sozialpolitischen Gesetzgebung eingehend vertraut sein, rednerische Befähigung besitzen und Eingabe korrekt anfertigen können. Schriftliche Offerten an Robert Fiebig, Berlin S., Urbanstr. 34. 286/3

Verband der Gemeinde-Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin) SW. 13, Alte Jakobstr. 145.

Rahmenmacher!
Die Firma Gost u. Co., Fürstentstr. 146, ist für Rahmenmacher, Tischler, Glaser, Bergelder und Polierer wegen Differenzen gesperrt. 77/14 Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!**
In der Pianofabrik von Höpner befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter gesperrt.
Die Zehnerkommission.

Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gemlich, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/16*

Zugzug ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Glaser!
Achtung, Glaser!
Wegen Tarifdifferenzen (Umgebung d. paritätischen Arbeitsschlichter) ist die Firma Schmorler & Co. (Inhaber Daniel Glaser), Schützenstr. 72/73 und Spichernstr. 4, für Glaser gesperrt. 73/1 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Glaser.
Achtung, Bauhandwerker!
Achtung, Glaser!
Auf dem Bau Glaserstr. 17/18 haben sämtliche Bauhandwerker sich mit den Gläsern solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. 73/2 Die Ortsverwaltung.